

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsausgabe mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungskreise 30 Pf. Kleine Anzeigen, das heißt gefragte Arbeit, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlagsgesellschaft „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Kampf um billiges Fleisch.

Das hat wirklich gerade noch gefehlt! Seit Monaten beherrscht eine wachsende Erbitterung die arbeitenden Massen dieser Stadt und ganz Deutschlands. Die Teuerung lastet unerträglich auf jedem einzelnen Arbeiterhaushalt. Immer lauter wird der Ruf nach Dämpfung der Grenzen. Aber die Regierung ist der Befangene der Agrarier. Namentlich ist es der millionenreiche Großgrundbesitzer, der als preussischer Landwirtschaftsminister auch die egoistischsten und anmaßendsten Begehren der Agrarier zur Sache der „über den Parteien stehenden“ Regierung macht. Und Herr v. Schorlemer hat ja den Erfolg für sich und die Anerkennung im Hause der Dreiklassenmacht ist ihm sicher. Statt Hilfe gegen die Not zu schaffen, hat die Regierung sich begnügt, dem armen Volke ein paar elende Brosamen, ein paar Manosen zuzuworfen und den Städten gnädigst zu erlauben, aus den Balkanländern, wo es der Krieg als Bundesgenosse der Agrarier unmöglich macht, und aus Rußland frisches Fleisch zu beziehen. Die wichtigste Forderung, dem billigen australischen und argentinischen Fleisch die Einfuhr freizugeben, die verweigert aber die Regierung nach wie vor.

Und nun müssen es die Kollektenden und Erbitterten noch erleben, daß eine Schaar übelberatener Zwischenhändler der Obstruktion der Regierung zu Hilfe kommt und den Agrariern noch die Mauer macht! Die Fleischer haben gestern ihr dem Magistrat gegebenes Wort gebrochen und den Verkauf des endlich angelangten russischen Fleisches aus den kleinsten Profitinteressen verweigert. Während Hunderte von Arbeiterfrauen vergeblich in den Gassen warteten, blieb das russische Fleisch in den Lagern, der Gefahr des Verderbens ausgesetzt, bloß weil ein paar Händler ihr schätziges Privatinteresse über das der Gesamtheit zu stellen beliebten. Kann man sich eine schärfere Verurteilung der kapitalistischen Markerversorgung denken?

Es ist erfreulich, daß der Magistrat allem Anschein nach gewillt ist, mit der gebotenen Energie gegen die Urheber des Skandals vorzugehen. Nur darf es nicht bei einer Maßnahme gegen einzelne Händler bleiben. Wenn irgend etwas, so beweist der heutige Vorgang, daß der Standpunkt des Städtetages, die Lebensmittelversorgung sei keine Sache der Städte, unhaltbar ist. Die Kommunen müssen endlich gerade dieses Gebiet energisch in Angriff nehmen und nirgends ist die Durchführung des Munizipalsozialismus dringender als gerade hier. Und schon deshalb müssen die Städte für die kommunale Approvisionnement Vorsorge treffen, damit endlich der Regierung und den Agrariern ihre letzte Ausrede genommen und der Kampf, ohne Ablenkungen befürchtungen zu müssen, um so energischer gegen die Hauptschuldigen geführt werden kann: gegen die Agrarier und die regierenden Ausschüngerungspolitiker!

Der gestrige Tag, an dem mit dem Verkauf russischen Fleisches in den Markthallen begonnen werden sollte, hat weiten Kreisen große Enttäuschung gebracht. Tausende von Arbeiterfrauen, die billiges Fleisch kaufen wollten, mußten die bittere Erfahrung machen, daß vielfach der angekündigte Verkauf nicht stattfinden konnte, weil die Schlächtermeister, die ursprünglich zum Verkauf sich bereit erklärt hatten, in letzter Stunde anderen Sinnes geworden waren und den Magistrat im Stich ließen. Die Folge war eine wachsende Empörung der Massen, die noch gesteigert wurde durch das unverschämte Verhalten einzelner Schlächtermeister gegen das laufende Publikum.

Ueber die Vorgänge in den Markthallen wird berichtet: Nichts konnte die herrschende Not besser illustrieren, als die gestrige Hunger- und Glendspare vor den bekanntgegebenen Verkaufsstellen. Wir haben vor Wochen geschildert, welcher Jammer sich vor den Freibankstellen abspielte, wo viele Hunderte die ganze Nacht hindurch in Wind und Wetter ansharren, um ein paar Pfund minderwertigen Fleisches zu erhalten, das die allermeisten, da die Nachfrage größer als das Angebot ist, nicht mal bekommen. Gestern war es noch viel schlimmer. Die Tausende, die sich aufgemacht hatten, um russisches Fleisch zu erwerben, konnten gar nicht gezählt werden. In den großen Arbeitervierteln des Nordens und Ostens standen die Massen vor den Markthallen am Bedding, in der Bärthor, Acker- und Andreasstraße in dichten Scharen schon von 6 Uhr morgens an, obwohl erst in der neunten Stunde geöffnet werden sollte. Nach der Eröffnung entstand ein lebensgefährliches Drängen und Schieben. Um so größer war die Enttäuschung, als man die Verkaufsplätze für russisches Fleisch an den einzelnen Ständen nirgends sah und bald merkte, daß russische Ware überhaupt nicht da war. Die

Hungernden, denen nun schon seit Monaten auf dem Magen herumgezankt wird, sind abermals in der untersten Stufe der Weisheit genarrt worden! Immer neue Menschenmengen strömten hinzu und wollten die traurige Wahrheit nicht glauben. Die Erregung war grenzenlos. Wilde und berechtigte Empörung brach sich Bahn: „Fauler Zauber... Schwindel... Schiebung! Und die Menge wich und wankte nicht, weil sie immer noch hoffte, daß die Fleischschäpse Rußlands sich doch öffnen würden. In der ersten Vormittagsstunde harrten vor den nördlichen und östlichen Markthallen noch immer Tausende. Nur in der Bärthor Straße, wo in der sonst anderen Zwecken dienenden Halle keine Schlächterkonkurrenz ist, gab es russisches Fleisch, aber auch hier bloß an einem einzigen Verkaufsstand und in mäßiger Menge. Schulleute und Markthallenbeamte wurden mit Fragen bestürmt — alles vergebens. Kaum war es in der Ackerstraße bekannt geworden, daß es in der Bärthor Straße Fleisch gebe, als ein wildes Jagen begann. Zu spät — längst war der kleine Vorrat ausverkauft. In der Zentralmarkthalle war es nicht anders. Oberbürgermeister Bermuth und Stadtrat Verndt, die sich von dem Fortgang des Verkaufs überzeugen wollten, mußten manche bitteren Worte aus dem Publikum hören, obwohl beide sich die größte Mühe um die Beschaffung billigen Fleisches gegeben haben.

Am tollsten ging es am Beddingplatz zu. Hier hatten sich in der zehnten Stunde mindestens 4000 Menschen angeammelt, vorwiegend Frauen. Die Erregung war auf den Siedepunkt gestiegen. Nur dem Eingreifen beherzter Männer und der diesmal glücklicherweise vernünftigen Haltung des zahlreichen Schutzmannsaufgebots ist es zuzuschreiben, daß erheblichere Unruhen noch ausblieben. Den ersten Anlaß zu der empörten Stimmung soll hauptsächlich der in der Beddinghalle sechste Schlächtermeister M. gegeben haben, der sich die unerhörtesten Beleidigungen erlauben ließ. Die Situation wurde kritisch, als plötzlich der Befehl kam, die beiden Markthalleneingänge, die sofort von Schulgeuten besetzt wurden, zu schließen und die Halle zu räumen. Auf diese geniale Art war stundenlang der gesamte Markthallenbetrieb lahmgelegt.

Weshalb wurde das russische Fleisch, das tatsächlich in Berlin eingetroffen ist und auf dem Viehhof lagert, zurückgehalten? In letzter Stunde streikten die Schlächtermeister, denen südlicherseits der Verkauf übertragen worden war. Viele haben schon am Dienstag auf dem Viehhof erklärt, daß sie das Fleisch nicht abnehmen wollen, weil ihnen der Verdienst — 8 Mk. pro Zentner — zu gering sei und ihnen außerdem von Berufskollegen mit Ausschluß aus der Innung gedroht worden sei. Auf alle Fälle liegt ein planmäßiges, von profitgierigen Meistern inszeniertes Manöver und Wortbruch vor, von dem der Magistrat vollständig überrascht worden ist. Zum Unglück für die Hungernden kam noch hinzu, daß gestern auch kein Tag für den Seefischverkauf war. Außerdem hatten viele so sicher auf das russische Fleisch gerechnet, daß sie die Freibank nicht besuchten und nun auch um das minderwertige Fleisch kamen. Das Verhalten der schuldigen Schlächter, die für die Volksnot noch gemeinen Hohn übrig haben, kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

### Eine Darstellung des Magistrats.

Der Magistrat gibt folgende Darstellung der Sachlage: „Der von der Stadt Berlin mit großen Opfern an Geld und Mühe unternommene Verkauf von frischem, aus Rußland eingeführtem Fleisch hat gestern morgen in verschiedenen Markthallen, die in den Zeitungen und an den Anschlagtafeln bekannt gegeben sind, begonnen. Der Andrang des Publikums und der Verkauf waren enorm, so daß die Abnahme des Fleisches absolut gesichert ist. Die vorhandenen Vorräte hätten vielfach größer sein müssen, um der Nachfrage genügen zu können. Seitens der Stadt ist alles geschehen, um eine glatte Abwicklung des Verkaufs zu sichern. Es ist mit der fleißigen Fleischerinnung ein günstiges Abkommen über den Vertrieb des Fleisches geschlossen worden. Danach darf in den in den Markthallen zur Verfügung gestellten Ständen anderes als ausländisches Fleisch nicht verkauft werden. Eine Miets für diese Stände wird von der Stadt nicht erhoben und ebenso kein Wasser- und Gasgeld. Die Einrichtung der Stände wird umsonst überlassen. Die Fleischer haben nur Hackloß, Waage und das zum Zerlegen des Fleisches notwendige scharfe Handwerkzeug, wie das erforderliche Papier zum Einwickeln zu stellen. Die Verkaufspreise sind so kalkuliert, daß die Verkäufer einen angemessenen Verdienst durch den Verkauf erzielen, 128 Metzger hatten sich bereit erklärt, den Verkauf zu betriebligen. Wider Erwarten hielt sich aber am Mittwochmorgen das Fleischergeverbe in einzelnen Markthallen von dem Verkauf zurück. Von den 128 Metzger hatten 23 ihre Zusage erfüllt, die anderen hatten versagt. So kam es, daß in der Zentralmarkthalle und in den Markthallen V (Magdeburger Platz), VI (Ackerstraße), VIII (Andreasstraße) und XIV (Reimendorfer Straße) Mittwoch-

morgen bei der Eröffnung kein Fleisch verkauft werden konnte. Die Erregung des Publikums über das Verhalten der Metzger war groß; nur mit Mühe war die Ordnung aufrecht zu erhalten. Es ist inzwischen nach geeigneten Ersatzmännern gesucht worden, damit der Verkauf auch an den offenen Ständen baldigst beginnen kann. Falls die Metzger den regelmäßigen Verkauf nicht vollziehen wollen, so wird der Magistrat durch andere oder eigene Leute den Verkauf betriebligen müssen.

In den Markthallen II (Lindenstraße), IV (Dorotheenstraße), VII (Dresdener Straße), IX (Bäckerstraße), X (Arminiusplatz), XI (Markensteplatz) und XIII (Bärthor Straße) konnte der Verkauf pünktlich eröffnet werden. Der Absatz gestaltete sich sehr lebhaft; die Schlächter wie die Käufer waren mit der Qualität des Fleisches zufrieden; die Bestände waren in kurzer Zeit erschöpft, haben aber bei weitem nicht ausgereicht, um die überaus starke Nachfrage zu befriedigen. Es hätte das vielfache Quantum umgesetzt werden können.

Ein unliebsamer Vorfall muß noch erwähnt werden. Verschiedene Schlächtermeister, die sich an dem Verkauf des russischen Fleisches nicht beteiligten, haben von ihren Verkaufsständen aus das laufende Publikum mit höhnenden Zurufen bedacht. Gegen diese Schlächter wird seitens der Markthallenverwaltung energisch vorgegangen werden; man erwägt, ob man ihnen nicht die Verkaufsstände entziehen soll.

Inzwischen sind sowohl gestern wie heute wieder weitere Sendungen frischen Fleisches aus Rußland eingetroffen und für morgen (Donnerstag) fünf Waggons angemeldet.“

Diese Darstellung des Magistrats bestätigt unsere Mitteilungen, nach denen die Schlächtermeister durch ihr Verhalten die Maßnahmen der Stadtgemeinde, der Bevölkerung billiges Fleisch zu liefern, illusorisch machen wollen.

Nach der Haltung des Magistrats dürfte der Plan der Schlächtermeister kaum gelingen. Es wäre besser gewesen, der Magistrat hätte von vornherein die Schlächtermeister ganz ausgeschaltet und den Verkauf in eigener Regie besorgen lassen. Allzu schwierig ist das nicht! Schließlich wird er ohnehin genötigt werden, den von uns geforderten Weg zu gehen. Aber er soll nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Bei seiner Amtseinführung hat Oberbürgermeister Bermuth mit allem Nachdruck erklärt, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist. Und er hat recht! Eine Gemeinde mit einer zweimillionenbevölkerung hat die Aufgabe, eine rationelle Lebensmittelversorgung zu schaffen. Auf die Dauer kann die Gemeinde sich der Erfüllung dieser Pflicht nicht entziehen. Der Zwischenhandel verleiht die Lebensmittel in erheblichem Maße. Beforgnis um den Zwischenhandlergewinn war auch der Grund für die Schlächtermeister, das städtische Unternehmen zu nichte zu machen und es bei der Bevölkerung in Verruf zu bringen. Die Herren werden sich darin täuschen und erkennen müssen, daß die Empörung der Bevölkerung sich nunmehr auch gegen sie selber richtet.

Der Magistrat aber sollte endlich das große Gebiet der Lebensmittelversorgung mit allem Ernst ohne Rücksicht auf die Interessen des Zwischenhandels in die eigene Hand nehmen.

## Das Ringen um Adrianopel.

Die türkische Ostarmee, die die Bulgaren durch das Maritatal bis Mustafa Pascha und weiter östlich bis vor Kirkkilisse vordringen ließ, hat jetzt den Kampf aufgenommen. Auf einer Linie von zirka 50 Kilometer Ausdehnung hat das Ringen, dessen Ausgang für den weiteren Verlauf des Krieges von größter Bedeutung ist, eingesetzt. Natürlich darf man sich bei einem Kampfe, bei dem auf beiden Seiten Hunderttausende eingesetzt werden, nicht die Vorstellung einer simplen Gefechtsübung im Regiments- oder Brigadeverbande machen; es handelt sich vielmehr um verschiedene Schlachtfelder, auf denen das Kriegsglück nicht immer auf die gleiche Seite zu fallen braucht. Das Kampffeld wird in den heutigen Kriegen auch noch durch die gewaltige Fernwirkung der Geschütze und Genere gegen früher erweitert. Auf dem Kriegsschauplatz um Adrianopel kommt noch in Betracht, daß es sich um stark kuppertes Terrain mit Bergen und Flußtälern handelt. Unter diesen Umständen kann es sehr leicht vorkommen, daß kleinere Truppendetachements, besonders in vorgehobenen Positionen, umzingelt, aufgehoben und vernichtet werden. Solche Zellerfolge, die auf bulgarischer wie auf türkischer Seite verzeichnet werden können, darf man aber nicht, wie es die Sensationspresse tut, als glänzende und ausschlaggebende Siege auffassen. Der Gesamterfolg des gegenwärtigen Ringens wird sich erst nach längerem Ringen auf dem ganzen Kampffelde herausstellen. Vorkünftig wird vor Kirkkilisse, im Tale des Flusses Tundsa und östlich von Adrianopel im Maritatal gekämpft. Ueber den Ausgang dieser Kämpfe ist aber noch nichts Genaueres bekannt.

Auf dem nordwestlichen Kriegsschauplatz ist der Offensivvorstoß der serbischen Armee von Erfolg gekrönt gewesen.



Prisina und Robibazar sollen, was amtlich allerdings noch nicht bestätigt ist, schon in serbischen Besitz sein. Aber auch hier ist anzunehmen, daß die bisherige zurückhaltende Kriegführung der Türken von einer Angriffssaktion abgelöst wird, die auch auf diesem Kriegsschauplatz zu entscheidenden Schlachten führen wird. Das Vordringen der serbischen Heeresabteilungen auf türkisches Gebiet schließt nicht aus, daß albanesische Vanden an ungeschützten Punkten über die serbische Grenze gehen und die Kriegsgreuel in friedliche Dörfer tragen.

Die Schwäche der türkischen Streitkräfte auf dem südlichen Kriegsschauplatz ermöglicht den Griechen ein leichtes Vordringen über die Grenze. Aber auch diese Erfolge haben noch keine ausschlaggebende Bedeutung.

Dörfer Gornasuchitza, Dolnasuchitza, Mettschul, Bakanob, Aresna und andere kleine Dörfer sind eingekesselt.



Skizze zu den ersten Kämpfen zwischen Bulgaren und Türken.

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

#### Die Kämpfe bei Adrianopel.

##### Die türkische Offensive.

Konstantinopel, 22. Oktober, Rittersnacht. Amtliche Meldung. Die türkischen Streitkräfte an der Mariza, welche zur Offensive übergegangen sind, trafen heute gegen Mittag östlich vom Flusse Tundja auf starke bulgarische Abteilungen. Die Türken gingen zum Angriff vor und es entwickelte sich eine heftige Schlacht, die für die türkische Armee einen günstigen Verlauf nimmt. Die türkischen Streitkräfte im Westen stehen vor Kalimame (C) ebenfalls auf bulgarische Truppen und wurden mit ihnen in ein Gefecht verwickelt, das noch andauert. Bulgarische Vanden, die aus Bulgarien gekommen waren, und denen sich bulgarische Landleute der Kasa Osmanje angeschlossen hatten, operierten in der Kasa Djumabala in der Nähe des Deströs von Aresna und griffen die dortigen türkischen Soldaten an. Die Türken antworteten mit einem heftigen Angriff und vernichteten die Vanden fast vollständig. Einigen Bulgaren gelang es, in die Berge zu entfliehen. Die Vanden hatten alle umliegenden Dörfer in Brand gesteckt.

##### Weitere türkische Siegesnachrichten.

Konstantinopel, 23. Oktober. Die türkischen Blätter veröffentlichten ein Telegramm aus Adrianopel mit Einzelheiten über den heute nacht amtlich gemeldeten Kampf zwischen den Flüssen Tundja und Mariza. Der Kampf soll bei Karasch, sechs Kilometer westlich von Adrianopel stattgefunden und neun Stunden gedauert haben. Die bulgarischen Streitkräfte beliefen sich auf 30 000 Mann. Die Bulgaren sollen in der Richtung auf Kara Nga unter Zurücklassung von Tausenden von Toten geflüchtet sein.

Die Blätter melden weiter einen Sieg der Türken bei Radin?si, 25 Kilometer nordwestlich von Adrianopel. Die Türken erbeuteten 11 Kanonen und machten einen bulgarischen Major und mehrere Soldaten zu Gefangenen. Weitere Kämpfe haben bei Kiretschdshi-Hasli, Zspinki, Tschali und Kanal stattgefunden. Ueberall sollen die Bulgaren geschlagen worden sein. — Eine amtliche Mitteilung über den Ausgang des großen Kampfes bei Adrianopel wird für heute nachmittag erwartet.

##### Ausdehnung des Kampfes.

Saloniki, 23. Oktober. Von zuständiger Stelle wird berichtet, daß bulgarische und türkische Truppenteile auch im Strumatal (der Strumakuf fließt am Westabhang des Rhodopegebirges entlang) bereits aufeinander gestoßen sind. Der Kampf nimmt immer größere Dimensionen an, immer mehr Truppen greifen ein. Die Türken haben den Vorstoß der Bulgaren zum Stillstand gebracht.

##### Die Kämpfe vor Kirililise.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. Der „Frankf. Zeitung“ geht eine vom 22. Oktober 10 Uhr 40 Min. abends datierte Depesche aus Konstantinopel zu, wonach die Bulgaren bei Kirililise zurückgeschlagen worden sind. Sie hatten einen Verlust von gegen 3000 Toten und traten den Rückzug gegen die Grenze an. Die Türken folgten auf der ganzen Linie nach.

##### Bulgarische Siegesmeldung.

Sofia, 23. Oktober. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Auf allen Gebieten sind erbitterte Kämpfe im Gange. Ueberall wurden die Türken aus ihren Positionen vertrieben. Im Gebiete von Razlog marschieren die Truppen in südlicher Richtung. Das Gebiet von Tamrasch ist endgültig abgeschnitten. Vor Adrianopel hat die bulgarische Armee die Arda erreicht. Die Türken flohen in Unordnung und Panik unter Zurücklassung von 100 Toten und 160 Gefangenen. Die bulgarischen Verluste sind nicht bedeutend. Auf der nordöstlichen Seite der Befestigungslinie von Adrianopel wurden einige vorgehobene Punkte besetzt. Nach einem überaus heftigen Kampfe wurde der Feind geschlagen und trat die Flucht gegen die Festung zu an. Viele Tote und Verwundete, die noch nicht gezählt werden konnten, blieben auf dem Felde zurück. Während des Kampfes eröffneten die türkischen Batterien von den Nordostforts aus das Feuer, das jedoch ergebnislos blieb. Die türkische Artillerie schießt unregelmäßig und unwirksam. Eine feindliche Kolonne machte einen Ausfall aus der Festung in östlicher Richtung, wurde jedoch vernichtet. — Eine bulgarische Kolonne ist nach Besetzung von Wafiliko an der Küste des Schwarzen Meeres gegen Visa vorgerückt. — Die Stadt Malko Tirnovo wurde genommen. Die türkischen Gefangenen erzählen, die heftige Offensive der Bulgaren habe die türkische Armee, die unter schlechter Verpflegung leide, und bei der sich Disziplinlosigkeit bemerkbar mache, überrascht. Die Türken fahren fort, die Dörfer an den Ufern der Struma in Brand zu stecken. Die

### Schreckliche Todesopfer.

Sofia, 23. Oktober. (B. C.) Ueber die Kämpfe von Kirililise wird hier bekannt, daß die Bulgaren mit ungeheurer Todesverachtung die türkischen Außenwerke zu stürmen versuchten. Unter den Klängen des Slivitsch-Marsches ging ein bulgarisches Infanterie-Regiment nach dem anderen mit gefälltem Bajonett zum Sturm auf die Hügelkette, die Kirililise vom Norden vorgelagert ist, vor. Nach stundenlangem Ringen gelang es den bulgarischen Sturmkolonnen unter ungeheuren Verlusten, sich auf dem Kamm der Hügel festzusetzen. Der Besitz dieser Hügelkette sichert den bulgarischen Anmarsch von Norden und erleichtert die Heranziehung größerer Truppenmassen gegen die türkische Stellung. Die Bulgaren geben selbst ihren Verlust auf 2000 Tote und 5000 Verwundete an.

### Spiessensucht in Konstantinopel.

Konstantinopel, 23. Oktober. Zahlreiche Bulgaren, die hier ankamen, sind als Spione festgenommen worden. Der Sekretär des bulgarischen Konsulats in Adrianopel Salandjeff befindet sich noch im Gefängnis. Etwa 120 Bulgaren des Gebiets von Adrianopel und Kirililise, deren Aufenthalt für schädlich gehalten wurde, wurden hierher gebracht und in einer Kaserne interniert. Das gab Anlaß zu dem Gerücht von der Ankunft von 120 kriegsgefangenen Bulgaren.

### Vom nordwestlichen Kriegsschauplatz.

#### Die Serben im Sandschak.

Belgrad, 23. Oktober. Nach einer Meldung des Kreispräsidenten von Raschka soll eine östlich von Robibazar befindliche besetzte türkische Position Gjurgiebi-Stubovi von serbischen Truppen erstürmt worden sein.

#### Zerstörung einer Ortschaft durch die Türken.

Konstantinopel, 23. Oktober. Zu der von einigen Blättern gebrachten Nachricht von einer Zerstörung und Beschädigung von Bujanowice (an der Bahnlinie Branja-Ueslib) wird gemeldet, daß dieser Ort, in den sich zahlreiche Serben geflüchtet hatten, von den türkischen Truppen niedergebrannt wurde. Zahlreiche Einwohner wurden getötet, die übrigen flohen nach Ueslib.

### Vom südlichen Kriegsschauplatz.

#### Der griechische Vormarsch.

Athen, 23. Oktober. (Meldung der Agence d'Athènes.) Der Kronprinz, der Oberbefehlshaber der griechischen Truppen, hat heute früh aus dem Hauptquartier telegraphisch gemeldet, daß der Feind in Stärke von 2 Bataillonen und sechs Batterien besetzt und zum Rückzug auf Serfsije gezwungen wurde. Es ist Befehl zu einer allgemeinen Verfolgung gegeben worden.

### Der Seekrieg.

#### Vor einer griechisch-türkischen Seeschlacht?

Konstantinopel, 23. Oktober. Es wird bestätigt, daß eine aus dem Schwarzen Meer zurückbeordnete größere Flotteneinheit mit den in den Dardanellen befindlichen zwei Panzerschiffen und mehreren Torpedobootszerstörern vereinigt nach dem Archipel ausläuft, um der griechischen Flotte eine Schlacht zu liefern. Im Schwarzen Meere bleiben nur einige Torpedobootszerstörer, um die Blockade der bulgarischen Küste aufrecht zu erhalten.

#### Die türkischen Schiffe.

Konstantinopel, 23. Oktober. Nach amtlicher Mitteilung der Pforte läuft die letzte dreitägige Frist für griechische Schiffe, welche die Meerengen passieren wollen, am Donnerstag, 24. Oktober, mittags ab. Schiffe, welche bis dahin die Militärposten am Eingange des Bosporus oder der Dardanellen passiert haben, können ungehindert weiterfahren, später würde kein griechisches Schiff mehr die Meerenge passieren dürfen.

### Gegen den Krieg.

Die sozialdemokratische Partei Kroatiens-Slawoniens bringt ein Manifest gegen den Krieg zur Verbreitung, in dem es nach Darlegung der in den Expansionsbestrebungen der Bourgeoisie zu findenden Ursachen heißt:

„Indessen — den Völkern Europas droht wie ein schreckliches Gespenst ein allgemeiner Krieg aller Völker und Staaten untereinander! Der ganze menschliche Fortschritt, die gesamte Kultur und Zivilisation der Menschheit ist in Gefahr in einem Wahnsinnsausbruch der Kriegsfurie vernichtet zu werden. Auf dem Balkan kreuzen sich die Interessen der ganzen kapitalistischen Welt. Alles, was zum Kapitalismus gehört, hat ein Interesse an der Unterjochung und Ausbeutung der südslawischen, der Balkanvölker; insbesondere Oesterreich-Ungarn und Rußland führen nichts Gutes im Schilde. Deshalb ist auch die Kriegsgefahr für alle Völker Europas so groß! Die Kapitalisten Europas zittern um ihre Abgabengebiete auf dem Balkan, um ihre Profite. Der kapitalistischen Interessen und des militärischen Dranges nach kriegerischen Abenteuern wegen wird das arbeitende Volk alljährlich mit größeren und schwereren Lasten für Heer und Flotte belegt. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina hat allein

300 Millionen Kronen gekostet, danach folgten die neuen Militäraufstellungen unter dem Titel der Wehrreform, und alsdann das Schreckgespenst des Balkanrieges hervortrat, da verlangte die Kriegsverwaltung rasch noch einmal 420 Millionen, belam aber nur 205 Millionen, denn die Minister selbst schreckten vor den Forderungen des nimmer-satten Molochs zurück. Das Volk trägt unter den Lasten des Militarismus, da fast alles für Heer und Nordwerkzeuge aufgeht; was übrig bleibt, das ist aber viel zu wenig für volkswirtschaftliche, kulturelle und soziale Zwecke.

Oesterreich-Ungarn kann die Welt nicht mehr betrügen, daß es auf dem Balkan irgend wen zu „retten“ hätte. Kroatiens-Slawonien, Bosnien und die Herzegowina und Dalmatien sind lebende Beispiele dieser „Reterei“. Der nackte, infame Absolutismus in Kroatien, die Drohung mit dem Absolutismus in Bosnien, die Ankündigung einer Militärdiktatur in Kroatien, sind offenkundige Beweise dessen, daß die Völker Oesterreich-Ungarns noch sich selbst vor den Gewalttätigkeiten und Knebelung der Machthaber zu befreien haben.

Was hat denn das arbeitende Volk Kroatiens-Slawoniens, was haben die Kroaten und Serben auf dem Balkan zu suchen? Sollen sie im Sandschak-Robibazar ihre Stammesgenossen betrogen? Sollen sie dieselben vom Türkenjoch befreien, um sie dann unter das Joch der österreichisch-ungarischen Monarchie zu zwingen? Sollen wir mit unserem Blute, mit unseren Knochen die Position derjenigen stärken, die uns als Volk und Klasse niederhalten und uns konsequent hindern, daß sich die Südslawen Oesterreich-Ungarns auf eine höhere Kulturstufe emporzuschwingen können und politische Rechte und Freiheiten erlangen?

Nein — tausendmal nein! Das arbeitende Volk Kroatiens-Slawoniens hat auf dem Balkan gar keine Eroberungen zu machen; es überläßt den Balkanvölkern, daß sie sich selbst befreien und retten; denn das arbeitende Volk Kroatiens muß zuerst das eigene Joch der allgemeinen Rechtlosigkeit abschütteln, es muß sich selbst aus den Fesseln des Absolutismus befreien!

Als einzige Vertreterin der Arbeiterklasse Kroatiens-Slawoniens protestiert die sozialdemokratische Partei gegen die Kriegsunternehmungen Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan; protestiert sie aus denselben Gründen gegen die neuen Militärlasten. Sie erhebt auch energischen Protest gegen den Absolutismus in Kroatien-Slawonien.“

Das Manifest ist in deutscher und kroatischer Sprache gedruckt, und wird in einer Auflage von einer halben Million verbreitet.

### Der deutsch-englische Gegensatz.

London, 21. Oktober. (Fig. Ber.)

Ohne die gespannten Beziehungen zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus wäre der Balkanrieg nicht ausgebrochen. Diese Erkenntnis muß sich jedermann aufdrängen, der die ohnmächtigen Vermittlungsversuche der Mächte vor dem Kampfe aufmerksam verfolgt und beobachtet hat, wie die durch die Zerrissenheit Europas bedingte Atmosphäre des Mißtrauens alle Bestreben, einen gewaltigen Ausbruch zu verhindern, erfolglos machte. In geradezu grotesker Weise kam dieses Mißtrauen in den Kreisen der englischen Imperialisten zum Ausdruck, die sich, als Deutschland zu allen Vorschlägen des europäischen Konzerts Ja und Amen sagte, die Frage stellten: Welch hinterlistige Pläne mag die Wilhelmstraße wohl wieder im Schilde führen? Nicht das Wohl des englischen Volkes war für die auswärtige Politik der englischen Regierung maßgebend, selbst nicht einmal die unmittelbaren Interessen der herrschenden Klassen bestimmten ihre Politik: sie ließ sich allein durch den Satz leiten: Fürchte die Deutschen, selbst wenn sie Geschenke bringen.

Die Gegner Sir Edward Greys zeichnen ihn als einen sehr mittelmäßigen Kopf, der mit doktrinärem Verbisserheit an dem Grundsatz von der Unvereinbarkeit der deutschen und englischen Interessen festhält, weil sein Gehirn zu langsam arbeitet, um dem schnellen Situationswechsel in diesem Zeitalter der rapiden Entwicklung folgen zu können. Die Freunde Greys jedoch — und die sind besonders zahlreich in der konservativen Partei — verehren ihn als ein Genie, das trotz der störenden alltäglichen Eindrücke nicht das große klare Ziel aus dem Auge verliert. Aber in der letzten Zeit ist manchen dieser Verehrer doch etwas schwindl zu Mute geworden. In dem deutsch-englischen Duell haben bis jetzt stets die Sekundanten die Lorbeeren davongetragen. Namentlich England ist die führende Rolle in seiner Gruppe schon teuer zu stehen gekommen. In Asien rückt ihm Rußland immer näher auf den Leib, zwingt England, es mit der chinesischen Republik zu verzerben und bei der Erdrosselung Persiens behilflich zu sein und stellt so den englischen Einfluß bei den kriegerischen indischen Mohammedanern in Frage, die eine der Stützen der englischen Herrschaft in Indien sind. Wie eifrig der russische Imperialismus dem Persischen Meerbusen zustrebt und was sich Rußland nicht alles mit England erlauben darf, geht aus dem letzten Telegramm aus Teheran hervor, nach dem 3000 russische Truppen (nach anderen Meldungen auch mehr) nach Persien geschickt worden sind, um die persischen Grenzgebiete — so heißt es mit derbem Stofenhumor — gegen türkische Uebergriffe zu schützen. Bezeichnend für die russische Expansionspolitik in Persien, die jetzt während der Wirren in Europa wieder mit besonderer Macht einsetzt, ist auch eine Stelle aus dem Briefe eines Spezialkorrespondenten der „Times“, der aus Isfahan (an der Grenze der russischen Interessensphäre) berichtet, daß die Russen in diesem verwahrlosten Lande jedermann, der es verlangt, ohne Zeremonie zum russischen Untertanen stempeln. Und nun kommt zu dem bedingungslosigen Vormarsch der Russen in Asien die Furcht vor der Lösung der Dardanellenfrage, die über Nacht ausstauden kann. Wird die für England so entfangungsvolle Ententepolitik die kommende Krise überdauern? Einzelne englische Publizisten, wie der einflussreiche Herr Garvin, haben sich schon mit dem Gedanken veröhnt, daß der russischen Flotte die Tür zum Mitteländischen Meer geöffnet wird, wenn sich dadurch eine grundsätzliche Veränderung in der auswärtigen Politik vermeiden läßt. Alles andere — die Bedrohung Ägyptens und des Seeweges nach Indien und die Zersplitterung der englischen Flotte — ist den Imperialisten gleich, die nur von der Angst vor dem deutschen Seerüstungen beherrscht werden.



Die Kräfte, die sich in England der Erbschaftspolitik widersetzen, sind leider noch schwach. Der lauteste, aber auch der schwächste Teil der Opposition sind die linksliberalen Elemente. Ihr Einfluß auf den Gang der Ereignisse ist sehr gering, hauptsächlich weil sie nicht bereit sind, den kräftigen Verbammungsworten die Tat folgen zu lassen. Ueberdies lassen sie sich leicht wie alle Liberalen durch Ministerworte befriedigen. Wie erköndend wirkten auf diese Helben nicht die orakelhaften Worte des Schatzkanzlers von den Grenzen der Freiheit und der guten Regierung. Zudem ist ihre Politik sehr unklar und wird von Legenden beeinflusst, wie der Gladstone'schen Legende, nach der der Mann, der Ägypten okkupierte, ein warmer Freund der kleinen Nationen gewesen sein soll. So kommt es denn, daß die linksliberalen in Persien bekämpfen wollen, aber demselben Feind der Nationen die Rolle des Befreiers der Völker des Balkans zutrauen. Am klarsten hat noch der Liberale Sir John Brunner erkannt, was nützt, um dem Imperialismus erfolgreich entgegenzutreten zu können. In einem an die Presse gerichteten Briefe schreibt er:

„Mein Rat ist, daß die liberale Partei eine Demonstration veranstaltet, die das deutsche Volk nicht nur davon überzeugen soll, daß wir ihm nichts Böses wünschen, sondern daß wir auch mit ihm in Freundschaft leben wollen. Ich glaube, daß eine derartige Demonstration das deutsche Volk bewegen würde, die Verhände der deutschen konservativen Partei und der sie stützenden mächtigen Rüstungs-fabrikanten, die beiden Nationen zu trennen, zu bekämpfen und zu überwinden. Die sozialdemokratische Partei, die mehr als ein Drittel der deutschen Wählerschaft vertritt, ist schon mit uns, wie alle Welt weiß.“

Ob die in auswärtigen Fragen gespaltene liberale Partei Englands zu einer solchen Demonstration fähig ist? Und ob die platonischen Wünsche in der Zukunft mehr Zugkraft haben werden als in der Vergangenheit? Die wachsende Macht und die zunehmende politische Bildung des organisierten englischen Proletariats fällt hundertmal schwerer gegen den Imperialismus in die Waagschale als alle Versicherungen des friedliebenden englischen Bürgertums, so willkommen sie auch sein mögen.

### Russische Friedensbetenerungen.

London, 23. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Dr. Dillon, das englische Sprachrohr Sazonow's, schickt aus Petersburg eine Art russischer Friedensbotschaft an den „Daily Telegraph“. Es heißt darin, Sazonow besitze das vollste Vertrauen des Zaren, dessen Politik er nur ausführe. Der Zar betrachte den Konflikt auf dem Balkan als ein großes Unglück. Der Krieg müsse beim ersten günstigen Augenblick beendet werden und das werde vielleicht eher geschehen, als die Welt glaube. Der Krieg sei gänzlich unfruchtbar. Die selbstlosen Ziele, die die Balkanvölker zu verfolgen vorgäben, hätten auch ohne Blutvergießen erreicht werden können und würden noch erreicht werden. Die in Mazedonien vorzunehmenden Reformen setzten keine territoriale Veränderungen im nahen Osten voraus. Das jetzt brennende Feuer müsse nicht nur lokalisiert, sondern auch ausgeblüht werden. Diese Frage werde binnen kurzer Zeit von Rußland in Verbindung mit anderen Mächten in Angriff genommen werden, und da die territorialen Verhältnisse in europäischen Staaten unverändert bleiben sollten, läge kein Grund zu Streitigkeiten unter ihnen vor. Rußland sei mit der Haltung Oesterreichs, die der seinen ähnlich sei, vollkommen zufrieden. In Wien wie in Petersburg hätten die Minister mit widersprechenden Elementen zu tun, aber diese nationalistischen Elemente hätten nicht das Übergewicht. Aus der Meldung Dillon's schließt die Redaktion der „Daily Telegraph“, daß der Krieg glücklicherweise nicht von langer Dauer sein werde.

Wir brauchen nicht erst besonders zu betonen, daß diese Versicherungen nur ephemeren Wert besitzen.

### Ein Widerruf.

London, 23. Oktober. (Unterhaus.) Wegen einiger Erörterungen, die sich an eine kürzlich gehaltene Rede eines hohen Beamten im Schahamt, Maffermann, anknüpften, in welcher dieser seiner Sympathie für den Balkanbund Ausdruck gegeben haben soll, wurden heute an die Regierung einige Anfragen gerichtet, auf Grund dessen Maffermann erklärte, daß er falsch verstanden worden sei und daß er im Laufe der Rede besonderen Nachdruck auf die Neutralität der britischen Regierung gelegt habe. Auf weitere Anfragen erklärte Premierminister Asquith, Maffermann habe vollständig die gegen ihn erhobene Beschuldigung entkräftet. Die Haltung der Regierung dem Balkankriege gegenüber sei von strikter Neutralität; es sei selbstverständlich Pflicht der Minister wie auch sonst jedermanns, keine Sprache zu führen, die mit dieser Neutralität unvereinbar sei.

## Agrarlicher Terrorismus.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats, dessen Mitglieder von den Landwirtschaftskammern vertreten werden, hat sich in einer Sitzung am 22. d. Mts. gegen die Teuerungsmassnahmen der Regierung gewandt. Charakteristisch ist, daß die Protestkundgebung zwar von den „schweren Bedenken“ und „der starken Beunruhigung der Millionen deutscher Viehzüchter“ spricht, sich aber den Nachweis der angeblichen Schädigungen eripart. Dafür fordert der Landwirtschaftsrat um so dringender die Versicherung, daß der Profit der Agrarier nicht durch weitere wirkliche Massnahmen geschmälert werde: „Um der Gefahr einer weiteren Beunruhigung der heimischen Viehzüchter zu begegnen, muß der deutsche Landwirtschaftsrat zu den Massnahmen der preussischen Regierung mindestens folgende Ergänzungen erwarten:

1. Von Seiten des Herrn Reichskanzlers und der preussischen Staatsregierung sollte sobald als möglich die bestimmte Erklärung abgegeben werden, daß an eine Preisgabe oder Abschwächung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zugunsten der Einfuhr überseeischer Gefrierfleisch, welche nicht nur den Ruin der deutschen Viehzucht herbeiführen, sondern auch unsere gesicherte Landesverteidigung in Frage stellen müßte, niemals gedacht werden kann.

2. Zur besseren Beurteilung der Lebensmittelpreise überhaupt, wie namentlich der Fleischpreise, und zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Viehpreisen und großstädtischen Fleischpreisen ist dem Reichstag alsbald nach seinem Wiederzusammentritt ein Preisfestsetzungsgesetz vorzulegen, durch welches die gewerblichen Verkäufer von Lebensmitteln, noch dem Vorbilde anderer Staaten, zur öffentlichen Bekanntgabe oder wenigstens amtlichen Feststellung ihrer Verkaufspreise gehalten werden können.

3. Von den Staatserhaltungen ist zu fordern, daß sie die Hand dazu bieten, — zum Zwecke des Ausgleichs der Preise — langjährige Viehlieferungsverträge mit leistungsfähigen Vieherzeugungsanstalten oder ähnlichen Verbänden abzuschließen, auf Grund deren diese Verbände Schlachtvieh zu einem möglichen Durchschnittspreis an die Stadtverwaltungen oder geeignete städtische Organe — Fleischereinnahmen, Schlächterverbände usw. — zu liefern haben, — wie solche Verträge bereits verschiedenen größeren Stadtverwaltungen angeboten wurden.

Nur von einer Wiederherstellung des Vertrauens unserer inländischen Viehzüchter durch Massnahmen der vorbezeichneten Art — nicht von einer beunruhigenden Begünstigung ausländischer Zufuhr oder gar Abschwächung unseres veterinären und sanitären Grenzschutzes — kann auf die Dauer eine sichere und gesunde Fleischversorgung des deutschen Volkes und ein Erfolg aller auf die weitere Steigerung der inländischen Vieh- und Fleischproduktion gerichteten Bestrebungen erwartet werden.“

Diese offenen Drohungen sollen der Regierung bei den kommenden Parlamentsverhandlungen über die Teuerung den Rücken stärken. Höher als das Vertrauen der Agrarier müßte der Regierung aber die Zustimmung und die Gesundheit des ganzen Volkes stehen. Die von Landwirtschaftsrat vorgeschlagenen Änderungen sind unwirksam. Nur die Deckung der Grenzen und die Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle vermag die Fleischversorgung Deutschlands sicher zu stellen.

### Fortschrittliche Interpellation im preussischen Landtage.

Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Landtage interpelliert die Regierung, ob sie bereit ist: a) im Bundesrat für weitere Massnahmen gegen die Teuerung, insbesondere für die Abänderung des Fleischbeschaugesetzes und die Aufhebung der Futtermittelzölle einzutreten; b) durch zweckmäßig und nachdrücklich betriebene innere Kolonisation derart hinzuwirken, daß die Deckung des heimischen Fleischbedarfs durch die deutsche Viehzucht möglichst gesichert wird?

Der preussische Finanzminister erklärt im „Reichsanzeiger“ jetzt die näheren Ausführungsbestimmungen über Stundung und die teilweise Rückerstattung des Zolls für den Bezug ausländischen Fleisches durch die Gemeinden.

### Oberbürgermeister zur Fleischteuerung.

Der „Stadt-Anzeiger“ zur „Kölnischen Zeitung“ hat eine Umfrage bei deutschen Oberbürgermeistern veranstaltet. Aus den Antworten geben wir folgende Stellen wieder: Dem Oberbürgermeister Bödel (Heilbronn) gehen die Massregeln der Reichsregierung nicht weit genug; insbesondere sollte ausländisches Gefrierfleisch zugelassen werden. — Oberbürgermeister Lähle (Domburg) hält die Deckung der Grenzen zur Einfuhr von lebendem Vieh und gefrorenem Fleisch und die Herabsetzung der Zölle für Futtermittel für unbedingt erforderlich. — Oberbürgermeister Siegrist (Karlsruhe) sagt: Es bleibt nichts übrig, als dem Beispiele Englands und der Schweiz folgend, billiges überseeisches Fleisch in Massen einzuführen. Auf die Dauer wird es einfach unmöglich sein, der deutschen Bevölkerung dieses Nahrungsmittel vorzuenthalten. Eine Schädigung der deutschen Landwirtschaft wird daraus ebenso wenig entspringen, wie sie in England eingetreten ist, wo im Gegenteil die einheimische Viehproduktion nach Einführung des überseeischen Gefrierfleisches einen großen Aufschwung genommen hat. Wenn aber die deutsche Landwirtschaft in Friedenszeiten nicht infolge der deutschen Bevölkerung die bei ertäglichen Preisen mit Fleischernahrung zu versehen, wie soll ihr dies in Kriegszeiten möglich sein, wo doch der größte Teil auch ihrer Arbeitskräfte unter die Fahnen gerufen, wo ein großer Teil ihrer Jagdtiere und ihres Rindviehs vom Heer in Anspruch genommen wird? — Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt a. M.) hält die Regierungsmassnahmen völlig ungenügend und als eine Verlegenheitsmaßregel, die die Städte wegen der Einfuhrbeschränkung und da die Entscheidungen nur vorübergehende Massnahmen sein sollen, gar nicht ausgiebig durchzuführen können. — Oberbürgermeister Dr. Wilms (Posen): „Die Wirkungen der Regierungsmassnahmen wird man abwarten haben. Vor allem müssen sie sofort in Kraft gesetzt werden. Die Entscheidungen der Regierung in so wichtigen volkswirtschaftlichen Fragen sollten schneller erfolgen.“

Außer der Regierung findet sich kein Mensch, der mit jenen Massnahmen zufrieden wäre. Nur preussische Ministerautokratie kann trotzdem die Beschlüsse für unfehlbar halten und eine wirkliche Hilfe ablehnen.

### Auch die Metzgermeister in Köln streiken.

Bürgerliche Blätter berichten aus Köln: „Das von der Stadt Köln bezogene dänische Fleisch konnte nicht an die hiesigen Metzgermeister abgesetzt werden, weil es an Nachfrage fehlte. Das Fleisch hängt noch in der Kühlhalle. Gestern hat die Stadtverwaltung das dänische Fleisch, das ihr selbst über 70 Pf. kostet, zu 65 Pf. angeboten, aber es fand sich nur ein Metzger, der 57 Pf. bot, worauf die Stadt nicht einging. Jetzt soll das Fleisch auf der Freibank verkauft werden. Die Ochsenmehrgewinnung will sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten wenden, weil es nach ihrer Ansicht gesetzlich unstatthaft ist, dieses Fleisch auf der Freibank zu verkaufen, da nach dem Fleischbeschaugesetz die Freibank nur für den Verkauf minderwertigen Fleisches bestimmt ist.“ Man sieht auch an diesem Beispiel, wie notwendig es ist, daß die Städte von vornherein den städtischen Fleischverkauf vorziehen, damit sie nicht von der Gnade der Metzger abhängig sind.

### Protestversammlungen.

In Niederschönhausen referierte in einer öffentlichen Frauenversammlung am 21. d. M. die Genossin Elisabeth Köhl, Reuthe, über das Thema „Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen die Teuerung“. Der Erfolg war auch hier mehrere Neuaufnahmen.

In einer gutbesuchten Frauenversammlung zu Vorkwald referierte Genossin Bohm-Educh über das gleiche Thema. Die trefflichen Ausführungen der Referentin bewirkten, daß 22 Frauen der Partei beitraten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober 1912.

### Kleine Vorklagen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit kleinen Vorklagen, die teilweise bereits vom Herrenhause erledigt sind. Der Entwurf eines Kawagesetzes nebst dem Entwurf eines Entwässerungsgesetzes für das Linksniedererheinische Industriegebiet wurden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Aus der Debatte ist besonders hervorzuheben die Rede unseres Genossen Viehnecht, der im Gegensatz zu der Selbstgefälligkeit, mit der die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Regierung die Vorklagen anpriesen, scharfe Kritik an der rheinischen Großindustrie übte, die ohne jede Rücksicht auf das Gemeinwohl und die öffentlichen sanitären Interessen ihre Abwässer in öffentliche Flußläufe abgeleitet hat.

Der Gesetzentwurf betr. Abänderung der rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeindefestsetzungsgesetze, der die Wiederkehr von Hochwasserschäden in der Rheinprovinz verhindern soll, ging an die Gemeindefestsetzungskommission, der Gesetzentwurf betr. Dienstverhältnisse der Beamten der Amtsanwaltschaft, der die Bestimmung beseitigen soll, daß die etatsmäßigen Amtsanwälte auf Widerruf anzustellen sind, an die Justizkommission.

Hierauf erledigte das Haus noch eine größere Reihe von Petitionen ohne besonderes Allgemeininteresse.

Der Donnerstag bleibt sittingsfrei, damit die Fraktionen Zeit zu Vorbesprechungen haben. Am Freitag werden nach der Präsidentenwahl die Interpellationen über die Fleischteuerung besprochen werden.

### Zur Präsidentenwahl.

In der konservativen Fraktion scheinen die Befürworter der Probotaktik gegenüber den Sozialdemokraten für diesmal unterlegen zu sein. Der schneidige Herr von Brandenstein, der bisher die meiste Aussicht hatte, Präsident zu werden, wird von seinen eigenen Freunden preisgegeben. Statt seiner werden die konservativen den früheren Reichstagspräsidenten Graf Schöwerin-Löwy präferieren, dessen Amtsführung in dem allerdings ganz anders zusammengesetzten Reichstag nicht dafür spricht, daß er für seine Person konfliktträchtig ist. Als ein erfreuliches Zeichen der zunehmenden Einsicht der konservativen ist es zu betrachten, daß sie unserer Fraktion von ihrer Absicht, den Grafen Schwerin-Löwy vorzuschlagen, offiziell Kenntnis gegeben haben. Unsere Genossen werden sich zwar an der Wahl nicht beteiligen, sie werden aber auch gegen eine von anderer Seite etwa vorgeschlagene Wahl durch Akklamation keinen Einspruch erheben und haben diesen Beschluß den Konservativen mitgeteilt.

### Das korrigierte Glück des Freisinn!

In tödlicher Verlegenheit über die von uns aus dem Wahlprotest und den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission veröffentlichten, für den Freisinn so peinlichen Tatsachen läßt sich die „Freisinnige Zeitung“ dazu verführen, allerhand neue Unwahrheiten auf Tapet zu bringen. Daß die Streichung der 415 Wähler unter so eigenartigen Umständen die Wählerlisten ungültig macht, weiß man sehr genau. Darum und um einer großen Zahl von Wählern das Wahlrecht zu rauben, legte Herr Kaempf, wie er selber mitgeteilt, auf Veranlassung seiner Freunde das Mandat nieder. Wäre eine Ungültigkeitserklärung erfolgt, dann hätten, selbst wenn in diesem Jahre gewählt worden wäre, neue Listen aufgestellt werden müssen. Da nach alten Listen gewählt wird, kann man jedenfalls eine große Zahl von Arbeiterwählern, die mittlerweile verzoogen sind, nicht mehr auffinden, so daß sie, obwohl vollberechtigt, doch an der Wahl nicht teilnehmen können. So spekuliert der Freisinn! Weiter verhindert die Wahl nach den alten Listen, daß die inzwischen Zugezogenen sich an der Wahl beteiligen können. So raubt der Freisinn bewußt, nach einem überlegten Plane einer großen Zahl Wähler das vornehmste Staatsbürgerrecht! Als der „Vorwärts“ Ende Mai dieses Jahres darauf hinwies, daß der Freisinn es aus Vorsicht nicht zu einer Ungültigkeitserklärung kommen lassen würde, schrieb die „Freisinnige Zeitung“ — 26. Mai:

„Es ist daher auch eitles Zeitungsgeschwätz, dem der „Vorwärts“ lieber nicht Raum geben sollte, wenn davon fabuliert wird, daß die fortschrittliche Volkspartei durch irgend welchen Trick die amtlichen Feststellungen verhindern wolle.“

Was sagt die „Freisinnige Zeitung“ nun? Ja, nun behauptet sie, die Streichung der 415 Wähler sei erfolgt, weil ihre Eintragung zuunrecht durch die Sozialdemokratie veranlaßt worden sei. Demgegenüber sei konstatiert, daß es sich um Wähler handelt, die ordnungsgemäß amtlich eingetragen worden waren, nachher aber widerrechtlich amtlich gestrichen worden sind. Möchte die „Freisinnige Zeitung“ nicht vielleicht behaupten, der freisinnige Magistrat habe die Streichung nach Schluß der Wählerlisten auf Veranlassung der Sozialdemokratie vorgenommen? Nach den bisherigen Leistungen der „Freisinnigen“ brauchte man sich auch über eine solche Leistung nicht zu wundern. Vielleicht hören wir auch noch von der „Freisinnigen Zeitung“, daß der Magistratsbeamte, der, obwohl er bereits im April 1911 aus Berlin I verzoogen war, in der Wählerliste stand, nicht gestrichen wurde und sein Wahlrecht ausübte.

Beiwunderungswert ist der feine Spürsinn der Freisinnigen. Einige Tage vor der Mandatsniederlegung ließ Herr Kaempf in der Presse mitteilen, er habe in der Angelegenheit noch keinen Entscheid getroffen. Die Parteilithung wußte, daß Herr Kaempf sich bald entschließen werde und wie er sich entschließen würde. Ja, man kannte zu dieser Zeit sogar schon den amtlich festgesetzten Wahltermin, denn man hatte damals bereits die Lokale für die Versammlungen am 4. und 5. November festgemacht! Die so bekundete Gabe der Voraussicht macht es auch verständlich, daß man bei den beregten Streichungen solche Personen traf, von denen man annehmen durfte, sie würden sozialdemokratisch wählen. Ausdrücklich wollen wir noch einmal betonen, daß es sich um Leute handelte, die noch am Wahltag in Berlin I wohnten oder aber während der Aufstellung der Wählerlisten hier eine Wohnung hatten. In beträchtlichem Maße kommen da Hausdiener, Kellner und sonstige Gastwirtschaftsangehörige in Betracht. Man merkt, der Freisinn war bei allen diesen mysteriösen Vorgängen — oder waren es keine mysteriösen? — vom Glück begünstigt. Und vom korrigierten Glück erhofft er auch diesmal den Sieg!

### Post-Heuchelei.

Die Anfrage der freikonservativen „Post“, ob jemals freikonservative Parteimitglieder um sozialdemokratische Hilfe geworden haben, ist eine Dreistigkeit, die dieser Partei um so schlechter ansteht, weil sie gar keine Organisation und vielleicht mehr Abgeordnete hat als im Lande Parteimitglieder. Die Anfrage ist auch nicht weiter als ein Wuff, denn über die Vorgänge der so lächerlich klenen Partei muß die „Post“ genügend unterrichtet sein. Sie muß daher auch wissen, was der preussische Landtagsabgeordnete Spitzig im Wahlkreise Klausthal-Zellerfeld im Jahre 1908 bei der Landtagswahl geleistet hat.

In Klausthal-Zellerfeld war der jetzt in der Verfassung verfassungsmäßige Reichstagsabgeordnete Kölle 1908 bestrebt, ein Mandat zum Landtage zu erhalten. Die Nationalliberalen stellten als Landtagskandidaten den Vergnisfaktor Spitzig auf, der darauf erklärte, sich der freikonservativen Partei anzuschließen. Auf diese Weise entstehen übrigens auch sonst freikonservative Abgeordnete. Nach der Wahlmännerwahl war es sehr zweifelhaft, wer die Mehrzahl der Stimmen erhalten würde, Kölle oder Spitzig. Zu



Kreife Isfeld waren auch vier sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Um nun seinen Gegner zu schlagen, ließ Herr Spinzig durch den sozialdemokratischen Kreisvorsitzenden an die Wahlmänner der Sozialdemokratie 40 M. ausshändigen, damit sie nach St. Andreasberg fahren und dort am Wahltag für Spinzig ihre Stimme abgeben konnten. Die Wahlmänner haben das freikonserervative Geld leider auch angenommen und haben Spinzig gewählt, weniger aus Liebe für ihn, als aus Haß gegen Külle. Spinzig wurde aber nicht Abgeordneter, sondern Külle. Die Wahl ist später für ungültig erklärt worden und bei der Nachwahl siegte dann Spinzig; derselbe Spinzig, der für die sozialdemokratische Hilfe nicht nur Geld opferte, sondern auch das Versprechen einging, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu stimmen. Sonst würde ihm ja auch die sozialdemokratische Hilfe 1908 sofort verweigert worden sein.

Trotz dieser Liebeswerbung bei der Sozialdemokratie ist Herr Spinzig mit Freunden in der freikonserватiven Fraktion begriffen worden und die freikonserватiven halten ihn auch jetzt noch in der Fraktion, obgleich dieser Vorgang von 1908 den freikonserватiven im Abgeordnetenhaus vom Abgeordneten Leinert schon vorgehalten worden ist, als Freiherr v. Redlich mit Bezug auf unser Stichwahlbündnis mit den Freisinnigen erklärte, in ihrer Partei hätte jemand, der mit der Sozialdemokratie Vereinbarungen treffe, keinen Platz.

Da die Fraktion der freikonservativen im Reichstage gerade noch ausreicht, um einen Regellab zu bilden, begreift man schon, daß sie im Abgeordnetenhaus jeden Mann mit aller Gewalt in der Fraktion halten und seine politische Vergangenheit gern mit in den Kauf nehmen. Ist das aber der Fall, dann soll die „Post“ auch ihre Unverfrorenheit nicht zu weit treiben, man könnte ihr sonst bewußte politische Heuchelei vorwerfen.

### Ein bayerisches Kriegs- und Strafrechtsgesetz.

Mittwoch vormittag ist dem bayerischen Landtage der Entwurf eines Gesetzes über den Kriegszustand vorgelegt worden. Der Entwurf führt das preussische Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Juni 1861 ein (nur daß es sich bloß auf den Kriegszustand und nicht auch auf Aufruhr bezieht), und verbindet es, hinsichtlich des Verfahrens, mit dem Aufruhr- und Strafrechtsgesetz des bayerischen Strafrechtsgesetzes vom Jahre 1813. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß bisher gesetzgeberische Maßnahmen unterblieben, weil man mit der reichsgesetzlichen Regelung rechnete. Diese steht jedoch, jedenfalls in naher Zeit, nicht in Aussicht. Die bayerische Staatsregierung hätte es deshalb für geboten, daß Bayern die in seinem Recht bestehende Lücke, wenigstens was die dringendsten Maßnahmen betrifft, bis zur reichsgesetzlichen Regelung selbst ausfülle.

Der zu diesem Zwecke vorgelegte Entwurf gestattet, daß nach Ausbruch eines Krieges oder bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr durch den König der Kriegszustand verhängt wird. Die Verhängung habe zur unmittelbaren Folge, daß gewisse Handlungen, welche die Sicherheit der Mobilmachung gefährden, schwerer als sonst, beziehungsweise soweit sie nach dem gemeinen Recht nicht strafbar sind, überhaupt bestraft werden. In dieser Beziehung schließt sich der Entwurf aufs engste an das preussische Recht an. Mittelbar solle die Erklärung des Kriegszustandes zur Folge haben, daß durch die Anordnung des Strafrechts die ordentliche Strafgerichtsbarkeit außer Wirksamkeit gesetzt werden kann. Bezüglich des Strafrechts der strafbaren Handlungen, für welche das Strafrecht zuständig ist, lehne sich der Entwurf gleichfalls dem preussischen Gesetze an. Die Verfassung und das Verfahren der landrechtlichen Gerichte aber ist nach dem Muster des für innere Unruhen geltenden rechtsrheinischen bayerischen Rechtes gestaltet, damit das bei inneren Unruhen und das im Kriegszustand geltende Ausnahmegericht auf wesentlich gleichen Grundlagen beruhe.

Daß der Entwurf im gegenwärtigen Zeitpunkt und im Schluß einer langen Landtagssitzung eingebracht worden ist, scheint auf den ersten Blick geeignet zu sein, eine gewisse Beunruhigung zu erwecken. Hierzu besteht indessen kein Grund. Den Anlaß zu dem Entwurfe gäbe nicht die Besorgnis einer gegenwärtigen Kriegsgefahr, sondern nur die Erkenntnis, daß das deutsche Heer in Bayern nicht der Möglichkeit von Sicherheitsmaßnahmen entbehren darf, die es im übrigen Reich bezieht.

Der Gesetzentwurf geht einem besonderen Ausschusse zur Vorbereitung zu. Damit ist der Landtag bis in den November hinein wieder beschäftigt. Ob wirklich die Einbringung des Gesetzes gerade jetzt so ganz unabhängig von gewissen Befürchtungen ist, bleibt uns immerhin zweifelhaft.

### Die Post als Kronzeugin der junkerlichen Scharfmacher.

Auf unsere Festnagelung ihrer ebenso törichten wie unverständigen Schilderung der Treptower Demonstration antwortet die „Deutsche Tageszeitung“ recht kleinlaut. Sie gibt ihren famosen Gewährsmann vollständig preis und bekennt nur bei der Behauptung, daß die Demonstrationen die polizeilichen Bedingungen mißachtet und Verkehrsstörungen herbeigeführt hätten. Und zum Beweis für diese ihre Darstellung beruft sie sich auf die — „Bosfische Zeitung“. Das brave Freisinnblatt als Kronzeugin für das Verleumdungswort ist nun ein arger Pöbel; aber wir müssen schon gesehen, daß das freisinnige Organ sich keineswegs über mißbräuchliche Jütlerei beschweren darf. Hat es doch einen Reporterwisch abgedruckt, in dem behauptet wurde, daß die Sozialdemokratie ihre Zusage gebrochen habe, da sich doch „Jüge bis zu 3000 Personen gebildet“ hätten. Diese Jüglungen hätten aber auch größere Verkehrsstörungen zur Folge gehabt, nämlich: „einige der zum Teil recht jugendlichen Ordner ließen sich mehrfach Ueberriffe zuschulden kommen. An der Oberbaumbrücke wurde ein Eiswagen angehalten, an der Schlesischen Brücke zwei Autos zum Umkehren gezwungen, an der Danziger Straße, Ecke der Prenzlauer Allee, ein Straßenbahnwagen längere Zeit an der Weiterfahrt gehindert“. Kann man es dem Junkerorgan verdenken, daß es aus solchen „Ausforschungen“ eine Pflanze zu polizeilichem Einschreiten herleitet, wenn doch sogar die eigentliche Repräsentantin des Berliner Fortschritts solch schlimme Verkehrsstörungen stundenlang registriert?

Was die freisinnig-agrarisches Vorwürfe anlangt, so sei nur soviel bemerkt: Solange nicht Hunderttausende von Menschen mit Flugmaschinen befördert werden können, wird es natürlich ganz untermündlich sein, daß sich aus den kleinen Truppen von Versammlungsteilnehmern, die sich von tausend Orten aus durch Hunderte von Straßen nach einem gemeinsamen Sammelpunkt hinbegeben, an den großen Zugangsstraßen allmählich größere Menschenansammlungen bilden. Wenn sich Sonntags durch die Linden ein Strom von Menschen nach dem Tiergarten ergießt, bildet sich die Linden entlang genau ein solcher „Zug“, oder wenn sich durch die Königsallee im Grunewald die zahlungsfähige Gesellschaft per Auto kutschieren läßt, so entsteht nicht minder ein „Zug“, ein Zug, der abendhien das denkbar lebensgefährlichste Verkehrsbehinderung für alle Fußgänger bildet. Es gehört also schon freisinniger Ueber-Polizeigeist oder agrarische Schorfmodertheit dazu, aus einer ruhig und zwanglos ihres

Weges gehenden Menschenmenge „Jüge“ im Polizeisinn zu machen. Und nun gar die Verkehrsstörungen! Ganze drei Fälle werden da aufgeführt, wo einzelne Fahrzeuge aufgehalten worden seien. Daß sie durch Ordnung zum Halten gezwungen worden seien, muß natürlich die „Bosfische Zeitung“ erst beweisen. Sollte aber hier und da ein Wagen einmal durch den Menschenstrom — der sich nach dem Zeugnis von Hunderttausenden überall redlichste Mühe gegeben hat, jede Störung oder auch jede nur vorübergehende Störung der Passage zu vermeiden — ein Fuhrwerk zu einer kleinen Verzögerung gezwungen worden sein, so wäre das etwas, was der tägliche Verkehr stündlich tausendfach mit sich bringt. Aber die „Bosfische Zeitung“ scheint wohl gleich der „Deutschen Tageszeitung“ der Meinung zu sein, daß die Berliner Straßen nur dazu da sind, um durch Paraden und Fürstenempfang halbe Tage lang gesperrt zu werden, daß sie aber nicht existieren, um der großen Masse der Berliner Bevölkerung zum Verkehr zu dienen! Denn das Recht wird sich sich das Berliner Volk schwerlich verkümmern lassen, seinen Weg dorthin zu lenken, wo es ihm paßt. Umzüge und Verkehrsstörungen kann die Polizei wohl verhindern, aber nimmermehr kann sie Versammlungsteilnehmern verbieten, Straßen zu passieren, die zu einem Versammlungsorte führen. Daß das unseren Junkern nicht paßt, finden wir ganz begreiflich, daß aber ein freisinniges Blatt wie die „Bosfische Zeitung“ geradezu nach einer Beschränkung selbstverständlicher bürgerlicher Rechte strebt, ist etwas so Unsauberes, daß wir die ehrliche Entrüstung verstehen können, mit der liberale Männer und den denunziatorischen Erguß der „Bosfischen Zeitung“ in die Hand gedrückt haben!

### Badischer Landtag.

Der am Dienstag zur Beratung der Rüstwertvorlage zusammengetretenen II. Kammer des badischen Landtages legte die sozialdemokratische Fraktion zwei Interpellationen vor. Die erste bezieht sich auf die Fleischsteuer und fordert eine gründliche Abhilfe durch Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. — Im zweiten Falle handelt es sich um eine kleine Anfrage an die badische Regierung wegen der Wahrung der badischen Tariffreiheit in der nach Berlin einberufenen bundesstaatlichen Konferenz zur Umgestaltung der Gütertarifzonen.

Im Seniorenkongress ist wenig Neigung bei den bürgerlichen Parteien, die Anträge der Sozialdemokraten zu verhandeln. Die Fraktion wird deshalb auch darauf bestehen, daß die eingegangenen Beamtenpetitionen verhandelt werden.

### Die Organisation der nationalliberalen Partei.

Nach dem soeben herausgegebenen Organisationshandbuch der nationalliberalen Partei ist die Gesamtzahl der nationalliberalen Vereine von 940 im Jahre 1907 auf 1874 im Jahre 1912 gestiegen. Von den 1874 Vereinen sind 100 jungliberal. Für die Parteioorganisation sind insgesamt 57 Sekretäre tätig, zu denen noch die Beamten des Zentralbüros kommen. Die nationalliberale Presse vertreten über 300 Zeitungen und Verbandsorgane. Parlamentarische Vertreter besitzt die Partei im Reichstage 44, in den Landtagen der Einzelstaaten 254. In der Zahl der nationalliberalen Vereine steht (von Gesamtpreußen abgesehen) das Großherzogtum Baden mit 223 Vereinen an der Spitze, dann folgen Westfalen mit 208, die Rheinprovinz mit 178, das Königreich Bayern rechts und links des Rheins mit 183, das Königreich Sachsen mit 150, Hannover mit 142 usw. Die Organisation der Partei erstreckt sich auf sämtliche Provinzen Preußens sowie auf alle Bundesstaaten. Nur das Reichsland Elsaß-Lothringen ist noch mit keinem Verein vertreten, obgleich die Partei auch hier starken Boden hat.

### Ein Dementi der „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“ bestreitet die von der „Täglichen Rundschau“ gebrachte und von uns wiederbegebene Mitteilung, daß sie in den Besitz des Deutschen Verlags übergegangen sei. Das agrar-konservervative Blatt hat der „Tägl. Rundschau“ folgende Berichtigung zugesandt:

„Es ist unwar, daß die „Kreuzzeitung“ mit der „Vorussia, Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H.“ zu Berlin, verschmolzen worden ist oder jemals verschmolzen werden soll. Es ist unwar, daß die „Kreuzzeitung“ mit dem „Vorussia-Druckerei“ an den „Deutschen Verlag“ verkauft worden ist. Es ist unwar, daß die „Kreuzzeitung“ in ein Verkaufsverhältnis mit andern Blättern treten wird und daß eine Uebernahme der „Kreuzzeitung“ durch den „Deutschen Verlag“ in Aussicht genommen worden ist. Die „Kreuzzeitung“ ist und bleibt vielmehr nach wie vor im alleinigen Besitze der selbständigen Gesellschaft „Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung, G. m. b. H.“ zu Berlin“. An den Besitzverhältnissen dieser Gesellschaft hat sich nichts geändert, außer, daß laut notariellem Protokoll vom 17. Oktober 1912 (Nr. 379 des Notariatsregisters für 1912) das Gesellschaftskapital von bisher 36 000 M. auf 420 000 Mark erhöht worden ist. An der Erhöhung des Stammkapitals ist weder der „Deutsche Verlag“, noch irgendeine andere Druck- und Verlagsgesellschaft beteiligt, sondern die neuen Stammanteile sind lediglich von Herren gezeichnet worden, die von jeher zum Eigentum der „Kreuzzeitung“ gehört haben.“

### Steuerbelastung der Ärmsten durch Zentrumsparteiler.

In Reudorf i. G. beschloß der Gemeinderat Mitte Oktober 1912 die Heranziehung der bis dahin steuerfreien Lohnneinkommen von 500 bis 700 M. zu den Gemeindesteuerschlägen. Die schwarze „Oberelb. Landeszeitung“ lüchelte den Anschein zu erwecken, daß die Verantwortung für diesen Beschluß (von dem das Blatt hoffte, daß er schleunigst wieder rückgängig gemacht werde) nicht dem Zentrum zufiele. Sie fafelte von „Großblocktendenzen“ im Reudorfer Gemeinderat usw. Die „Rühlfauer Volkszeitung“ stellt demgegenüber in ihrer Nummer vom 18. Oktober fest, daß zwar die Liberalen auch für die Verschlechterung gestimmt haben, daß aber das Zentrum einschließlich der liberalen Hochbesteuerten im Reudorfer Gemeinderat die Mehrheit hat und somit für diesen arbeiterfeindlichen Beschluß die Verantwortung trägt. Im Reudorfer Gemeinderat sibt kein einziger Sozialdemokrat!

### Rückwirkung unserer Zollpolitik.

Gegen Deutschlands hohe Schutzollmauern kämpfen zusammen mit der deutschen Sozialdemokratie erstreulicherweise jetzt auch einige ausländische Staaten an. So geht Rußland mit dem Plan um, auf deutsches Getreide, dessen Ausfuhr durch unser Einfuhrzollsystem Brämien erhält, erhöhte Zölle zu legen. Auch Nordamerika fühlt sich durch Deutschlands Agrarzölle gehindert. Die Einfuhr von Weis und Spilberben will es durch Sitzzölle erschweren; auf Vorstellungen der deutschen Regierung hin ist die Erhebung dieses Zolles nur vorläufig aufgeschoben worden. Jetzt meldet der offiziöse Draht ein Verbot der amerikanischen Regierung gegen die Kartoffeleinfuhr. Nach einer Mitteilung New Yorker Importfirmen hat das Ackerbauamt in Washington angeordnet, daß Kartoffeln jeder Art aus Deutschland, Oesterreich, Großbritannien und verschiedenen anderen Ländern wegen folgender Krankheiten (Weggen, Fäule, Pilz) nicht gelandet werden dürfen. Die Zollbehörde führt die Anordnung strengstens durch. Ein Versuch einer New Yorker Firma, deutsche Saatkartoffeln auszuweichen, wurde abgelehnt. Die Amerikaner haben von unseren Agrariern gelernt: die angeblich gefährdete Gesundheit muß der Maskierung schutzollnerischer Bestrebungen dienen.

### Eine harte Strafe

verhängte das Kriegsgericht der I. Marineinspektion über den Matrosen Schlicht von der I. Matrosendivision in Kiel, der des tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten angeklagt war. Schlicht hatte mit zur Entlassung kommenden Reservisten in der Stadt gezoht und verübte dann, in die Kaserne zurückgekehrt, auf seiner Stube allerlei Unfug. Schließlich wurde der Unteroffizier vom Dienst, ein Exerzieroffizier, herbeigerufen, der in einem Wortwechsel mit Schlicht geriet und diesem den Mund verbot. Bei der Gelegenheit schlug Schlicht den Sergeanten gegen die linke Kopfseite. Der Dedoffizier vom Kasernendienst, der nun herbeigeholt wurde, sah die Sache anscheinend nicht so schlimm an, denn Schlicht wurde nicht festgenommen. Der Angeklagte jagte vor Gericht aus, er sei sinnlos betrunken gewesen und erst am andern Morgen zur Bestimmung gekommen. Ein Teil der Zeugen sagte aus, Schlicht sei stark, ein anderer, er sei nur leicht betrunken gewesen. Der Anklagevertreter beantragte 5 Jahre Gefängnis. Er wollte angenommen wissen, daß die Tat im Dienst geschehen sei. Das Gericht erkannte auf 3 Jahre Gefängnis. Schlicht habe gewußt, was er getan, aber die Tat sei nicht im Dienst geschehen. Bemerkte sei, daß ein ärztlicher Sachverständiger nicht geladen war.

Mit dem Urteile vergleiche man die Urteile gegen Soldaten-schinder.

### Spanien.

#### Ein Todesurteil.

Madrid, 23. Oktober. Ramon Folch, radikales Mitglied des Stadtrats von Barcelona, der wegen seiner Teilnahme an den Ereignissen im Juli 1909 angeklagt war, ist vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.

### Dänemark.

#### Der Entwurf einer Verfassungsänderung.

Kopenhagen, 23. Oktober. Der Ministerpräsident hat im Folkething einen Gesetzentwurf über eine Aenderung der Verfassung eingebracht, deren wichtigste Bestimmungen folgende sind: den Frauen wird das aktive und passive Wahlrecht zum Folkething gewährt, das Wahlrechtsalter ist auf das 25. statt wie bisher auf das 30. Lebensjahr festgesetzt, die Zahl der Mitglieder des Folkthings, die jetzt 114 beträgt, kann auf 132 steigen, die Sessionsdauer wird auf vier Jahre statt der bisherigen dreijährigen Dauer erhöht, das privilegierte Wahlrecht zum Landsting soll abgeschafft werden, ebenso die Bestimmung, daß der König 12 Mitglieder des Landstings ernannt, von den 66 Mitgliedern des Landstings werden 54 von den städtischen Vertretungen gewählt und die auf diese Weise gewählten 54 Mitglieder wählen ihrerseits die fehlenden 12 Mitglieder.

### Mexiko.

#### Der Kampf um Veracruz.

New York, 23. Oktober. Nach einem Telegramm aus Veracruz haben die Regierungstruppen gestern mittag den Vormarsch gegen Veracruz begonnen. Der Kommandeur hat sich gemeigert, den Nichtkombattanten eine weitere Frist zur Ueberstiedelung nach der neutralen Zone zu gewähren. Auf den Schiffen im Hafen befinden sich jetzt 10 000 Mexikaner und 5000 Ausländer, darunter die ausländischen Konsuln.

### Der Balkankrieg.

#### Weitere Erfolge der Serben.

Belgrad, 23. Oktober. (M. T. B.) Amtlich wird gemeldet, daß die dritte serbische Armee gestern abend trotz heftigen Widerstandes der Türken Prishtina, und die erste Armee das zwischen Egripalanka und Kumanovo gelegene Stratschin genommen haben. — Die von den türkischen Truppen auf der Eisenbahnlinie Ristodak-Kumanovo zerstörten Brücken sind von den Serben wieder in gebrauchsfähigen Zustand gesetzt worden.

### Serbische Meldungen.

Belgrad, 23. Oktober. (M. T. B.) Die Skupschtina ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Heute nachmittag ist der zweite Sanitätszug aus Nisch mit 110 Verwundeten eingetroffen. Nach Privatmeldungen ist am Javor ein türkisches Bataillon gefangen genommen worden. Ferner soll Robibazar von den Serben eingenommen worden sein. Aus Branja wird gemeldet, daß die türkischen Truppen sich aus Kumanovo zurückziehen und südlich der Stadt Positionen beziehen; der Einmarsch der serbischen Truppen in Kumanovo sibe unmittelbar bevor.

### Türkische Repressalien gegen die Malissoren.

Getinje, 23. Oktober. (B. C.) Aus Sutarci wird gemeldet, daß der Generalgouverneur von Sutarci am 18. den Erzbischof Seraggi aufgesucht habe, um ihm zu erklären, daß er die christlichen Viertel der Stadt bombardieren lassen würde, falls die mit den Montenegroinern vereinigten christlichen Malissoren den Versuch machen sollten, Sutarci zu stürmen. Der Erzbischof erklärte ihm, daß er leider keinen Einfluß mehr auf die Malissoren habe, die nur dem König Nikita gehorchen.

### Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.

### Letzte Nachrichten.

#### Aus dem Reiche des Zaren.

Smsensf, 23. Oktober. Ein Soldat des Sofia-Regiments, der während der Moskauer Parade mit dem Gewehr aus der Front herabtrat, um dem Kaiser ein Vittgeuch zu überreichen, ist vom hiesigen Militärbezirksgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

### Schweres Unglück bei der rumänischen Kriegsmarine.

Bukarest, 23. Oktober. (B. C.) Gestern wollten 17 Matrosen der rumänischen Kriegsmarine in einem Boot von Galah nach dem jenseitigen Ufer fahren, wo ein Monitor verankert lag. Das Boot kollidierte mit einem gerade passierenden rumänischen Dampfboot und wurde zum Sinken gebracht, wobei die Matrosen ins Wasser fielen. Einem zu Hilfe eilenden Schleppdampfer der ungarischen Flotte und Seefahrts-Gesellschaft gelang es, elf Matrosen zu retten, während die übrigen sechs ertranken.

### Die Einnahme von Seracruz.

Seracruz, 23. Oktober. (M. T. B.) Die Bundesstruppen haben heute vormittag Seracruz ohne erheblichen Widerstand eingenommen und Diaz und seinen Stab gefangen genommen; sämtliche Rebellen sind entworfen worden.



Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung. Mittwoch, den 23. Oktober 1912, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei vom Herrenhause gefommene Vorlagen betreffend die Bildung eines Zweckverbandes resp. einer Genossenschaft zur Entwässerung resp. Abwässerreinigung des Kawa- resp. des linksrheinischen Industriegebietes.

Abg. Göbel (Z.) bleibt bei der großen im Hause herrschenden Unruhe, die Vizepräsident Dr. Porck zweimal vergeblich einzudämmen versucht, auf der Tribüne völlig unverständlich.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Ich hoffe, daß die Vorlagen hier ebenso freundliche Aufnahme finden werden wie im Herrenhause. Die Ausführungen des Vorgesetzten habe ich zwar bei der herrschenden Unruhe und der schlechten Akustik nicht verstehen können, aber ich glaube annehmen zu können, daß auch er sich den Vorlagen in sympathischer gegenübergestellt hat. (Heiterkeit.) Auf Einzelheiten der Vorlagen wird ich nicht eingehen, sondern nur betonen, daß eine Lösung der Materie in dem bevorstehenden Wassersege nicht angängig war, da die Verhältnisse eine sofortige Regelung erheischen.

Abg. Westermann (nall.) stimmt den Vorlagen im allgemeinen zu und beantragt Ueberweisung des Kanalseges an eine Kommission.

Abg. Febr. v. Loß (Z.) beantragt Einsetzung einer gemeinsamen Kommission für beide Gesetze.

Abg. Vorster (H.) dankt der Regierung für die Einbringung der Vorlagen und wünscht Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Schulte-Pelrum stimmt dem Vorgesetzten zu.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich habe noch selten eine größere Selbstgefälligkeit gesehen, als wie sie sich hier gezeigt hat. Die Parteien danken der Regierung für die Vorlegung der Gesetze. Der Minister selbst betont, sie kämen zur rechten Zeit und dabei muß die Regierung selbst in der Begründung der Vorlagen zugeben, daß bereits seit den 70er Jahren sich in diesen Gebieten die größten Mißstände herausgestellt haben, unter denen die Bevölkerung Jahrzehnte gelitten hat, ohne daß etwas dagegen geschehen wäre. Erst nachdem die Mißstände einen solchen Umfang angenommen haben, daß sie gemein gefährlich und auch eine Gefahr für die Interessen der herrschenden Klassen geworden sind, will man jetzt einschreiten. Der dortigen Großindustrie muß der Vorkurf gemacht werden, daß sie ohne jede Rücksicht auf das Gemeinwohl und die öffentlichen sanitären Interessen ihre Abwässer in öffentliche Flußläufe abgelaßt hat. Gegen einen solchen Raubbau an Natur-schätzen und an der Volksgesundheit hätte die Regierung längst entgegengetreten müssen, zumal dazu schon die bestehenden Gesetze eine Handhabe geboten hätten. Wenn die Industrie sich jetzt ablehnend verhält gegenüber den Kosten, die sie übernehmen soll, so ist das ein betrübendes Zeichen für den Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl in diesen Kreisen der Großindustrie, die die Hauptvorteile aus unserem Wirtschaftssystem auf Kosten der Massen der Bevölkerung ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in dem Ausschuss des zu schaffenden Zweckverbandes dieselben ober-schleichen Industriemagnaten den Haupteinfluß erhalten sollen, die die Mißstände verurteilt haben, so heißt das doch wirklich, den Bock zum Gärtner machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird Gewicht darauf zu legen sein, daß in dem Ausschuss auch die Stimmen zur Geltung kommen, die die hygienischen Interessen der Gesamtbevölkerung, insbesondere des ärmsten Teils der dortigen Bevölkerung zu vertreten berufen sind. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall bedeuten die Vorlagen nur eine geringe Abschlagszahlung auf eine Schuld, die bereits ein Menschenalter besteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weumer (nall.): Herr Liebknecht ist gewiß der Letzte, der über Selbstgefälligkeit anderer zu reden das Recht hat. Im übrigen sollte auch er wissen, daß eine Kohlenförderung ohne schmutzige Abwässer nicht möglich ist.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die persönlichen Angriffe des Vorgesetzten gehören zu dem Niveau des Hauses, das man am besten in der Öffentlichkeit

nicht erörtert. (Unruhe rechts.) Daß bei der Kohlenförderung Abwässer entstehen, ist selbstverständlich; aber es handelt sich um die Art, wie die Industrie diese Abwässer rücksichtslos in öffentliche Flußläufe abgelaßt hat.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlagen gehen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes betreffend Abänderung der rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeindecinteilungsgesetze.

Die Vorlage wird nach unwesentlicher Debatte an die Gemeindekommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend Dienstverhältnisse der Beamten der Amtsanwaltschaft.

Justizminister Seefelder: Das Gesetz entspricht einem mehrfach geäußerten Wunsch des Hauses. Es handelt sich um die Vereinfachung der Bestimmungen, daß die etatsmäßigen Staatsanwälte auf Widerruf angestellt sind. Geschieht das, so müssen auf der anderen Seite der Justizverwaltung diesen Beamten gegenüber all die Befugnisse gegeben werden, die sie den anderen Justizbeamten gegenüber hat. Abg. Brehmer (L.) dankt namens seiner Freunde der Regierung für die Vorlegung des Gesetzes.

Abg. Wismann (nall.) äußert einzelne Bedenken gegen die Vorlage und beantragt ihre Ueberweisung an die Justizkommission.

Nach weiterer kurzer Debatte geht das Gesetz an die Justizkommission.

Nach Erledigung mehrerer Petitionen verlagert sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Wahl des Präsidenten, Interpellationen über die Fleischsteuerung).

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) ersucht den Präsidenten um Auskunft, wann einige Petitionen von Justizunterbeamten, die wiederholt schon auf der Tagesordnung gestanden hätten, zur Erledigung kommen sollen.

Vizepräsi. Dr. Porck erwidert, sie würden am Sonnabend auf die Tagesordnung gestellt werden. Schluß 5 Uhr.

Die Reichstagswahlagitration im ersten Kreise

setzte ein mit einer stattlichen Versammlung, die unsere Parteigenossen am Dienstag nach dem „Marinehaus“ einberufen hatten. Der sehr zahlreiche Besuch, sowie die lebhafteste Anteilnahme an den Ausführungen der Referenten Hugo Haase und Wilhelm Düwelle zeigten, daß die Parteigenossen mit gewohnter Kampfesfreudigkeit in den erneuten Wahlkampf eingetreten sind.

Für uns Sozialdemokraten ist es immer ein Lust zu kämpfen — sagte Genosse Haase — wir wünschen die Gelegenheit herbei, um mit unseren Gegnern die Klinge zu kreuzen. Mit Begeisterung treten die Genossen auch in diesen Wahlkampf ein. Die Fortschrittler haben es verstanden, die günstigen Chancen, die ihnen der Wahlkampf gegenwärtig noch bietet, für sich auszunutzen. Herr Kaempf hielt den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, sein Mandat niederzulegen, weil seine Freunde sagten, jetzt habe er noch die besten Aussichten, weil auf Grund der alten Listen gewählt wird. Viele von unseren Wählern sind seit der Hauptwahl aus dem Wahlkreise verzogen. Ein Umstand, der allerdings den Fortschrittler zugute kommt. Trotzdem aber haben unsere Gegner keinen Grund, den Tag vor dem Abend zu loben. Wir wollen abwarten, wie es am Abend des Wahltages aussehen wird. Was an uns liegt, das werden wir tun, damit die Fortschrittler am Abend des Wahltages mit langen Gesichtern enttäuscht dastehen. Ob Herr Kaempf in den Reichstag zurückkehren wird, das hängt zum großen Teil von Ihnen ab, die Sie als Wähler Ihre Stimme in die Wagtschale zu legen haben. Nicht auf die Person des Kandidaten kommt es an, sondern auf die Grundsätze, welche seine Partei vertritt. Wenn wir sehen, welche Haltung die fortschrittliche Volkspartei sowohl früher wie im jetzigen Reichstage eingenommen hat, dann kann es nicht zweifelhaft sein, daß kein Freund des politischen Fortschritts, kein Freund der Freiheit, kein Anhänger demokratischer Grundsätze einem Mitgliede der fortschrittlichen Volkspartei seine Stimme geben kann. Vorbei sind die Zeiten, wo die Fortschrittler die Forderungen für den Militarismus und Marinismus grund-sätzlich bekämpften. Sie haben ja jetzt den Ehrgeiz, positive Arbeit zu leisten und werden deshalb, wenn es zur Entscheidung über die neue Forderung von 650 Millionen Mark für Meer und Flotte kommt, sich denen anschließen, die bereit sind, dem Volke diese neuen

Lasten aufzulegen. Wir haben nicht vergessen, wie regierungsfreundlich sich die Fortschrittler in der Wilowära benahmen. Wir erinnern uns, daß sie beim Zustandekommen der volkseindlichen Bestimmungen der Reichsverfassungsordnung mitwirkten. Herr Kaempf hat sich ja bei der Abstimmung über die Reichsverfassungsordnung der Stimme enthalten. Er sagte weder „Ja“ noch „Nein“. Solche „Volksvertreter“ können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen Männer, die bei der Abstimmung über reaktionäre Gesetze ganz entschieden und kräftig „Nein“ sagen. Die Fortschrittler waren doch in der Wilowära bereit, die Finanzreform mitzumachen und das Volk mit schweren Steuern zu belasten. Sie sind als Gegner des Frauenstimmrechts aufgetreten und haben, wenn es galt, liberale Forderungen zu vertreten, eine unsichere, schwankende Haltung gezeigt. Wir wollen einen Vertreter in den Reichstag senden, der nicht schwankt, sondern fest und sicher auftritt. Darum wählen wir den Genossen Düwelle. Wenn wir jetzt in den Wahlkampf treten, so wollen wir nicht nur den 110 Sozialdemokraten einen hundertsten hinzufügen, sondern wir richten den Blick auf die Ideale der Arbeiterklasse und führen unseren Kampf im Interesse der Freiheit. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf nahm unser Kandidat, Genosse Düwelle, das Wort. Für den Kreis mit seinen reaktionären Konsequenzen, oder für die Sozialdemokratie, der Vertreterin der politischen Freiheit und des kulturellen Fortschritts — das ist die Frage, welche in diesem Wahlkampf zu entscheiden ist. Das Bürgerium hat seine liberalen Forderungen eine nach der anderen fallen lassen. Die kümmerlichen Überreste liberaler Grundsätze wurden in den Silberstreifen gestellt und werden nur bei festlichen Gelegenheiten als Prunkstücke hervorgeholt. Aber an ihre Verwirklichung denken die Vertreter des Liberalismus schon lange nicht mehr. Im Gegenteil. Sie bemühen sich, die spärlichen Rechte der Arbeiter einzuschränken. Sehen wir doch jetzt wieder, daß es Anhänger des Freisinn sind, die in Neudöln und in Lichtenberg Beeinträchtigungen des kommunalen Wahlrechts durchsetzen wollen, um den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gemeindeverwaltung möglichst auszuschalten. Je mehr sich die Mißverhältnisse verschärfen, desto mehr geht der Freisinn nach rechts. Weit kann er übrigens in dieser Richtung nicht mehr kommen, weil er schon ziemlich am Ende der abschüssigen Bahn angelangt ist. Wo der Freisinn auftaucht, da steigt die Reaktion. Die Entscheidung kann den Wählern nicht schwer fallen. Wer für Demokratie und Sozialismus, für Freiheit und Fortschritt eintreten will, der muß sich am Wahltage für die Sozialdemokratie entscheiden. (Lebhafte Beifall.)

Wenn für Mann werden die Parteigenossen dafür eintreten und ihre ganze Kraft in der Agitation dafür einsetzen, daß Genosse Düwelle diesmal mit einer Mehrheit, die nicht angezweifelt werden kann, als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgeht. — Das ist der Gedanke, der in der Diskussion zum Ausdruck kam und mit dem auch der Vorgesetzte die Versammlung schloß.

Preußischer Handwerkskammertag.

Berlin, 22. Oktober 1912. (Eig. Ber.)

In Anwesenheit von etwa 50 Landtagsabgeordneten aller bürgerlichen Parteien und Vertretern der preussischen Handwerkskammern fand heute nachmittag ein Preussischer Handwerkskammertag statt, um zu einem „Handwerkerprogramm“ Stellung zu nehmen. Dieses Handwerkerprogramm soll den Kandidaten der bürgerlichen Parteien bei den kommenden Landtagswahlen unterbreitet werden.

Im Auftrage der Kommission, die das Handwerkerprogramm eingehend beraten hat, berichtete der Vorsitzende der Magdeburger Handwerkerkammer Thierkopf: Wenn wir verlangen, daß mehr Handwerker in den Landtag einzeln sollen, dann soll damit nicht gesagt werden, daß alle bewährte Abgeordnete nun durch Handwerker ersetzt werden sollen. Aber wir wünschen, daß Mandate, die frei werden, in Zukunft mehr durch Handwerker besetzt werden. Wir verlangen auch, daß mehr Rücksicht genommen wird auf das Großhandwerk.

Nachdem erläutert sodann eingehend die Forderungen des von der Kommission beschlossenen Programms und verbreitete sich ausführlich über die Forderungen des Schutzes der Arbeit-willigen und der Handwerker vor Boykottierung. Der Staat muß dafür sorgen, daß jeder in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen kann. Aber mancher Handwerker möchte heute gern zur Wahl gehen und kann es nicht, weil er durch

der Uebergabe ins Auge sehen. Man beriet schon über die Kapitulationsbedingungen, als ein junger Pole, namens Kulzski, sich erbot, sich durch die feindlichen Linien zu schleichen und dem Eschbacher die furchtbare Lage der Stadt zu schildern. Das Angebot wurde angenommen und als serbischer Händler verkleidet, gelang es dem jüdischen Polen, die Wachsamkeit der Türken zu täuschen; er kam durch. Wenige Tage später überfiel Karl von Lothringen die Türken und schlug sie in die Flucht. Als man nun Kulzski fragte, welche Belohnung er für seine lähne Tat verlange, antwortete der Pole, er wolle sich mit den von den Türken auf dem Schlachtfeld zurückgelassenen Stoffvorräten begnügen. Der Stoff war damals in Europa noch völlig unbekannt, aber der Pole wußte, was die Türken mit den braunen Wöhen anfangen, und als unternehmender Geschäftsmann beschloß er seine Kenntnisse sofort zu verwerthen. Und in Wien begann er Stoffe zu brauen und das heisse duftende Getränk an die Bewohner zu verkaufen. Zuerst verpönte er seinen Kaffee auf der Straße; dann, durch den Erfolg ermutigt, mietete er sich ein kleines Lokal; das erste Wiener Caféhause. Der Kaffee führte sich rasch ein, er wurde populär und Kulzski starb als schweizerischer Mann und als der Besitzer des ersten Wiener Caféhauses.

Notizen.

— Neue Dramen. Herbert Gulenbergs Liebestragödie „Belinde“ hatte bei der Uraufführung in Leipzig und München Erfolg, während in Dresden der letzte Akt bestritten wurde.

— Ein Gastspiel des Pariser Theater de l'Œuvre, veranstaltet vom „Journal d'Allemagne“, findet Freitag abend im Boarding-Palast statt unter der Leitung Eugène Boes. Man wird „Le Coeur a ses raisons“ von de Flers und Caillobet und „Les Romanesques“ von Noftand spielen. Herr Eugène Boe hält einen Vortrag über das moderne Theater und registriert Fabeln von Lafontaine.

— Kunstchronik. Im Kunsthallen Paul Cassirer wird heute Donnerstag eine neue Ausstellung, die erste nach dem Umbau des Hauses und der Vergrößerung der Räume, eröffnet. Die Ausstellung wird einen Ueberblick über die im Salon Cassirer seit seinem Bestehen vertretene Kunst geben.

— Als Burgtheaterdirektor ist nach Wiener Nachrichten der Regisseur Hugo Thimig in Aussicht genommen.

— Liszt-Reminiscenzen. Lina Ramann, die verdiente, längst heimgegangene Liszt-Biographin, hat unter dem Gesamt-titel „Lisztiana“ interessante Memoiren in Form wertvoller Tagebuchaufzeichnungen über ihr persönliches Verhältnis zu dem Meister mit zahlreichen noch ungedruckten Briefen Liszts, auch einigen der Fürstin Wittgenstein, Hans von Bülow u. a., handschriftlich hinterlassen, mit deren Herausgabe sie Professor Artur Seidl in Dessau betraut hat.

— Die vollständige Sonnenfinsternis vom 10. Oktober, die nur an entlegenen Orten der südlichen Halbkugel genau zu verfolgen war, ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten für die Wissenschaft ein völliger Fehlschlag gewesen.

Kleines feuilleton.

Hinter den Kinokulissen. Man schreibt uns aus Wien: Nun hat auch diese jüngste Kunstform, diese letzte und vielleicht auch in anderem Sinne letzte Art des Theaters, ihre Ausstaltung bekommen. Die erste internationale Kinowettbewerbsschau dieses Jahres hat in den Sälen der Gartenbau-Gesellschaft sich eingeleitet.

Das ist die erleuchtete Welt hinter den Kinokulissen: schwarze Kinoapparate, an denen sich die Filmtrimmel rasend drehen, Lautsprecherapparate, die unseren Redens auf's Haar ähnlich sehen, dann die Filmlostanmaschinen und die Reinigungsapparate, die Kopierinstrumente und die feuerfesten Filmfassetten, das Dekorationsdepot möchte man sagen, dies ist die Welt hinter den Kinokulissen: eine ungeheure Industrie, ein Lebenserwerb von Hunderten und Tausenden, eine statistische Angelegenheit, die uns zeigt, wie das Ergehen von zwei Milliarden jährlichen Besuchern das Geschäft von 120 000 anderen ist. Theaterausstellung; und man denkt an den ganzen Plunder begünstigter Vorbeerbänge, abgebildeter Szenenbildern in Form kolorierter Stapler von anno dazumal. Hier aber ist alles funkelndglänzend, ist ohne Geschichte, ist unheimlich mechanische Gegenwart, die nicht mehr als 17 Jahre zurückreicht und wie ein triumphierender Geschäftsmann einfach das Hauptbuch aufschlägt. Eine statistische Angelegenheit: 30 000 Kinoteater auf der ganzen Welt. Herz, was begehrt Du noch Pflitter und Sand! Da sind die Kohlenfabriken, 12 an der Zahl, die ihre Ränder an 110 Filmfabriken liefern. Wieviele Länder fragt ihr gleich. Und diese unabsehbar in die Höhe schwellende Ziffer verblüfft, läuft zweimal um den Äquator und erreicht im Jahre ein Ausmaß von 120 Millionen Meter. Immerhin aber, man begreift: die längsten Filme, die Filmstars sozusagen messen vier Kilometer. Die aber sind nur in Matkinensfabrik vorführbar.

In dieser mechanischen Präzisionskunst ist die Wertung eine Ziffer und die Entwicklung auch, denn der erste Produktionsapparat konnte nicht mehr als 20 Meter abspulen. Und — wie in jeder anderen Industrie — war zuerst Handbetrieb, ehe die menschliche Muskelkraft durch den Elektromotor ersetzt wurde. Indessen, da ist die allerneueste Erfindung: ein Miniaturapparat für Schule und Haus, und der braucht keine besondere Beleuchtung, die Hand, die die Filmpule abwickelt, legt ein Dynamo in Bewegung, der gleichzeitig die Apparatur aufzulösen läßt. Ein atavischer Rückschlag sozusagen, der der Wohlfeilheit zugute kommt. Denn solch ein „Puppenkino“ kostet nur ein Siebentel eines voll aus-gewachsenen: 150 Mk. Ein geringes weniger, und morgen vielleicht oder übermorgen werden die Kinder der Reichen in ihren Stuben ein Miniaturkino haben, das ihnen die faszinierenden und phantastischen Bilder der Wirklichkeit vorspielt, das wunderbare Leben der Mikroben und das seltsame Treiben der Menschen in unterirdischen Schächten, das alltäglich Nächste und Kleinste in unserem Leibe wie das weitbewegend Große, das sich irgendwo abspielt.

Die zahlreichsten Forschungsinstitute für Chemie und für physikalische Chemie und Elektrochemie, die von der

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft begründet sind, wurden am Mittwoch eingeweiht. Ueber die weiteren Pläne der Gesellschaft teilte Professor Harnack in der sich anschließenden Hauptversammlung mit:

Die Gründung weiterer Institute steht unmittelbar bevor. So wird im Rheinland mit Mitteln, die die Stadt Mülheim zur Verfügung gestellt hat, ein Institut für Kohlenforschung errichtet werden. Ferner werde ein klinisches Radiuminstitut geplant zur Erforschung des Einflusses der Radiumstrahlen auf den gesunden und kranken Menschen. Luftschiffahrt und Luftflug sollen in ihren theoretischen Grundlagen durch Unterstützung einer Studiengesellschaft gefördert werden. Eine Hauptaufgabe stellt die Gesellschaft in der Förderung der biologischen Studien. In diesem Zweck hat die Gesellschaft die Zoologische Station in Ronigo übernommen. Es sollen ferner gegründet werden ein Institut für experimentelle Therapie, zweitens ein Institut für Arbeitsphysik und Arbeitshygiene. Hier soll der schädliche und der nützliche Einfluß der Arbeit auf den Körper untersucht werden. Es sollen Forschungen über die Erhaltung und die Verlängerung der Arbeitsfähigkeit angestellt werden. Die Gesellschaft hat ferner eine Expedition zur Bekämpfung der Schlafkrankheit in Kamerun mit ausgerüstet; ebenso fördert sie die Ausgrabungen in Samara.

Da bei Jud und Christ für die kaiserliche Gründung mit Hochdruck gesammelt wurde, verfügt sie über 14 Millionen Mark Vermögen und eine halbe Million Mark jährliche Einnahmen. Die Begeisterung der Kapitalmagnaten für die Wissenschaft ist also kaum genug, zumal wenn man in Rechnung stellt, daß Orden und Titel in reichem Maße winken.

Eine Verdrängung der französischen Sprache aus Elsaß-Lothringen will eine in „Petersons Mitteilungen“ soeben veröffentlichte Statistik konstatieren. Danach benutzten die deutsche Sprache als Muttersprache im Jahre 1900: 1 492 000, 1905: 1 575 000 und 1910: 1 634 000 Personen. Entsprechende Zahlen für die französisch sprechende Bevölkerung sind 1900: 139 000, 1905: 200 000, 1910: 204 000. Auf 1000 Einwohner berechnet ergibt das im Jahre 1900: 888 deutsch und 116 französisch Sprechende, 1905: 888 und 110 und 1910: 872 und 109. Wir übernehmen diese Statistik mit der Bemerkung, daß sie nur mit größter Vorsicht zu benutzen ist. Wie das Beispiel von Oesterreich-Ungarn, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern mit gemischter Bevölkerung zeigt, werden solche Statistiken öfter dazu benutzt, die in Wirklichkeit gar nicht verschwinden wollende fremde Bevölkerung theoretisch absterben zu lassen. Möglich ist es deshalb, daß auch den Franzosen und ihrer Sprache in Elsaß-Lothringen von unserer patriotischen Statistik ein ähnliches Schicksal bereitet wird.

Das erste Café Europas. Der Balkankrieg veranlaßt einen Mitarbeiter des „Stöckel“ daran zu erinnern, daß Europa sein erstes Caféhaus, sozusagen den Urahn sämtlicher heute bestehenden Cafés, indirekt den Türken und einem Türkenkriege verdankt. Es war während der Belagerung Wiens im Jahre 1682; es stand schräg um die Stadt und trotz der heldenmütigen Verteidigung mußte man







**Fängnisstrafe von 8 Monaten und 1 Jahr Ehrverlust.** Es hält ihn in 3 Häfen des Betruges für schuldig, da er den Unternehmern bewußt andere Leute zugesandt hatte, als er sich nach den Verträgen verpflichtet hatte. Das Gebahren des Angeklagten verleiht in jeder Beziehung gegen Treu und Glauben, da er die Kostlage der Unternehmer in betrügerischer Absicht mißbraucht hat. — Da noch mehrere derartige Betrugsfälle gegen Knott schweben, werden sich die Gerichte noch mehrfach mit ihm zu beschäftigen haben.

Rehr Schuh solch famosen Staatsstößen, rufen die Schatzmacher, aber sind sie endlich zu der Ansicht gelangt, daß nicht ein Schutz der Arbeitswilligen, sondern ein solcher gegen Arbeitswillige vonnöten ist?

**Konfusion in der Streikjustiz.**

Die Ehefrau des Bergmanns Pozibilski aus Sterkrade wurde 12 Tage nach einem angeblichen Streikvergehen von der Ehefrau des „Arbeitswilligen“ Friedrich Glade bei der Polizei denunziert, ihrem Mann, als er von der Arbeit gekommen sei, zugerufen zu haben: „Streikbrecher, Bummelant, Pfui!“ Die beschuldigte Bergmannsfrau erhielt darauf von der Sterkrader Polizeiverwaltung einen Strafbefehl über 15 M. mit der Begründung, daß sie dem Bergmann Glade ihre Beerdigung bekundet habe durch das Wort „Streikbrecher“, auch habe sie sich der „Störung der öffentlichen Ordnung“ schuldig gemacht. Die mit dem polizeilichen Strafmandat bedachte Bergmannsfrau beantragte richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht erkannte auch insofern den Einspruch als berechtigt an, als es gerade das Wort „Streikbrecher“, worauf die Polizei Gewicht gelegt hatte, als nicht erwiesen ausdrücklich. Auch der „Bummelant“ wurde nicht nachgewiesen, blieb nur das „Pfui“, das die Denunziantin selbst gehört haben wollte, obwohl andere Zeugen bekundeten, daß die Angeklagte zur angegebenen Zeit überhaupt nicht zu Hause gewesen war. Das Schöffengericht erkannte nun auf 5 M. Geldstrafe wegen „aroben Unfugs“. Im Bewußtsein ihrer Unschuld legte die Beschuldigte Berufung ein, so daß sich die Strafkammer in Duisburg mit der Sache zu befassen hatte. Das Berufungsgericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens, weil nicht eine „Lebertretung“, sondern entweder ein Vergehen nach § 185 A. St. G. (Beleidigung) oder ein Vergehen nach § 183 A. St. G. vorliege, die Straf- oder Strafandrohung gestellt sei. Nun hätte man doch wohl erwarten sollen, die arme Frau habe Ruhe gehabt vor weiterer Verfolgung. Doch weit gefehlt. Nachdem die 5 M.-Sache die Revisionsinstanz im Sinne des Staatsanwalts passiert hatte, mußte sich das Schöffengericht abermals damit befassen. Es verurteilte jetzt die Angeklagte zu 15 M. Geldstrafe und begründete das sowohl mit § 185 St. G. als auch mit § 183 St. G. Nun schien man aber wohl erst Geschied an der Sache zu bekommen, denn jetzt legte der Amtsanwalt wieder Berufung ein. Er will jetzt wenigstens eine Gefängnisstrafe für die Sünderin dabei herausziehen und begründet das damit, daß § 183 St. G. nur Gefängnisstrafe kennt. Dazu konnte sich nun aber das Berufungsgericht doch nicht verstehen. Es verwarf die Berufung des Amtsanwalts und urteilte großmütig, daß die erkannte Geldstrafe von 15 M. als „ausreichend“ erachtet werden sei.

Wenn Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte mit solchen Vorkäufen sich monatelang beschäftigen müssen, ist es nicht verwunderlich, daß ihre Blick für Verfolgung wirklich im öffentlichen Interesse zu verfolgender Straftaten sich trübt und gemeingefährliche Verbrecher immer seltener gefast werden können.

**Wucher und Betrug.**

Der Prozeß gegen Nordendbitter und Kaltfeld, über den wir am 10. d. M. berichteten, ging gestern zu Ende. Das Gericht verurteilte Nordendbitter zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft und entließ ihn aus der Haft. Der Mitangeklagte wurde freigesprochen.

**Raub und Betrug.**

Eine recht gefährliche Schwindlerin mußte sich gestern in der Person der Näherin Hedwig Gutheil vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verantworten.

Wie seinerzeit mitgeteilt, war die Angeklagte verhaftet worden, als sie in der Nähe des Schiffschen Bahnhofs einem Schulumädchen, welches für seine Mutter Einkäufe machen sollte, das Portemonnaie entriß und damit flüchtete. Es stellte sich heraus, daß sich die Angeklagte auch in anderen Fällen an Kinder herangedrängt und ihnen unter der Vorpiegelung, sie sollten für sie einen Auftrag erledigen, das Portemonnaie abgeholt haben unter dem Vorgeben, es solange aufbewahren zu wollen, bis sie zurückkämen.

Vor Gericht trat Rechtsanwalt Giffener für die Angeklagte die Jubilierung mildernder Umstände, da sie in Not gehandelt habe. Das Gericht erkannte wegen Raubes und Betruges unter Jubilierung mildernder Umstände auf 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Wiederholt möchten wir gegenüber ähnlichen und noch schlimmeren Fällen die Eltern darauf hinweisen, ihren Kindern einzuschärfen, dritten Personen gegenüber die größte Vorsicht zu üben.

**Unstille Schriften?**

Ein neuer umfangreicher Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bilder begann gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr. Die Person des Angeklagten fällt aus dem Rahmen der sonstigen Prozesse dieser Art etwas heraus; die Anklage richtet sich nämlich gegen den Sekretär der Lagererwerbungs-Gesellschaft in Leipzig, Max Baumhach, der beschuldigt wird, in Charlottenburg und Leipzig solche unzüchtigen Sachen vertrieben zu haben. Die Anklagebehörde hält ihn sogar für einen Mittelsmann der Firma D. Luffon in Paris, die dafür bekannt ist, daß sie obscene Werke und Bilder, die sie aus Paris, Haag, Budapest und Barcelona bezieht, mit Hilfe von Mittelspersonen in den verschiedenen Ländern vertreiben läßt. Eine bei dem Angeklagten vorgefundene Hausdurchsuchung förderte über 80 Bücher, Ansichtspostkarten, Kataloge und zahlreiche Photographien zutage, welche sämtlich unter den § 184 St. G. B. fallen.

Der Angeklagte bestreitet die Annahme, daß er Sekretär der Firma Luffon sei, und behauptet, daß er die unter strengem Verschluß gehaltenen Bücher und Bilder nur für sich selbst habe kommen lassen. — Da in allen Prozessen dieser Art die Bücher verlesen werden müssen, wird die Strafkammer wieder auf längere Zeit der Erledigung anderer Anklagesachen entzogen sein. Neben den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

**Hus aller Welt.**

**Agrarische Bescheidenheit.**

Landjunker und ländliche Arbeiter bilden eine große Familie. So kann man es bis zum Ueberdruß tagtäglich in der konservativen Presse lesen. Dagegen ist die III. Sozialdemokratie, die ja bekanntlich die Zerstörung der Familie auf ihr blutrotes Banner geschrieben hat, natürlich der ärgste Feind des kleinen Bauern und ländlichen Arbeiters. Und nur aus Doh gegen das harmonische Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Landbevölkerung treibt sie ihre verheerende Agitation. Hell erstrahlen läßt sein Mißgefühl für die wirtschaftlichen Sorgen des kleinen Mannes der auf Kolzig (Schlesien) residierende Rittergutsbesitzer Herr v. Alting, der im „Kaufmännischen Stadtblatt“ vom 22. Oktober seinem geprehten Herzen wie folgt Luft macht:

„An die Bewohner von Grünwald, Jeschane und Glashütte! Täglich erhalte ich von Euch Besuche um Waldstreu. Nun leiden aber unsere geschäftlichen Beziehungen, wenn Euer Gemeindevorsteher Adam jetzt fast täglich an meiner Grube jagt, um die nur wenigen Hasen und noch abzuziehen. Hätte Adam Verständnis und Mißgefühl für die Bedürfnisse seiner Gemeinde, so würde er solche Handlungen unterlassen, durch welche Ihr der Waldstreu verlustig geht. Sobald Adam das Jagen an meiner Grenze unterläßt, will ich meinen Wald schädigen und Waldstreu nach Bedarf Euch verkaufen.“

„B. v. Alting.“  
Die wir hören, will die konservative Fraktion im Preussischen Landtage den Herrn Landwirtschaftsminister darüber interpellieren, ob es überhaupt angängig sei, daß das edle Waldstreu von Bürgerlichen ausgehüllt werden dürfe. In der Begründung wird der Redner gleichzeitig das durchaus berechnete Verlangen ansprechen, daß der widergesetzliche Gemeindevorsteher Adam sofort seines Amtes entsetzt werde. Adam habe sich durch seine unqualifizierbare Handlungsweise dringend sozialdemokratischer Untertreue verdächtig gemacht, denn es sei eine nur Sozialdemokraten zugutruhende Gefährlichkeit, dem Rittergutsbesitzer v. Alting die für die gutsherrliche Tafel bringend nötigen Hasen wegzuschleichen. Sollte, was ja als selbstverständlich angesehen werde, die Regierung den berechtigten Wünschen der Interpellanten Rechnung tragen, so werde Herr v. Alting noch einmal Gnade walten lassen und trotz schwerer Schädigung wieder Waldstreu verkaufen.

**Des Grubendramas letzter Akt.**

Die furchtbare Katastrophe auf der North-Lyell-Grube auf Tasmania hat den von uns befürchteten Ausgang gebracht. Trotz der Versicherung des Grubendirektors, daß die von der Oberwelt abgeschnittene Mannschaft sich retten würde, befanden sich noch 42 Bergleute in dem brennenden Schacht. Die Versuche, zu ihnen zu bringen, sind vergeblich geblieben. Um die Grube nicht vernichten zu lassen, hat sich die Behörde entschlossen, den Unglückssticht unter Wasser zu setzen. Mit den in die Grube eindringenden Wasserfluten entschwindet den Angehörigen zwar jede Hoffnung auf Rettung ihrer Lieben, aber sie haben wenigstens die tröstliche Zuversicht, daß den Aktionären der Grube kein allzu großer pekuniärer Schaden erwächst. Und das ist doch die Hauptsache!

**Gute Kundschafft.**

Vor dem Landgericht Leipzig hatten sich die Schyuleute Klein und Brosch wegen Hehlerei zu verantworten, da sie in einem Kolonialwarengeschäft Waren entweder zu niedrigem Preise oder nur gegen ein Trinkgeld von den Verkäufern entnommen hatten. Der Schyuleute Brosch wurde zu vier Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. Dagegen wurde Schyuleute Klein freigesprochen, da man ihm nicht nachweisen konnte, daß er gänzlich unsonst gekauft hatte. Die angeklagten vier Verkäufer und noch zwei andere Männer erhielten Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu drei Monaten.

Natürlich ist der Schyuleute Brosch eine seltene Ausnahme unter den Schyuleuten, trotzdem schlechte Leute behaupten, daß ähnliche billige Einkäufe öfter vorkämen. Ja, sogar soweit versteigt sich die Bosheit, einzelnen Schyuleuten nachzureden, daß neben der Ruhe, der sie an den Straßenecken pflegen, die billigen Einkäufe an Speisen und Getränken wesentlich zu ihrem gewichtigen Lebensumfang beitragen. Natürlich ist das nur haltloses Geschwätz!

**Ein Postpaska.**

In geheimer Sitzung verhandelte die Disziplinar-Kammer in Leipzig gegen den Postverwalter Hermann W. in Öppersdorf bei Burgstädt. W. hatte sich in den Amtsräumen sittliche Verfehlungen gegen zwei ihm unterstellte Postgehilfen zuschulden kommen lassen. Er wurde zu Dienstentlassung verurteilt, ihm aber zwei Drittel der Pension auf drei Jahre zugewilligt.

**Kleine Notizen.**

Eisenbahnunfall. Am Dienstagabend streifte bei der Einfahrt in den Bahnhof Kirchhain die Lokomotive eines Güterzuges eine stehende Lokomotive und brachte sie zur Entgleisung. Durch den entgleisten Tender wurde die Schrankenwärterin Michaelis getötet. Sonstiges Personal wurde nicht verletzt.  
Verkaufter Geldtransport. Als die Kopenhagener Landmannsbank gestern einen kleinen Geldlad von einer Pariser Bank erhielt, zeigte sich, daß von den 10000 Franc, die der Saal enthalten sollte, 8400 Franc fehlten. Um eine vorzeitige Entdeckung zu verhindern, hatte der Dieb die unterweg gestohlenen Goldstücke durch Ein- und Zweipennigstücke ersetzt.

**Fünf Kinder vergiftet.** In der spanischen Dittschast Zamora vergiftete ein Mann namens Ferrero seine fünf Kinder. Ein Kind ist bereits gestorben, der Zustand der vier anderen ist bedenklich. Der unmenschliche Vater wurde verhaftet.

Ein blutiges Ehedrama spielte sich am Dienstag in Hamburg ab. Dort versuchte der Gärtner Siegfried Wirth seine von ihm getrennt lebende Ehefrau dazu zu bewegen, sich mit ihm wieder zu vertragen und die gemeinschaftliche Wohnung wieder aufzusuchen. Frau W., die sich gerade bei einer Freundin aufhielt, schlug aber die Bitte ihres Ehemannes rundweg ab und es entspann sich ein erregter Wortwechsel, in dessen Verlauf Wirth einen Revolver zog und auf seine Frau mehrere Schüsse abgab. Von einer Kugel in den Unterleib getroffen, sprang die Unglückliche in ihrer Todesangst auf das Fensterbrett und, ehe ihr Mann noch früh genug hinzuspringen konnte, von dort aus in den Hof hinab, wo sie mit gebrochenem Arm liegen blieb. Wirth, der sehr einfach, was er angerichtet hatte, richtete die Waffe auf sich selbst und löste sich durch einen Schuß durchs Herz.

Unserem Genossen  
**Willi Osterloh** nebst  
Frau **Klara Skirl**  
die besten Wünsche zur  
Begräbnisfeier.  
Die Genossen des 325. Bezirks,  
4. Kreis. 217a

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Am 22. Oktober verstarb unser  
Genosse, der Gattin  
**Georg Stucke**  
Schlemmerstr. 45, Bezirk 550.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 25. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Gethsemanes-Kirchhofes in  
Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlichter  
**Albert Kupfer**  
am 21. Oktober gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 23. d. Mts., nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Kaiserlich-Kirchhofes, Weihen-  
see aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
190/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Am Sonnabend, den 19. Okto-  
ber verstarb unser Mitglied  
**Theodor Schwantke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 21. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Bergischwälder Friedhofes aus  
statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Athleten-Bund  
Deutschlands.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Richard Schwentorat**  
v. Sportklub „Victoria“ Nützenberg  
nach kurzer Krankheit gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 21. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle in Nützenberg aus statt.  
Treffpunkt der Kollegen um  
3 Uhr am Bahnhof Nützenberg-  
Friedrichsfelde. 942b  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

Nach jahrelangen schweren Leiden  
verstarb am 22. d. M. meine liebe  
Frau, unsere gute Mutter, Schwester  
Tochter und Tante  
**Klara Kärtling**  
geb. Rehnert.  
Die Beerdigung findet am  
25. d. M., nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Paris-  
Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.  
Dies zeigt an 20a  
Max Kärtling nebst Kindern.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Bierfahrer  
**Christav Ambrosat**  
am 20. d. Mts. im Alter von  
49 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 24. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Georgen-Kirchhofes  
in der Landsberger Allee aus statt.  
67/18 Die Bezirksverwaltung

Für die Beweile herzlicher Teil-  
nahme und den vielen Kranzpenden  
bei der Beerdigung unserer lieben  
Tochter und Schwester  
**Martha**  
sagen wir allen Beteiligten unseren  
besten Dank.  
Familie Pöschel.

**Dankfagung.**  
Hiermit sagen wir für die zahl-  
reichen Kranzpenden anlässlich des  
Hinscheidens unseres lieben Bruders,  
Schwagers, Onkels und meines lieben  
Bratstamms  
**Karl Knopp**

allen Verwandten, Freunden und Be-  
kannnten, insbesondere dem Verband  
der Buch- und Steinbrucker-Gesell-  
schaften, dem Bergischen Quartett so-  
wie Herrn Meße für die tröstlichen  
Worte an der Bahre des Entschlafenen  
unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzensir. 41, nicht am  
Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Ratenzahlung**  
wöchentlich 50 Pf.



**Schillers  
Werke**  
herausgegeben  
von MEHRING  
3 elegante Leinenbände  
Preis 4 Mark  
Bestellungen nimmt unser  
Zeitungsbote entgegen.



**MAGGI'S Suppen**  
1 Würfel für 2-3 Teller 10<sup>s</sup>  
Mehr als 40 Sorten. **die besten!**



# Vierter Wahlkreis.

Heute abend 8 1/2 Uhr:

## Große Volksversammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

1. „Der städtische Fleischverkauf und der Versuch der Verhinderung und Verekelung.“

Referenten sind die Stadtverordneten Genossen Dr. A. Bernstein und A. Hoffmann. 2. Freie Aussprache.

**Frauen! Erscheint in Massen! Eintritt frei.**

Der Einberufer, P. Hoffmann, Königsberger Straße 28.

### Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	18.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herrn-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herren-Garderobenhaus nur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

#### Maschinenarbeiter (Neukölln u. Britz)

Heute, Donnerstag, den 24. Oktober, abends 6 Uhr, bei Gültig, Neukölln, Erdstraße 8:

#### Branchenversammlung.

Tagesordnung: Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Alle in Neukölln und Britz beschäftigten Maschinenarbeiter müssen in dieser Versammlung erscheinen. Keiner darf fehlen!!

### Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: O. 54, Wulsdorfstr. 10 L. Fernsprecher: Amt Norden 4518.

Sonntag, den 27. Oktober 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):

#### General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1912.

2. Verbandsangelegenheiten. 43/20\*

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu der General-Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; ohne diese keinen Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

**Achtung!!**

**Heute!!**

### Ortskrankenkasse des Maurergewerbes

zu Berlin, Sophienstr. 6.

Heute Donnerstag, den 24. Oktober 1912, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr

findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5), für die Kassenmitglieder

Aufstellung der Kandidaten

zu den Generalversammlungen für die Jahre 1913/1914 statt.

Die Mitglieder der Kasse werden um zahlreiches Erscheinen ersucht, damit Kandidaten zur Wahl gestellt werden können, die auch unter der Reichsversicherungsgesetzgebung ihre Kräfte zum Wohle der Kasse und ihrer Mitglieder einbringen.

Bei den aufzustellenden Kandidaten ist die Nummer der Mitgliedskarte und die Wohnung sowie Name und Wohnung des derzeitigen Arbeitgebers anzugeben.

Der Einberufer.

### Warnung vor Nachahmung

des echten gesetzl. gesch.

### Kapitän-Kautabaks

dringend geboten.

Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift:

„Kapitän-Kautabak“ geliefert.

Carl Böcker, Berlin, Grüner Weg 119. Amt Königstadt 3061



*Servus* Pfefferpulver

Überall zu haben in großen Dosen à 20 Pf. Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

### Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

An alle Mitglieder des Gesamt-Zweigvereins!

Sonntag, den 27. Oktober 1912, vormittags 10 Uhr:

### Allgemeine Mitglieder-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

1. „Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband.“
2. Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl für die am 8. Dezember 1912 stattfindende Gaukonferenz.
3. Verschiedenes.

Eine äußerst wichtige Frage für die Organisation, ja — für alle Bauarbeiter — besonders aber für alle Mitglieder, ist durch den Entwurf aufgezollt, der seitens des Hauptvorstandes in Nr. 40 des „Grundstein“ veröffentlicht wurde. Wichtig genug, um bei allen Mitgliedern das regste Interesse auch in der jetzigen Zeit herbeizurufen.

Wir erwarten darum das Erscheinen aller Mitglieder!

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Die Delegierten zur Generalversammlung machen wir darauf aufmerksam, daß die nächste

### Ordentliche General-Versammlung

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, stattfindet.

### Donnerstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Außerordentliche General-Versammlung.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Zweigverein Berlin.

142/16\*

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinder-Konfektion

# C & A

Königstrasse 33 Chausseestr. 113

## BRENNINKMEYER GMBH

Preise sind billiger!

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

Riesenlager echter Perser Teppiche

### Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre  
Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème

p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.

imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>

Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . M. 1<sup>85</sup>

Gestickte echte Spachtel-Stores . . . . . M. 7<sup>75</sup>

Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . . . M. 3<sup>85</sup>

Tüllbettdecken, Größe 100/220 cm . . . . . M. 2<sup>50</sup>

Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M. 6<sup>75</sup>

Elegante Tüll-Bettdecken . . . . . M. 6<sup>75</sup>

Brise-Bisse (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.

Nach auswärts p. Nachnahme.

### Der neue Katalog

mit bunten Teppichmustern 750 Abbildungen gratis u. fr.

### Spezialarzt

f. Haut-, Genu-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich Gata - Stuen u. Co. fong. Laborat. f. Blut-

untersuchung, Fäden f. Genu usw. Friedrichstr. 81, gegenüber Sanoptikum

Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Tamczimmer.

### Knaben - Anzüge,

Ulster - Pyjama, einläche u. etc. ganze Sachen, jetzt billig direkt in der Fabrik Hoher Steilweg 15, III, gegenüber Rathaus. — Dasselbst auch einzelne Herren-Anzüge weit unt. Preis.

### Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gebrockanzüge Smokings auf Seide 30-70 M.

Versandhaus Germania 21. Unter den Linden 21.

# Die neue Manoli

# Kardasch

## das Beste für 3 M



### Ueber die Vorgänge in den Markthallen

am gestrigen Tage haben wir an anderer Stelle unseres Blattes eine allgemeine Uebersicht gegeben. Wir wollen in nachfolgenden Einzelheiten wiedergeben, wie sie uns im Laufe des Tages von den verschiedensten Seiten mitgeteilt worden sind.

In der Markthalle am Grünen Weg wäre es nahezu zu ersten Zusammenstößen gekommen, wenn es nicht dem Genossen Stadtverordneten Hoffmann gelungen wäre, die mit Recht erregten etwa fünfhundert Frauen zu beruhigen. Hier hatten nicht nur alle zehn Fleischermeister, die den Verkauf des städtischen Fleisches zu übernehmen sich verpflichtet hatten, im letzten Augenblick den Dienst verweigert, sondern man reizte auch von Seiten einiger Fleischermeister in der brutalsten Weise die armen Frauen; einer ging sogar so weit, den Leuten zuzurufen: „Ihr Schweinehund freßt doch Knochenfleisch!“ Der Mann mußte, von Schaulenten geschützt, seine Ware einpacken und wurde von vier Schaulenten unter Bewachung der Menge nach Hause transportiert.

Sechs andere Fleischermeister haben sich zur Uebernahme des Verkaufs städtischen Fleisches in der Markthalle des Ostens bereits gemeldet. Jahn Stände sind zu besetzen.

In der Aker- und Pädlerstraße kam es ebenfalls zu unliebsamen Ausbrüchen. In der Markthalle in der Invalidenstr. waren die Fleischer über den Erfolg des Verkaufes so entrüstet, daß sie vielen Leuten das Fleisch entrißen und in den Schmutz warfen. Die Verwaltung mußte, um weiteren unliebsamen Zwischenfällen zu begegnen, Aufseher heranziehen, die für Ordnung Sorge tragen mußten.

Auch in der Markthalle VII (Dresdener- und Dower Straße) hatten sich Hunderte von Käufern eingefunden. An fünf Ständen gelangte das Fleisch zum Verkauf. Unseres Erachtens waren die Stände sehr unglücklich gewählt, denn die Käufer wurden von allen Seiten eingekreist, so daß ein geradezu beängstigendes Gedränge entstand. Zwei Frauen wurden von einer leichten Ohnmacht befallen und mußten ins Freie gebracht werden. Auch für die Verkäufer schien die Lage hinderlich gewesen zu sein, denn die Befriedigung der Käufer wollte nicht recht von statten gehen. Zahlreiche Käufer, insbesondere Arbeiterfrauen, verließen nach langem Warten die Halle ohne Fleisch. Ihre Zeit ist zu kostbar und die Vorteile auf der einen Seite würden auf der anderen Seite wieder weit gemacht. Ein Mann bahnte sich siegesbewußt mit zwei Pfund Fleisch in der Hand einen Weg durch die Menge, erklärte jedoch, daß er volle zwei Stunden habe warten müssen, ehe er an die Reihe kam. Das Fleisch selbst wurde von den Frauen im allgemeinen gelobt, freilich drängten sich auch mehrere Interessierte unter die Käufer, die — wohl aus Furcht, daß ihnen der Gewinn entgehen könnte — in nervöser Aufregung erklärten, in den Läden könne man bessere Qualitäten für — das gleiche Geld erhalten. . . . Auf einmal?

Auf dem Wedding vor der Markthalle war der Andrang besonders stark, aber weil es sich auch hier herausstellte, daß russisches Fleisch nicht vorhanden war, wuchs die Empörung der Arbeiterfrauen von Stunde zu Stunde. Nach Verichten bürgerlicher Blätter soll es hier zu einer „großen Revolte“ gekommen sein. Wer die Arbeiterfrauen kennt, weiß, daß sie sich manches gefallen lassen, aber verspottet lassen sie sich nicht auch noch. Und das leisteten sich verschiedene Schlächtermeister. Große Aufregung entstand, als sich die Nachricht verbreitete, daß ein Schlächtermeister gesagt habe: „Bringt Euch Sch... nach Hause statt Fleisch, dann habt Ihr was zu freffen!“ Ein Schlächtermeister, vor dessen Verkaufsstand die Frauen sich sammelten und in erregten Worten ihre Entrüstung kundgaben, griff während zu einer Wurst und warf sie in die Menge. Die stürmischen Szenen erreichten vor dem Verkaufsstand des Meisters Walter Wehner ihren Höhepunkt. Herr Wehner stellte sich mit seinem Personal vor seinem Stand auf, um die Frauen zurückzudrängen. Als dabei ein Mäucherstod zum Vorschein kam, suchte eine Frau den Stod abzuwehren, damit es nicht noch zu einer Schlägerei käme. Wütend erhielt eine Frau mit diesem Stod einen Hieb über den Kopf. In dem Tumult, der dann entstand, fiel sie in einen benachbarten Blumenverkaufsstand hinein. Polizei griff schließlich ein, drängte die Frauen aus der Halle und sperrte die Zugänge. In der Bevölkerung des Wedding hielt die Erregung den ganzen Tag über an. Am Abend war die wieder geöffnete Halle von zahlreichen Schaulenten besetzt, die besonders in den Gängen vor den Fleischverkaufsständen patrouillierten. Der Verkaufsstand des Meisters Wehner war geschlossen, und drei davor aufgestellte Schaulente sorgten dafür, daß Neugierige nicht stehen blieben. Der Zugang zur Halle war nur von der Schönwalder Straße aus gestattet, als Ausgange durfte nur das Tor an der Reinholdsdorfer Straße benutzt werden.

### Die Fleischermeister

suchen ihr schmähhches Verhalten durch alle möglichen Andreden zu beschönigen. Sie behaupten zunächst, daß sie bei dem Fleischverkauf nicht genug verdienen. Der Magistrat hat schon nachgewiesen, daß den Schlächtern immerhin noch ein angemessener Verdienst bliebe. Dann wird behauptet, daß eingeführte Fleisch sei minderwertig, es besitze einen sehr starken Fettsatz und sei fleischlos. Auch diese Behauptung ist unbegründet, wie sich jeder überzeugen konnte, der das Fleisch gesehen hat.

In den verschiedenen Markthallen wurde das Gerücht verbreitet, daß die Fleischergefelln an die Meister, die russisches Fleisch verkaufen wollten, Forderungen gestellt hätten, die diese unmöglich erfüllen konnten. Wir stellen hiermit fest, daß dies unwahr ist. Der Verband der Fleischer hat nie daran gedacht, diesen Meistern Forderungen zu unterbreiten, zumal er dieselben nicht einmal kannte.

Die Fleischermeister haben, als sie sahen, daß das Publikum ihr Verhalten nicht billigte, versucht, die Schuld auf die Gefellen zu wälzen. Wenn die Herren in der letzten Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit behauptet haben, sie wollen das Fleisch des Magistrats verkaufen, so haben sie, wie jetzt einwandfrei festgestellt, ein falsches Spiel getrieben. Bemerkenswert ist, daß dieselben Fleischermeister, die immer nach Ausnahmegesetzen schrien, ihren Kollegen erklärt hatten, wenn sie das Fleisch verkaufen würden, wollten sie ihnen die Knochen kaputt schlagen. Ebenso bemerklich ist es, daß sich die Herren über das Publikum, das billiges Fleisch haben wollte, noch lustig gemacht haben. Ferner ist zu bemerken, daß sehr viele Fleischer ihr Fleisch um 10 und 15 Pf. billiger verkaufen — als am Sonnabend.

Die Hauptschuld an der Katastrophe in den Markthallen trägt die Berliner Fleischerinnung, deren Führer dem Magistrat als sachmännische Berater zur Seite gestanden. Es hat den Anschein, als ob es die Herren nicht ehrlich gemeint haben. Die Stimmung der Fleischermeister war gegen den Fleischverkauf. Bedauerlich ist, daß die Nebenprodukte nicht zum Nutzen der Allgemeinheit verkauft werden.

### Der Zentralverband der Fleischer

hat an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet: „Da sich die Fleischermeister weigern, das eingeführte russische Fleisch zu verkaufen, so erlauben wir uns Ihnen höflichst mitzuteilen, daß wir jederzeit gern bereit sind, der Stadtverwaltung Fleischgefelln, die den Fleischverkauf besorgen können, kostenlos zu vermitteln. Durch unseren Arbeitsnachweis sind wir in der Lage, innerhalb kurzer Zeit eine genügende Anzahl brauchbarer Gefellen in die verschiedenen Hallen zu senden.“

### Der Magistrat

teilt ferner mit: Der Verkauf des russischen Fleisches in den städtischen Markthallen hat sich in erfreulicher Weise im Verlauf des gestrigen Tages weiter entwickelt. Die am Montag und Dienstag auf dem Zentralviehhof eingetroffenen Sendungen sind zum größten Teile von den Fleischern, welche den Vertrieb übernommen haben, abgeholt und nach den Verkaufsständen gebracht worden. Im ganzen waren bis gestern nachmittag bereits über 400 Zentner abgegeben worden, die auf sämtliche Markthallen, wenn auch nicht in gleichen Quantitäten verteilt sind. Es ist selbstverständlich, daß bei der Verteilung auf die verschiedenen Stadtteile bezüglich der Qualität kein Unterschied gemacht worden ist und auch nicht gemacht werden kann. Die gegenwärtige Bewehrung, die gestern morgen in einigen Markthallen aufstauete, entbehrt jeder Grundlage. Das an die Fleischer abgegebene Fleisch ist in den gestrigen Abendstunden, wie uns die Markthallendirektion mitteilte, in sämtlichen Markthallen zum Verkauf gebracht worden. Nur in den Markthallen V (Magdeburger Platz) und XIV (Reinholdsdorfer Straße) konnte der Verkauf gestern nachmittag nicht mehr beginnen; er wird aber aller Voraussicht nach Donnerstag früh eröffnet werden können. Es haben sich im Verlaufe des gestrigen Tages zahlreiche und offenbar auch tatkräftige Bewerber gemeldet, welche den Verkauf zu bewerkstelligen gerne bereit sind. Im ganzen sind bisher circa 40 bis 60 Verkaufsstände eröffnet. Das zum Verkauf gestellte Fleisch wurde allgemein selbst von der Konkurrenz als sehr gut anerkannt. Das gestrige Nachmittagsgeschäft war fast noch lebhafter als der Verkauf am Vormittag. Auch in der Zentralmarkthalle wurden die vorhandenen Mengen in kürzester Frist abgesetzt.

An der Verteilung des Fleisches auf dem Viehhof war auch Charlottenburg, Schöneberg, Tempelhof beteiligt.

Vom Nachrichtenamt des Berliner Magistrats erhalten wir schließlich nach folgende Zuschrift:

„Wie uns nachträglich telephonisch mitgeteilt wird, ist gestern in der Markthalle VIII (Andreasstraße) ein Flugblatt an das Publikum verteilt worden, in welchem die Behauptung aufgestellt sein soll, daß das für die dortige Markthalle bestimmte russische Fleisch minderwertig und zum Teil schon abgewaschenes Fleisch gewesen sei, das teilweise sogar zunächst von den Fleischbeschauern als für den menschlichen Genuß unbrauchbar zurückgewiesen und als ungeeignet für den Verkauf einer Freibank bezeichnet worden war, nachträglich aber wieder freigegeben sei. Deshalb sei der Verkauf von den Fleischern, die sich dazu anfänglich bereit erklärt hatten, hinterher abgelehnt worden. Das Flugblatt liegt uns im Wortlaut noch nicht vor. Daß die Behauptungen über die schlechte Qualität des Fleisches aber jeder Begründung entbehren, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es sei aber bemerkt, daß am gestrigen Nachmittage in der Andreasstraße in einem Stande russisches Fleisch zum Verkauf gebracht worden ist und schnellen Absatz gefunden hat.“

## Partei-Angelegenheiten.

**Wilmersdorf-Galensee.** Zu den Stadtverordnetenwahlen wird morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Kurfürstentpark, Kurfürstendamm 119 zu Galensee, eine Volksversammlung abgehalten, in der Stadtverordneter Gröger-Knecht über „Sozialpolitik im Rathaus“ spricht. Um Agitation für zahlreichen Besuch bittet das Wahlkomitee.

**Reinholdsdorfer West.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet der 2. Vortrag des Genossen Waage „Vom Urtier zum Menschen“ in Hartmanns Brauerei, Schornweberstr. 101-104, statt. Eintritt 20 Pf.

**Mühlenbeck (Bezirk Niederschönhausen).** Die am Sonntag, den 27. Oktober, fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Die Genossen, die an der öffentlichen Versammlung am 27. Oktober in Schildow teilnehmen, treffen sich um 1 Uhr im „Gasthof zur Sonne“.

**Schildow (Bezirk Nieder-Schönhausen).** Am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Grundstück des Genossen Karl Triglows, Hauptstr. 25, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen unter freiem Himmel statt. Tagesordnung: „Hungernot und Kriegsgesahr“. Referent: Genosse Dr. Moisewitsch. Die Einwohner der Orte Schönfließ, Summt, Mühlenbeck und Blankenfelde sind zu der Versammlung eingeladen. Die Teilnehmer von Blankenfelde treffen sich um 1 Uhr bei Stab.

## Berliner Nachrichten.

### Das Reinmachegeschäft

rentiert sich anscheinend recht hübsch. Für die Reinmachefrauen zwar, die um fargen Lohn ihre Arbeit zu leisten haben, sind bei dieser Beschäftigung keine Reiztimer zu sammeln. Aber für die sogenannten Reinigungsinstitute, die um hohen Profit nur die Lieferung der von „Herrschaften“ verlangten Reinmachefrauen übernehmen, fällt dabei offenbar ein tüchtiges Stück Geld ab.

Diese Institute betreiben ihr Geschäft nicht so, wie die gewöhnlichen Stellenvermittler. Das für den Haushalt gewünschte Personal, das sie den „Herrschaften“ besorgen, soll nicht dauernd beschäftigt werden. Da die Reinmachefrauen, Wäschfrauen, Plätterinnen, Ausbesserinnen usw. nur für einzelne Tage oder höchstens für mehrere aufeinander folgende Tage geliefert werden, so wird auch die von den „Herrschaften“ an das

Reinigungsinstitut zu zahlende Vergütung nach Tagen berechnet. Tag für Tag beansprucht das Reinigungsinstitut für gehabte Mühe seinen Profit an dem gezahlten Beitrag, den die Reinmachefrau täglich von der „Herrschaft“ einzufassen, aber stets ungeklärt an das Institut abzuliefern hat. Nachdem der Inhaber des Instituts sich seinen Teil abgezogen hat, bucht er das Uebrige der Reinmachefrau als Tagelohn, der am Wochenschluß ausgezahlt wird. Im „Vorwärts“ ist schon früher und mehrfach die Geschäftspraxis der Reinigungsinstitute geschildert worden. Wir halten es aber für nötig, aufs neue die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Zustände zu lenken.

Eigenartig scheint ein Reinigungsinstitut zu sein, das unter der Firma „Alles rein“ von Frau Elise Schlegler (Berlin, Kastanienallee 2) betrieben wird. Frau Schlegler ist gewerbsmäßige Stellenvermittlerin für Dienstpersonal, daneben erbiethet sie sich aber noch zur Lieferung von Arbeitskräften für den Haushalt, die nicht auf die Dauer verlangt werden. Sie nimmt z. B. für eine Reinmachefrau 1,75 M., für eine Wäschfrau 2,25 M., außerdem muß die „Herrschaft“ noch 20 Pf. Straßenbahngeld und 5 Pf. Versicherungsbeitrag zahlen, so daß im ganzen für eine Reinmachefrau 2 Mark, für eine Wäschfrau 2,50 M. genommen werden. An Lohn für den von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends dauernden Arbeitstag werden der Reinmachefrau nur 1,50 Mark, der Wäschfrau nur 2 Mark gezahlt, wozu noch die von der „Herrschaft“ zu gewährende Verköstigung kommt. Straßenbahngeld wird den „Herrschaften“, wie ein ihnen vorgelegter Schein sagt, auch in nächster Nachbarschaft“ abgeführt. In der „Saison“, die bei Frau Schlegler die erste Hälfte des Monats Oktober sowie die Zeit vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten umfaßt, muß die „Herrschaft“ an das Institut noch 50 Pf. mehr pro Tag zahlen, aber die Reinmachefrauen und Wäschfrauen haben sich immer mit demselben Lohn zu begnügen.

Hiernach kann man sich leicht ausrechnen, wieviel jede etwa Tag für Tag beschäftigte Arbeitskraft im Laufe eines Jahres dem Institute als Profit für gehabte Mühe einbringen dürfte. Dem Institute der Frau Schlegler sollen gegenwärtig acht Frauen zur Verfügung stehen, die sie bei Bedarf als Reinmachefrauen, Wäschfrauen, Plätterinnen usw. liefert. Nebenbei bemerkt: wenn eine Arbeitskraft wegen Mangel an Nachfrage ungenutzt bleibt, dann kann die betreffende Frau nach Hause gehen und erhält für den Tag keinen Lohn. Diese Frauen sind eben keine Angestellten, sondern müssen sich für jeden Tag ihre Stellen neu vermitteln lassen, wofür dann immer Tag für Tag die Abzüge in der oben angegebenen Höhe gemacht werden. Sie könnten die Abzüge sparen, wenn sie von den „Herrschaften“, die mit ihnen zufrieden gewesen sind, bei späterem Bedarf durch private Abmachung wieder in Arbeit genommen würden. Den Frauen wird aber verboten, ihre Adresse den „Herrschaften“ anzugeben. Für Uebertretung dieses aus eigener Machtvollkommenheit gegebenen Verbotes hat Frau Schlegler sogar eine Geldstrafe von 1 Mark festsetzen zu dürfen gemeint. Sie hielt sich auch für berechtigt zu folgender Warnung, die auf dem der „Herrschaft“ überreichten Arbeitschein steht: „Ich habe selbst ein tadelloses Kontrollsystem und warne jeden, einen meiner Leute zum Vertragsbruch bei mir zu verleiten, da ich sofort gerichtlich vorgehe. Wer von mir beschäftigtes Personal für sich engagieren möchte, wolle mir das gefällige mitteilen und hat dann die vorgeschriebene Gebühr zu bezahlen.“ Was für ein „Vertrag“ das sein soll, der da „gebrochen“ werden könnte, ist nicht klar.

In einem richtigen Vertragsverhältnis stehen zu dem Institute diejenigen Frauen, die von der Inhaberin tatsächlich „angestellt“ worden sind. Das sind junge Mädchen, die bei Frau Schlegler sogar Wohnung und nötigenfalls auch Verköstigung haben, wozu dann noch ein entsprechend niedrig bemessener Monatslohn kommt. Gegenwärtig soll Frau Schlegler 13 solche Mädchen zur Verfügung haben. Sie schätzt sie z. B. auch auf Neubauten, die vom Wäschmüll gereinigt werden sollen. Von älteren Frauen wird eine Neubaureinigung nicht gern übernommen. Für dieses Personal hat Frau Schlegler sich ein besonderes Reglement zurecht gemacht, in dem es auch an Strafen nicht fehlt. Aus den Strafgebühren werden die Kosten einer Landpartie gedeckt. Wer vor der Haustür umhersteht, zahlt 1 M. Wer am späten Abend über die festgesetzte Ausgehzeit wegliebt, zahlt 50 Pf. Frau Schlegler kann die Verpätungen bequem feststellen; sie gibt zwar Hauschlüssel, aber keine Korridor Schlüssel, so daß die Rückkehr kontrolliert werden kann.

Wundern wird sich mancher, daß für ein derartiges Unternehmen sich noch Frauen und Mädchen finden, die ihre Arbeitskraft hergeben wollen. Nur der Mangel an Beschäftigung erklärt es, daß sie unter den geschilderten Bedingungen arbeiten und noch froh sind, wenn sie wiederkommen dürfen.

Wie gelogen wird. Unter dieser Ueberschrift meldet die „Berliner Volkszeitung“, einer ihrer Leser habe ihr mitgeteilt, daß am Sonntag bei der Wahlrechtsdemonstration in Treptow ein Redner auf die bürgerliche Presse im allgemeinen und auf die „Berliner Volksztg.“ im besonderen getrimpt hätte, weil wir (die „Volkszeitung“) von der Tatiache der abzuhaltenden Demonstration nichts gemeldet hätten.

Entrüstet schreibt die „Volkszeitung“ dazu: „Es ist nicht das erste Mal, daß in dieser Weise aus sozialdemokratischen Parteiständen unter Fälschung der Wahrheit gegen die „Volkszeitung“ gehetzt wird. Aber zur Kennzeichnung der Verwerflichkeit dieser unehrlichen Hege stellen wir fest, daß wir, weil es sich immerhin um ein politisches, bemerkenswertes Ereignis handelte, von der beachtlichsten Demonstrationsversammlung tatsächlich an demselben Tage Mitteilung gemacht haben, an dem der „Vorwärts“ mit dieser Mitteilung herausgetreten ist, nämlich in unserer Abendblatt vom 11. Oktober. — Das ist die „bürgerliche“ Wahrheit gegenüber der Unwahrheit in der sozialdemokratischen Rede!“

So die „Volkszeitung“, die nicht notwendig hatte, sich über die fragliche Redewendung erst von einem ihrer Leser berichten zu lassen. In unserer Ertrannummer vom Montag, aus der sich auch die Redaktion der „Volkszeitung“ von ihrem leichtsinnigen Heringsfall informieren konnte, ist die fragliche Redewendung wiedergegeben: Sie lautet:

„Wenn auch das „Berliner Tageblatt“ und die „Volkszeitung“ in ihren Leitartikeln „Das nichteingelöste Königswort“ nicht den Mut brähen, das Bürgerturn auf die Umgebung der Sozialdemokraten am Sonntag aufmerksam zu machen . . .“



Und nun bitten wir die „Volks-Zeitung“, aus ihrem Artikel vom Sonntag die Stelle zu zitiieren, an der sie auf die Rundgebung der Sozialdemokratie verwiesen hat. Sie wird das nicht können. Vielleicht teilt sie ihren Lesern aber — diesmal nicht unter „Rückführung der Wahrheit“ — auch mit, wer im vorliegenden Falle gelogen hat.

Som Präsidenten der Akademie der Künste geht uns in bezug auf die Unterschlagungen des Rechnungsrats Schuppil folgende Darstellung zu:

Die königliche Akademie der Künste hat es bisher, vor allem mit Rücksicht auf die Angehörigen des verstorbenen Inspektors der Akademie, Rechnungsrats Schuppil, verniedert, öffentlich Stellung zu den Anschuldigungen der Presse über die Affäre Schuppil zu nehmen. Neuerdings hat aber von einer Korrespondenz so bedeutliche, für den Ruf der Akademie unkontrollierbare Gerüchte und Kombinationen, die auch Aufnahme in mehrere Zeitungen gefunden haben, verbreitet worden, daß die Akademie sich gezwungen sieht, in folgendem kurz das Tatsächliche der Angelegenheit Schuppil darzulegen: Die Entdeckung der Unregelmäßigkeiten des Rechnungsrats Schuppil erfolgte durchaus nicht so plötzlich und unerwartet, wie es mehrfach dargestellt worden ist. Das Präsidium der Akademie hatte vielmehr schon seit längerer Zeit Anlaß zu ersten Klagen wegen Schuppils Geschäftsführung auf allen Gebieten. Da wiederholte Verwarnungen und Bestrafungen keinen Erfolg hatten, besonders aber da dem Rechnungsrat Schuppil in der letzten Zeit einige ernsthafte Verfehlungen in der Kassienführung nachgewiesen wurden, gab das Präsidium den Anstoß zu einer eingehenden Untersuchung seiner Geschäftsführung, die dann durch den vorgelegten Herrn Minister eingeleitet wurde. Im Verlaufe der Untersuchung ergab sich, daß sich Schuppil neben seinen bereits bekannten Verfehlungen auch Unterschlagungen in beträchtlicher Höhe hatte zuschulden kommen lassen. Die Tatsache der Unterschlagungen, die durch Buchungsfälschungen verdeckt waren, ist einwandfrei bewiesen. Die bisherigen Ermittlungen haben eine Höhe derselben von rund 30000 M. ergeben. Schuppil verhielt sich nach dem ersten Tage der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung aus Berlin und ist dann, wie ermittelt, für einen Tag nochmals hierher zurückgekehrt, hat jedoch das Akademiegebäude nicht betreten und einer ihm übermittelten Aufforderung, sich in seinen Dienst wieder einzufinden, nicht Folge geleistet. Eine Woche später wurde er in Ravensbrück in Medienburg tot aufgefunden.

Die Pfandscheinschieber, die sich seit geraumer Zeit von Berlin fern hielten, weil es ihnen hier nicht besonders gut ging, lassen jetzt wieder einmal von sich hören. Besonders in der Umgebung der Bahnhöfe treten wieder zwei dieser „Spezialisten“ auf und laden Fremde ins Garn. Sie scheinen von auswärtig hierher gekommen zu sein, vermutlich aus Hamburg. Der eine ist ein Mann von etwa 35 Jahren, der andere vielleicht fünf Jahre jünger. Einer der beiden fragt irgend einen Mann, dem er den Fremden ansieht, nach einem Dienstmann. Weil der Fremde ebensowenig Bescheid weiß wie er selbst, so rückt er nun mit seinem Anliegen heraus. In einem Lokal in der Nähe, so erzählt er dem Fremden, sitze ein junger Mann, der gern einen Pfandschein über eine verkehrte wertvolle Uhr verkaufen möchte. Er selbst habe sich schon darum bemüht, der junge Mann habe ihn jedoch, aus welchem Grunde wisse er nicht, als Käufer abgelehnt. Nun solle ihm doch der Fremde den Gefallen tun, den Vermittler zu spielen und den Schein für ihn zu kaufen. Geht der Fremde auf diesen Vorschlag ein, so verspricht ihm der Mann 5—10 M. für seine Bemühungen, gibt ihm zugleich das Geld, das er dem Pfandscheinschieber bieten solle, und nimmt ihn dann mit in das Lokal. Hier zeigt er ihm unauffällig den Pfandscheinverkäufer. Der Fremde spricht diesen an und beide gehen nun auf die Straße, um das Geschäft abzuschließen. In diesem Augenblick kommt der Geldgeber wieder heran. Er verlangt sein Geld zurück, weil er doch nicht wissen könne, ob der Fremde auch wiederkommen werde, und stellt diesem anheim, den Betrag auszulösen, wenn er sich die versprochene Vermittlungsgebühr verdienen wolle. Das tut er gern mit Rücksicht auf den leichten Verdienst. Das Ende ist, daß er für teures Geld einen Pfandschein über eine ganz minderwertige Uhr erwirbt. Wenn er von seinem Auftraggeber gegen Rückgabe des ausgelegten Kaufpreises übergeben will, so ist der Gauner längst aus dem Lokal verschwunden. Harmlose Durchreisende seien vor diesen „Spezialisten“ gewarnt. Am besten wäre es, wenn sie diese gleich festnehmen ließen.

Schwerer Unfall auf dem Bahnhof Gesundbrunnen. Ein aufregender Vorfall spielte sich am Dienstagabend auf der Station Gesundbrunnen ab. Der 55jährige Schuhmacher Willi Lange aus der Postwaller Str. 11 hatte gegen 1/10 Uhr einen Kordringzug zur Fahrt nach Hause bemut. Da er es sehr eilig hatte, wollte er schon während der Einfahrt den Zug verlassen. Dabei kam er zu Fall, wurde zwischen Trittbrett und Wagenteig eingeklemmt und mehrere Meter weit mitgeschleift. Nur mit Mühe konnte der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Er wurde in bewußungslosem Zustand nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht, wo festgestellt wurde, daß das rechte Bein vollständig zermalmte war und lange auch schwere innere Verletzungen davongetragen hatte. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der Schwerverletzte nach dem Moabiters Krankenhaus geschafft; sein Zustand ist sehr bedenklich.

Gasexplosion in der Bodbrauerei. Als gestern vormittag auf einem freien Platze der Berliner Bodbrauerei in der Fildginststraße ein großes etwa 35 Hektoliter haltendes Bierfass ausgepackt werden sollte, entwickelte sich im Innern des Fasses größere Mengen Gas, die zur Explosion kamen, als man das zum Auspacken benutzte Rad ansetzte. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß der Boden des Fasses weit weggeschleudert und in tausend Stücke zerfallen wurde. Glücklicherweise wurde von den anwesenden Arbeitern nur einer ganz leicht verletzt. Der Vorfall hatte auch eine Alarmierung der Feuerwehr zur Folge. Bei einer ähnlichen Explosion wurden vor einigen Jahren mehrere Arbeiter getötet. Außerdem wurde die Feuerwehrröhre nach der Rüterstr. 85 gerufen, wo in der Metallbrennerei einer Lampenfabrik Feuer ausgebrochen war. Die Flammen hatten Rissen und den Fußboden erfährt, konnten aber durch kräftiges Wassergeben aus einer Schlauchleitung bald gelöscht werden. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Verstümmelt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern am Ronnendamm ereignet. Dort werden gegenwärtig die Kanalisationsarbeiten für einen Wohnbau der holländischen Gesandtschaft ausgeführt. Bei den Ausbaggerungsarbeiten war auch der Arbeiter Hans Guschke aus Spandau tätig. Als G. gestern nachmittag in einer etwa drei Meter tiefen Grube arbeitete, gab plötzlich die Abstützung nach, und der Arbeiter wurde von den herabstürzenden Sandmassen begraben. Obwohl die übrigen Arbeiter sofort zur Rettung herbeieilten und den Verstümmelten bald aus seiner entsetzlichen Lage befreien konnten, hatte dieser doch schwere innere und äußere Verletzungen, unter anderem einen doppelten Bruch des rechten Unterschenkels davongetragen. In bedenklichem Zustande mußte der Verunglückte dem Spandauer Kronenkranke zugeführt werden.

Vorbereitungskurse werden, wie in jedem Semester, so auch im kommenden Wintersemester von Studenten der Technischen Hochschule veranstaltet und zwar wird gelehrt: Deutsch in 5 Stufen und Rechnen in 4 Stufen, ferner Algebra, Geometrie, Zeichnen, Schiffszeichnen und die Anfangsgründe der Buchführung. Die Kurse finden an 4 Wochentagen in den von der Stadt Charlottenburg zur Verfügung gestellten Räumen der Gemeindefabrik III. Schloßstr. 2, statt. Die Anmeldungen finden statt am 24., 25. und 26. Oktober, abends 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, vorher beim Vorsitzenden Johannes Sauer, Westend, Königin-Elisabeth-Str. 52.

Feuer in einer Lampenfabrik. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehrröhre nach der Rüterstr. 85 gerufen, wo in der Metallbrennerei einer Lampenfabrik Feuer ausgebrochen war. Die Flammen hatten Rissen und den Fußboden erfährt, konnten aber durch kräftiges

Wassergeben aus einer Schlauchleitung bald beseitigt werden. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Gesunden. Ein Schirm ist am Sonntag auf dem Markt nach Treptow gefunden worden; abzuholen bei Wichert, per Adr. Müller, NW., Siemensstr. 8, vorn II.

Wer ist der Teufel? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 20. d. M. früh 8 Uhr ist am Burgwall in Spandau eine etwa 35—40 Jahre alte unbekannte männliche Leiche aus dem Wasser gelandet. Dieselbe ist circa 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat blonden Schnurrbart und ist bekleidet mit dunkelblauem Jacketanzug, dunkler seidener Weste mit hell- und dunkelgrün gemusterten Knöpfen, blau-schwarzen Winterberibercher mit blaugestreiftem Futter (Monogramm in großer Seite E. N.), weißleinenem Hemde, gelb. E. N., schwarzen Socken und schwarzen Strümpfen. Bei der Leiche wurden gefunden: vier Revolverpatronen, eine Double-Uhrkette ohne Uhr, zehn Pfennige, ein blaues Taschentuch, ein grünes Halstuch, ein Paar schwarze Lederhandschuhe. Die Leiche weist an der rechten Schläfe eine Schußwunde auf. Mitteilungen werden bei der Polizeiverwaltung in Spandau sowie hier bei der Kriminalpolizei, Zimmer 409 III zu Nummer 4144. IV. 80. 12, und auf allen Polizeirevierern, entgegengenommen.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ feiert am Sonntag, den 26. Oktober, in der „Neuen Welt“ ihr diesjähriges Stiftungsfest. Mitwirkende: Karl-Heinrich-Ensemble (4 Künstlerinnen und 6 Künstler); die Reigenmannschaft der Ortsgruppe sowie das verstärkte Neue-Welt-Orchester. Nach der Vorstellung findet eine Gratwanderung praktischer Geschenke statt. Eröffnung 8 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 50 Pf.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Vertrauensmänner erhielten die Listen der Freien Vereinigung 1207 Stimmen — 50,6 Proz. Weiblicher Hilfsverein 274; Verein der deutschen Kaufleute und Hilfsverein 211; D. G. B. 156; Leipziger 142; Techniker (gelb) 142; Verband der 58er 138; Katholiken 21; Siemens u. Halske 58; Versich.-Beamte 36.

Von den zu wählenden fünf Vertrauensmännern und zehn Erfahrmännern entsielen auf die Liste der Freien Vereinigung drei Vertrauensmänner und vier Erfahrmänner.

Die Niederlage der im „Hauptauschuss“ vereinigten Reaktionskräfte reißt sich der Neuföllner Niederlage würdig an. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Reaktionskräfte auch in den Kreisen der Angestellten keine Erfolge mehr erzielen können.

Ueber Lebensmittelsteuer und Konsumvereine sprach am Dienstag im Volkshaus der Reichstagsabgeordnete P. u. S. Dessau. Die gutbesuchte Versammlung folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den zweistündigen trefflichen Ausführungen des Referenten, der den Wert und die Notwendigkeit der Konsumvereine an der Hand von Zahlen nachwies. Starker Beifall folgte dem Referat. — In der Diskussion sprach die Genossin L. odahl, die besonders auf die gute Entwicklung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hinwies, weiter die Genossen Klawon und Abrahamson. Mit der Aufforderung, im Sinne des Referats zu wirken, schloß Genosse Schulz die Versammlung.

Zeugen gesucht. Verionen, welche gesehen haben, wie am 10. Oktober, abends nach 6 Uhr, ein Schlächtermeister in der Osnabrücker Straße 8 einen Knaben von neun Jahren gefangen und dann hingeworfen hat, werden gebeten, sich bei R. Brunke, Charlottenburg, Osnabrücker Straße 30, vorn 4 Treppen zu melden. Auch wird der Mann, welcher einen Sach bei sich trug und den Schlächter ansprach, um Einsetzung seiner Adresse gebeten.

### Neufölln.

In unserer gestrigen Mitteilung über das Ergebnis der Wahl zur Angestelltenversicherung hat sich ein Druckfehler eingeschlichen: Der Verein der deutschen Kaufleute, der Leipziger Verband und der 58er Verband haben nicht je einen Vertrauensmann, sondern nur je einen Erfahrmann erhalten.

### Friedenan.

Den Bericht vom Parteitag erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins der Genosse Keller-Neufölln. Seine Ausführungen waren im wesentlichen dieselben, die er vor den Neuföllner Genossen machte, über deren Versammlung damals ausführlich im „Vorwärts“ berichtet wurde. In der Diskussion betonte Genosse Kuffel, daß man in Chemnitz der Behandlung vorwiegend parteitaktischer Fragen, die unbedingt vor dem Forum des Parteitages der Klärung bedürfen, aus dem Wege gegangen sei, nur um nach außen hin einzig zu erscheinen. Auch sei in der Wuppinger Angelegenheit sehr vieles um des lieben Friedens willen vertuscht worden. Das Verhalten der Delegierten unseres Kreises dem Gen. Vied gegenüber sei aus schärfste zu beurteilen. Genosse Paulus bedauerte die Aufhebung des Rürnbberger Beschlusses betreffend die Prozeure. Auch er ist mit dem Verhalten der Kreisdelegierten gegen Vied nicht einverstanden. Genosse Otto Braun tritt den Ausführungen Kuffels bezüglich der Wuppinger Angelegenheit entgegen. Er habe von Anfang an die Sache mit bearbeitet und müsse erklären, daß vom Parteivorstand in dieser Sache auch nicht das geringste verurteilt worden sei. Genosse Kamrowski bedauerte den Ausschluß Hildebrands und hofft, daß ein späterer Parteitag dies Unrecht wieder gutmachen werde. Genosse Hagen führte aus, daß bei dem sonst vorzüglichen Referat des Genossen Haase über: „Imperialismus“ die Frage der Umwandlung des stehenden Heeres in eine Volksmiliz als Ueberrück in den Hintergrund gedrängt worden sei. Bei der außerordentlich großen Bedeutung, die dem Militarismus von den Herrschenden im Kampfe gegen den inneren Feind beigemessen werde, sollten wir nur bei unseren grundsätzlichen Forderungen, welche eine Aenderung des ganzen Systems bedingen, verharren. Am Vorkommnisse, wie sie sich auf dem Parteitag zwischen unseren Delegierten abgespielt haben, in Zukunft vorzubeugen, sei es notwendig, daß den einzelnen als Delegierte zum Parteitag vorgeschickten Genossen auf der Generalversammlung des Kreises Gelegenheit gegeben werden müsse, sich über die zur Beratung stehenden parteitaktischen Fragen auszusprechen. Wenn dies bisher so gehandhabt worden wäre, wären nach seiner Ansicht in unserem Kreise auch bei der letzten Wahl verschiedene Genossen nicht gewählt worden, die sich zur Abgabe einer solchen Erklärung hergegeben haben. Genosse Vied sei von den Delegierten der einzige gewesen, der vorher vor den Genossen seine Stellungnahme klargelegt habe. Daß er gewählt worden sei, beweise, daß die Genossen des Kreises seine Auffassung teilten, was von den anderen nicht festgehalten sei. In seinem Schlusswort trat der Referent den von den Diskussionsrednern gemachten Einwänden im einzelnen entgegen. Die Erklärung gegen Vied sei mehr eine Angelegenheit persönlicher Natur, im übrigen werde dasjenige, was darüber noch zu sagen sei, auf der nächsten Kreisgeneralversammlung gesagt werden.

### Wilmsdorf-Dalensee.

In einem Schantturnen, verbunden mit Elternunterhaltungsabend der I. Jugendabteilung der hiesigen Freien Turnerschaft wird die Arbeiterkassette mit ihrem jugendlichen Anhang freundlichst eingeladen. Das Schantturnen findet am kommenden Sonntag, den 27. d. M., nachmittags von 4—7 Uhr, in der städtischen Turnhalle, Berliner Str. 40, statt. Der Elternabend, der sich hieran anschließt, wird im Lokale von Selke, Brandenburgische Str. 69, abgehalten. Der Eintritt ist gänzlich frei.

### Mariendorf.

Der Seefischverkauf durch die Gemeinde ist nun endlich eröffnet worden. Den Verkauf hat der Kaufmann Otto Jahn, Königsr. 20 (Ecke Hauptstraße), übernommen. Die Verkaufstage sind zunächst auf Donnerstag und Freitag jeder Woche festgesetzt. Die Preise sind: Schollen 2 1/2 Pf. und Kabeljau 2 1/2 Pf. pro Pfund. Büchsenwert ist, daß die Gemeinde nun auch recht bald den Verkauf von Fleisch in die Wege leitet. Die Preisunterschiede bei Seefischen sind gegenüber dem privaten Handel nicht sehr groß. Besonders not tut daher der Verkauf von billigem Fleisch.

### Weißensee.

Wo bleiben die Maßnahmen gegen die Teuerung? Obwohl die Vertreter sich in verschiedenen Kommissionen mit der gegenwärtigen Teuerung beschäftigt haben, ist es zu einem positiven Ergebnis noch nicht gekommen. Helfen wollen die Herren, jedoch es darf nicht kosten. Der Kartoffel- und Seefischverkauf in einem eigens dazu eingerichteten Laden war bereits so gut wie beschlossene Sache. Jetzt wiederum hat man entdeckt, daß die Kartoffeln so billig sind, daß ein Verkauf derselben durch die Gemeinde nicht lohnt. Mit dem Seefischverkauf will man einen anständigen Seefischverkäufer betrauen, trotzdem im vorigen Jahre damit keine guten Erfahrungen gemacht worden sind. Zudem ist man mit diesem Namen noch nicht handelseins, so daß die Bevölkerung sich einstimmen noch gedulden muß. Zu dem Fleischverkauf, der mit Groß-Berlin gemeinsam geregelt ist, kommen die Berliner Preise nicht in Frage, weil außer den Transportkosten von Berlin nach hier noch ein Gewinn für die mit dem Verkauf betrauten Schlächter in die Fleischpreise eingerechnet wird. Von Berlin will man wöchentlich 40 Zentner zur Hälfte Rind- und Schweinefleisch beziehen und mit dem Vertrieb zwei anständige Schlächter betrauen. Nach vorläufiger Rechnung dürfte auf diese Weise der Preis für Rindfleisch im Durchschnitt auf 88 Pf., für Schweinefleisch auf 91 Pf. zu stehen kommen. Sache der Gemeindevertretung ist es, nun endlich durchgreifende Entscheidungen zu treffen. Die bis jetzt getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, die Teuerung zu lindern.

### Adlershof, Alt-Glienide, Bohnsdorf, Grünau, Johannisthal usw.

Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Privatangestellten-Versicherung für den Stimmbezirk H. des Kreises Teltow finden Sonntag, den 27. Oktober, statt.

Der Stimmbezirk umfaßt die Orte Adlershof, Alt-Glienide, Bohnsdorf, Grünau, Johannisthal, Mägdelheim, Berlin-Nieder-Schöneweide und Grünau-Dahmer Forst.

Sämtliche in den angegebenen Ortschaften wohnhafte und wahlberechtigte Privatangestellten haben ihr Wahlrecht in Adlershof, Restaurant Ratskeller, Bismarckstr. 37, auszuüben.

Die Wahlzeit ist von 12—6 nachmittags festgesetzt.

Der Wahlzettel für diesen Bezirk richtet sich nach dem Appell an die Privatangestellten beiderlei Geschlechts, sich geschlossen an der Wahl zu beteiligen und nur für die Liste F. der Freien Vereinigung zu stimmen.

Auskunft über sämtliche Wahlangelegenheiten wird am genannten Tage von vormittags 10 Uhr ab im Wahlbureau, Restaurant Raul, Bismarckstr. 16, Telef. Adlershof 57, erteilt.

Die Wahlhelfer werden aufgefordert, daselbst pünktlich zu erscheinen.

Der Obmann:

Fritz Rader, Adlershof, Kronprinzenstr. 42.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Die letzte Gemeindevorsteherwahl beschloß, den zwar schon jahrelang nur im Kalender geführten Viehmarkt für Neuenhagen aufzuheben, weil in den letzten Jahren tatsächlich gar kein Viehautrieb stattgefunden hat. — Als Teilnehmer an einer Konferenz über unsere Teuerungspetition gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß leider nur den unmittelbaren Vororten Berlins Gelegenheit gegeben sei, frisches, russisches Fleisch einzuführen. Den kleineren, weiter von Berlin entfernten liegenden Vororten seien nur solche winzige Mengen zugesprochen worden, daß sich nicht mal das Huhn lohne. — Das neue, im Stil bald zu einfache Projekt der neuen achtklassigen Volkshule ist endlich von der Regierung genehmigt worden. Zu diesem Neubau mußte die Gemeinde eine Anleihe von 100000 M. aufnehmen und hat dafür nicht mal das Recht, durch ihre Vertretung irgendwelche Bedingungen zu stellen. Das ist alles Sache des Schulverbandes. Vom Genossen Köhling wurde aber doch der Gemeindevorsteher, wohl im Einverständnis der gesamten Vertretung, erlucht, als Mitglied des Schulverbandes seinen ganzen Einfluß für Einrichtung des Brausebades, welches erst vorgehen war, geltend zu machen. — Die Bahnhofstraße soll wegen bindender Terrainverhältnisse vorläufig nur bis zur Niederheidenstraße gepflastert werden. — Der Vorschlag zur Pflasterung der Dahwitzer Straße wurde der Berliner Straßen- und Tiefbau-Gesellschaft als Mindestfordernde erteilt.

### Nieder-Schönhausen.

Mit der Lebensmittelsteuer beschäftigt sich die am Dienstag stattgefundene Gemeindevorsteherwahl. Bürgermeister Abraham erstattete den Bericht der Kommission. Er wandte sich zunächst gegen die Schreibeweise der stützenden Blätter, die die bürgerlichen Vertreter, weil sie es in der letzten Sitzung abgelehnt hatten, eine Petition an die Regierung zu senden, als unmündige Kinder bezeichnet hätten; eine Zeitung jedoch habe den Beschluß anerkannt und zwar die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Die Kommission sei bezüglich des Verkaufes von russischem Fleisch auf große Schwierigkeiten gestoßen. Dem Magistrat von Berlin sei mitgeteilt worden, daß die hiesige Gemeinde sich an dem Fleischverkauf beteilige, jedoch müsse die Möglichkeit gegeben sein, im Falle eines Preisrückfalls von dem Vertrag zurückzutreten zu können. Schöffe Thormann sei in der Sitzung mit Berlin anwesend gewesen, doch sei über diesen Punkt keine bestimmte Auskunft erteilt worden. Damit der Vorwurf nicht erhoben werden könne, die Gemeinde wolle die Schlächter schädigen, habe die Kommission sämtliche Schlächter zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen. Die Schlächter hätten sich nur unter der Bedingung zum Verkauf des Fleisches bereit erklärt, wenn die Preise um 10 bis 20 Pfennig pro Pfund des Einkaufspreises erhöht werden dürften. Außerdem hätten dieselben extra für je 100 M. verlaufenes Fleisch 10 M. als Geschäftskosten verlangt. Diesem Vorlangen habe die Kommission nicht nachkommen können, da ja dann von einem Verkauf billigen Fleisches nicht mehr hätte die Rede sein können. Somit wären die Verhandlungen mit den Schlächtern leider gescheitert. Für die Kommission habe es nun nur noch eins gegeben, und zwar den Verkauf in eigene Regie zu übernehmen. Hierzu müsse ein Laden gemietet werden, ferner mache sich die Anstellung eines Schlächters notwendig, dadurch würde der Preis des Fleisches gegenüber Berlin pro Pfund um 2 bis 3 Pf. teurer. Die Kommission erlaube um Vermittlung der dazu notwendigen Summe für den Einkauf, die zunächst pro Woche 1700 M. betragen würde; außerdem noch um 1000 M. für ein etwa entliegendes Defizit. Voraussetzung sei, daß Berlin den kleinen Gemeinden das Recht zubillige, im Falle eines Preisrückfalls nach einer dreiwöchentlichen Kündigung von dem Vertrage zurückzutreten zu dürfen. Der Bürgermeister erluchte dringend, den Verkauf im Interesse der Bevölkerung nicht abzulehnen. In der mehr als zweistündigen Debatte wies zunächst Genosse Heilrich darauf hin, daß die Kommission vor eine schwierige Aufgabe gestellt worden sei. Bedauerlich sei es, daß die hiesigen Schlächter so wenig Entgegenkommen gezeigt hätten; die Bevölkerung werde davon gebührend Kenntnis nehmen. Redner hat dringend, den Vorschlag der Kommission anzunehmen, da dies der einzige Ausweg sei. Herr Hermann Kuhlmann kam über die Teuerung schnell hinweg indem er sagte: wegen dem Sechser, für den man das Fleisch billiger kauft, wird ein solch großes Defizit gemacht. Die Herren Thormann, Dr. Pratsch und Jersisch sprachen



sich für den Kommissionsbeschluss aus. Genosse Hiepe machte den Vorschlag, daß, wenn alle Mittel verausgabt wären, man mit dem hiesigen Konsumverein in Verbindung treten sollte. Unter allgemeiner Beifall betonte Genosse Breitmayer, daß Herr Hermann Kuhlmann die Schuld an der Feuerung der Schriftsteller, die das Volk berückt machen, zuschreibt. Dem Vorschlage der Kommission wurde hierauf mit großer Mehrheit zugestimmt und derselben alle weiteren Maßnahmen übertragen. Mit der Frage der Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe hatte sich die Vertretung nochmals zu beschäftigen. Da Bankrott sich für die Einführung der Groß-Berliner Regelung ausgesprochen hat, wurde beschlossen, sich dem Berliner Statut ebenfalls anzupassen. Hierauf folgte eine längere nichtöffentliche Sitzung.

**Bankrott-Niederschönhausen.**

Eine öffentliche Privatangestellterversammlung, einberufen vom Wahlaustrich der Freien Vereinigung, findet heute, Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Hockstedt, Kreuzstr. 3/4, statt. Tagesordnung: „Das Versicherungsgesetz für Privatangestellte — Hauptauschuss oder Freie Vereinigung.“ Referent: Herr Redakteur Jantner. Freie Aussprache.

**Schönnow (Kreis Niederbarnim).**

Am Montag erkrankt das dreijährige Töchterchen des hier, Wandlitzstraße, wohnenden Monteurs Mendel. Das Kind lag in einem unbewachten Augenblick in den Laun vier Meter vom Hause gelegenen nicht eingezäunten Karpenteich und fand dort seinen Tod. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

**Vordam.**

Der städtische Fleischverkauf wurde gestern an den bekannten sechs Stellen fortgesetzt. Im ganzen hatte die Stadt drei Ochsen mit zusammen 47 Zentner Schlachtgewicht gekauft. So ganz ist man von dem Ergebnis nicht befriedigt, da das städtische Fleisch mehr von den Bevölkerungsschichten begehrt wurde, für die es weniger bestimmt war. Man fährt das auf die immerhin im Vergleich zu Berlin noch nicht genug reduzierten Preise zurück. Die Stadt ist leider in dem Bestreben, mehr ausländisches Fleisch einzukaufen, vorläufig durch die Verfügung des Landwirtschaftsministers gehindert. Auf die von der Stadt hiergegen eingelegte Beschwerde ist eine Antwort noch nicht erfolgt.

**Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.**

- Hermisdorf b. Berlin. Freitag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr.
  - Marientdorf. Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus-Sitzungsraum.
  - Nieder-Schöneweide. Heute Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindehauses, Grünauer Straße 1.
  - Friedrichshagen. Freitag, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindebesprechungsraum, Friederichstr. 57.
- Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet in der Straße 69, unten vier Treppen — Fach 4 —, wochentags von 4<sup>1/2</sup> bis 7<sup>1/2</sup> Uhr abends, Sonnabends, von 4<sup>1/2</sup> bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**Alter Abkondent.** 1. Für den Todesfall hätten die Kinder Anspruch auf Renten bis zum 15. Lebensjahr, außerdem die Witwe Anspruch auf Rentenrente, falls sie Anwartschaft nachweist. 2. Die Anwartschaft unterliegt leider wegen derartiger Ansprüche der Beschlagnahme. Immerhin empfiehlt sich ein Antrag an die Armenverwaltung unter Schilderung der bedrängten Lage der Familie auf Rückzahlung eines Teils des gekürzten Betrags. — **N. S. 200.** Die Einwilligung des Vaters ist noch notwendig. — **P. W. 10.** Den Termin müssen Sie wahrnehmen; andernfalls könnte ein Verfallurteil gegen Sie ergehen. Erscheint Kläger nicht oder nicht rechtzeitig in diesem Termin, so haben Sie jedenfalls das Recht, Verfallurteil gegen denselben zu beantragen. — **E. W. 8.** Ihre Tochter kann von der zuständigen Ortskrankenkasse sechs Wochenrente fordern, falls sie im letzten Jahre vor der Einbindung sechs Monate einer Zwangskasse angehört hat. — **N. S. 100.** Einmalige Ausforderung genügt. — **P. W. 27.** Die Erklärung der künftigen Frau Ihres Onkels erscheint nicht rechtsverbindlich. Man kann sie nur als Bürgschaftserklärung auffassen, bis der Schriftform unterliegt. Eine Klage gegen den Onkel erscheint aussichtslos, falls Sie Ihre Behauptung, daß Sie Unterhalt genährt haben, beweisen können. Wenn Sie keine Jungen haben, müssten Sie dem Schuldner den Eid zuschreiben. — **P. W. 253.** Durch die Rücknahme des Geschäfts hat die Verkäuferin, falls nicht anderweitige Vereinbarungen vorliegen, sich des Rechts auf Zahlung des Kaufpreises begeben. Ihr Gehalt unterliegt nicht der Beschlagnahme, erst dann, wenn Sie mehr als 120 Mark monatlich verdienen, könnte der überbleibende Betrag gepfändet werden. — **W. 1.** 1. Wenn Genehmigung erteilt wird, so. 2. An die Staatsanwaltschaft. 3. Schriftlich oder zu Protokoll. 4. In einigen Tagen. — **E. S. 100.** Das Gesetz, das nicht ausnahmslos erachtet, ist an das Regimentskommando zu richten. — **45. W. W.** Fordern Sie den Schuldner unter Setzung einer Frist zur Einlösung des Rades auf unter der Androhung, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist die Versteigerung veranlassen werden. Vertritt die Frist erfolglos, so erziehen Sie die Verteilungshilfe beim Amtsgericht Vordam, einen Gerichtssozialbelehrter mit der Versteigerung zu beauftragen. Der Versteigerungstermin darf nicht früher sein als einen Monat nach Empfang der Aufforderung und muß dem Schuldner mitgeteilt werden. — **P. S. 1.** 75 Bl. 2. Rein. 3. Rein, sofern Sie die Kindesmutter geheiratet haben. 4. Das Staudesamt, bei dem der Geburtsfall gemeldet ist. — **W. S. 23.** In einem Rechtsanwalts- — **Prossauer Straße.** Die Witwe hat Anspruch auf Hinterbliebenenrente, falls sie im Sinne des Gesetzes invalide ist und falls der Verstorbenen nicht etwa am 1. Januar 1912 ebenfalls invalide im Sinne des Gesetzes gewesen ist. — **W. S. 23.** Rein. — **P. S. 12.** 1. Ihre Tochter hat nur dann und insoweit Anspruch an die Gläubiger, als der Erlös des Geschäfts die Forderungen der Gläubiger etwa übersteigt. 2. Die Frage läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Vertrag beurteilen. Daneben ist es lediglich ein elterlicher Vertrag, so erscheint derlei mangellos übertragener Nachlass rechtswirksam. — **P. S.** Der Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt, mehrdeutig der 1. Januar 1914. Die Heimarbeit unterliegt alsdann der Versicherungspflicht, gleichgültig, wo ihr Wohnsitz ist. — **N. S. 5.** Ist die Kontantin in einem kaufmännischen Betrieb tätig, so hat sie Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts im Erkrankungsfall bis zur Dauer von 6 Wochen. — **1912 N. S. 1.** Soweit der Erlös des Grundstücks in Frage kommt, geben die Hypothekenforderungen der Wechselordnung vor. Amtsgericht Bernau, Landgericht III.

Berlin. — **P. S. 2.** Die Zahlung betrifft nicht das Amtsgericht, sondern muß seitens des Formandes beim Amtsgericht eingereicht werden. Der Schuldner ist zur Angabe seiner Arbeitsstelle verpflichtet. 2. Ja, sofern er die Ableistung des Offenbarungseides verweigert. — **N. S. 100.** Wenn die Frau die Wirtschaft eingeleitet hat oder aus eigenen Mitteln während der Ehe angeschafft hat, so ist sie ihr Eigentümer. — **W. S. 23.** Rein. **Kamm 62.** 1. Laufschein oder Konfirmationsschein. 2. Die Kosten derartiger Urkunden sind verschieden. 3. Ja. — **W. S. 51.** Für halten die Stadtgemeinde für haltbar. — **P. S. 89.** Wiederholen Sie Ihre Anfragen und geben Sie noch an, welche Tätigkeit Sie noch ausgeübt haben.

**Briefkasten der Expedition.**

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften (sofort Ihre Adresse einleiten, da bei verspäteter Erfüllung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden, alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden).

**Witterungsüberblick vom 23. Oktober 1912.**

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Emmende.	752.0	ORD	5	bedekt	7	Naparanba	774.5	S	2	Rebel	-3
Hamburg	748.0	D	4	bedekt	9	Petersburg	772.0	ORD	1	Rebel	0
Berlin	749.0	D	2	bedekt	8	Sciffa	747.0	ORD	6	wolkig	11
Frankf. a. M.	749.5	W	3	bedekt	5	Uebersee	749.0	SD	1	wolkig	4
München	751.5	W	2	bedekt	2	Paris	750.5	W	1	bedekt	6
Wien	750.0	W	1	bedekt	6						

**Wetterprognose für Donnerstag, den 24. Oktober 1912.**

Hiemlich kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 10.		am 21. 10.		Wasserstand	am 22. 10.		am 21. 10.	
	cm	seit am <sup>1)</sup>	cm	am <sup>2)</sup>		cm	cm <sup>3)</sup>	cm	cm <sup>3)</sup>
Wemel, Mühl	192	+1	192	0	Saale, Groditz	90	0	90	0
Bregel, Innersburg	182	0	182	0	Gabel, Spanbau	38	0	38	0
Wieschel, Thorn	148	-2	148	0	Rathenow	38	+8	38	+8
Oder, Raitz	148	-6	148	0	Spree, Spremberg	96	0	96	0
Kroffen	133	-4	133	0	Teeslow	81	0	81	0
Frankfurt	139	-4	139	0	Weser, Minden	160	+12	160	+12
Waldhe, Schrumm	96	+2	96	0	Rhein, Rindem	224	+13	224	+13
Landesberg	8	+4	8	0	Rhein, Rindem	224	+13	224	+13
Rehe, Barham	3	+5	3	0	Raub	172	+2	172	+2
Eise, Leitmeritz	21	+1	21	0	Raub	151	+5	151	+5
Dresden	-105	+2	-105	0	Rehe, Heilbronn	65	-5	65	-5
Berch	140	+1	140	0	Rain, Danau	131	+2	131	+2
Magdeburg	114	-2	114	0	Rehe, Heilbronn	65	-5	65	-5

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — 2) Unterpegel.

**Ausnahmepreise für Winter-Joppen**

Dauer vom 24. bis 31. Oktober

**Pelz-Joppen**

Sehr preiswerte mannigfaltige Fell-Arten schöne Exemplare in großen

**Spezial-Abteilungen**

- Loden-Pelerinen
- Loden-Mäntel
- Loden-Anzüge
- Loden-Hüte

**Außergewöhnlich billige Angebote!**

- Position I Winter-Joppen Oranger oder grünlicher Loden mit warmem Futter ..... 720
- Position II Winter-Joppen Oliv, grau oder grünlicher Loden, durchweg warm gefüttert ..... 920
- Position III Winter-Joppen Kräftiger Loden in vielen Farben, derbes warmes Futter ..... 1120
- Position IV Winter-Joppen Schwere Loden imprägniert, durchweg warm gefüttert ..... 1420
- Position V Winter-Joppen Kern-Loden, grau, grün, oliv, warmes schweres Futter ..... 1720

**Knaben-Loden-Joppen**

- Position VI Warm gefüttert, Alter 3<sup>50</sup> 3-8 Jahre .. durchweg
- Position VII Warm gefüttert, Alter 4<sup>50</sup> 9-15 Jahre .. durchweg



Jedlicher Nachdruck verboten.

**BaerSohn**

Berlin. □ Gegründet 1891.

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

An Wiederverkäufer werden obige Artikel nicht abgegeben.

Das neue Preisbuch (Hauptkatalog Nr. 46), enthaltend die neuesten Moden, ist soeben erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und postfrei zugesandt.

Sonntag nur von 12-2 geöffnet

**Sie** kennen doch die so sehr beliebte Credit-Firma im Süden Berlins

**Hugo Udo Cohn**

Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13

Credit unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe

Paletots, Usters, Anzüge in jed. gewünschten Qualität, Größe. Sammet-, Plüsch-Mäntel, Damen-Uster, Kostüme. Knaben- u. Mädchen-Bekleidung, Schuhwaren, Pelzwaren

Möbel und Polsterwaren in grosser Auswahl

Complete Wohnungs-Einrichtungen.

Kleine Anzahlung!

Besichtigen Sie meine neuen Geschäftsräume!

Niedrige Raten!

Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet.



**Vorwärts-Bibliothek**

Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen

III.

**Das Land der Zukunft**

Eine Reisebeschreibung von Leo Kolisch

Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Preis gut gebunden 1 M.

Göhre schreibt in seiner Einleitung unter anderem:

„Da ist keine Seite, die langweilig zu lesen wäre. Von Anfang an packt er uns, von Seite zu Seite wird er interessanter. Immer lebendiger steigern sich die Eindrücke, immer hingerissener hören wir ihm zu. Kein überflüssiges Wort: kurz, schnellig, klar, packend steht alles und jeder seiner Lebensgefährten vor uns.“

**Buchhandlung Vorwärts**

Lindenstraße 69

247/8\*



# Heute

verkaufen wir

## Seefische

zu nachfolgenden Preisen:

<b>Schellfisch</b> . . . . . pro Pfd. <b>30 Pf.</b>	<b>Seeaal</b> . . . . . pro Pfd. <b>30 Pf.</b>
<b>Kabliau</b> (ohne Kopf) . . . . . <b>30</b>	<b>Goldbarsch</b> . . . . . <b>25</b>
<b>Schollen</b> . . . . . <b>25</b>	<b>Knurrhahn</b> . . . . . <b>24</b>

**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.**

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Der Vorstand.

107/11

# Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

**Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar**

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswirts!

Sonntags geöffnet von 12-2.

## Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 24. Oktober 1912.  
Anfang 7 Uhr.

**Regl. Opernhaus.** Lohengrin.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Regl. Schauspielhaus.** Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.  
Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.

**Zirkus Busch.** Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Auf's Wasserhorn.  
Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ing. A. Rehner: Elektrostahlwerke.

**Nammerspiele.** Mein Freund Teddy.  
Verling. Die Frau vom Meer.  
Königsgräber Straße. Die fünf Feuerschüler.

**Schiller O.** Die Kinder der Eggellen.  
Schiller-Charlottenburg. Des Harrens Tochter von Streladorf.

**Berliner.** Altmörder.  
Reines. Magdalena.  
Residenz. Gemütsmenschen.  
Deutsches Schauspielhaus. Der aufstehende Feind.

**Kroll.** Gluckshäuschen.  
Thalia. Antolledagen.  
Theater am Rollendorferplatz. Der phän in der Unterwelt.

**Kurvielen-Oper.** Der ruhigen.  
Montis Operetten. Goldener Leuchtm.  
Komödienhaus. Die Paria.

**Luisen.** Die Reineidgräfin.  
Wise. Von Stufe zu Stufe.  
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.

**Metropol.** Chauffeur — ins Metropol!  
Abends 8 Uhr: Rauschen gestaffelt.

**Trianon.** Liebesbarometer.  
Casino. Der Großfürst.  
Reichshallen. Die Macht der Töne.  
Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.

**Freib. Wild.** Schauspielhaus.  
Die feuchte Erlanne.  
Lustspielhaus. Mein alter Herr.  
Folies Caprice. Der feuchte Joseph.  
Der Rehbod.

**Neues Volkstheater.** Lore. — Die Spieler. — Der Kammerjäger.  
Anfang 10 Uhr.

**Admiralpalast.** Eisballet: Duonne.  
Sternwarte, Invalidenstr. 67-62.

**Schiller-Theater O.** Sailer-Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Die Kinder der Eggellen.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Tallisman.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzleher.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Des Pfarrers Tochter von Streladorf.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzleher.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**König Lear.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Filmzauber.**

**Theater in der Königsgräber Straße**  
8 Uhr:  
**Die fünf Frankfurter.**

**Deutsches Schauspielhaus**  
(Römische Oper).  
In allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
**Der gut sitzende Frack.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Hugo Müller.  
Freitag: Von Stufe zu Stufe.  
Sonabendnachm. 4 Uhr: Witzendübel

**Theater am Rollendorferplatz**  
(Neues Schauspielhaus).  
Täglich abends 8 Uhr:  
Waltspiel des  
Münchener Künstler-Theaters:  
Orpheus in der Unterwelt.

**Montis Operetten-Theater**  
(früher Neues Theater)  
8 Uhr: **Goldener Leuchtm.**  
Freitag, 3. 1. Mal: Der Frauenfresser.

**Residenz-Theater.**  
8 Uhr: **Gemütsmenschen.**  
8 Uhr:  
Schwan in 3 Akten  
von Fritz Friedmann-Frederich.  
Propert und folgende Tage:  
**Gemütsmenschen.**

**Luisen-Theater.**  
Donnerstag: Die Reineidgräfin.  
Freitag: Das Rätschen von Heilbronn.  
Sonabend nachm.: Kinderdorf:  
König Droffelbart. Abends 8 Uhr:  
Des andern Ehre.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Rauschen gestaffelt.  
**Chauffeur — ins Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von 3. Freund, Witz u. Rud. Welfen. Länge arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schult.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
10 grandiose Novitäten!  
**Bernhard Mörbitz**  
als Ehepaar Pietsch  
Am 1. November: Feier des  
50-jährigen Bühnen-Jubiläums  
**Martin Bendix.**  
Vorverkauf 10-2 Uhr.

**Herrnsfeld Theater**  
8 Uhr:  
Die mit beispiellosem Lacherfolge  
aufgenommene Novität  
**Die Alpenbrüder.**  
10 Uhr:  
**Endlich allein!**  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnsfeld  
in den Hauptrollen.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Bierecabaret**  
im Lichtprunksaal  
der Passage.  
Jeden Abend 1/9 Uhr:  
**Hermann Funke**  
**Hansy Petra**  
Putzi Cassani  
Mizzi Dressel  
**Werner Goldmann**  
**Otto Bellmann**  
20 Künstlerinnen u. Künstler.  
**Einheitspreis 1 M.**

**Passage-Panoptikum**  
**RAPPO**  
der größte Entfesselungs-  
Künstler der Zeit.  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!  
die anatom. Unmöglichkeit.  
Lebend! Ohne Extra-Entree!

## Freie Volksbühne

Freitag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshause:

### General-Versammlung.

Tagesordnung:  
Herr Schriftsteller Rudolf Breitscheid über  
Wagners „Parsifal“ und der **Kunstkapitalismus.**  
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der  
Revisoren. Diskussion.  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-  
karte gestattet.

Sonabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr,  
in den Konkordia-Festsälen:

### Herbst-fest.

Festmarken vom 1. November ab in den Zahlstellen.

### Abend-Abteilungen.

Nächste Aufführungen 8 Uhr abends  
am 21. und 28. Oktober, 4. und 11. November  
im **Deutschen Schauspielhaus:**

### Der gutsitzende Frack.

Satirische Komödie von Gabriel Dzagely.

|| Nur zu den Abend-Abteilungen sind in den ||  
Zahlstellen noch einige Mitgliedskarten erhältlich. ||  
243/18 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

### „Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

### Heute! Großes Doppel-Konzert. Heute! Berliner Konzerthaus-Orchester

Dirig.: Fr. v. Blon, Komp.,  
Musiko. Kaiser Alexander-Regts. Dirigent:  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachm.  
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

### Urania

Taubenstraße 48/40.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Aufs Matterhorn!**  
Hörsaal 8 Uhr:  
Konstruktions-Ing. A. Kellner:  
**Elektrostahlwerke.**

### Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
Das sensationelle Oktober-Programm  
**Robert Neesemann,**  
Berlins Lieblingshumorist mit neuen  
Schlagern. Riesen-Lacherfolg des  
lustigen Stückes  
**Der Großfürst.**

**Theater Königstadt-Casino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
1 Min. v. Bahn. Zannowstraße.  
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr:  
Das große Novitäten-Program-  
m und  
Marich auf's Staudesamt.  
Große Posse in 1 Akt.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Liebesbarometer.**

### UT Union-Theater

Heute letzter Tag  
der dieswöchentlichen  
Elite-Programme  
mit den ersten optischen  
Spezialberichten über den

### Balkan-Krieg.

Original-Kinematogramme  
aus Serbien, Rumänien,  
Montenegro usw.  
**Land, Volk und Militär.**

**Robert Leonard,**  
der bekannte Berliner  
Künstler als kinemato-  
graphischer Karikaturist:  
**Das Pulverfaß auf d. Balkan.**

**Zirkus Busch.**  
Heute Donnerstag, 24. Oktbr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
**Houdini**  
der Ausbrecher-König.  
Neu! The 3 Blackburns Neu!  
konkurrenz. Luftleiter-Akro-  
baten auf dem Schiffsmast.  
Das Kriegsluftschiff der Zukunft.  
(Ingenieur H. Bohle).  
Zum Schluß: **Unter Gorillas.**  
Große Pantomimen-Burleske  
in 4 glänzenden Bildern.

**Zirkus**  
**Albert Schumann.**  
Heute Donnerstag, 24. Oktbr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung**  
mit vollst. neuem Programm.  
**Um 9 1/2 Uhr:**  
**Der unsicht-  
bare Mensch.**  
Vier Bilder aus Indien.  
Größtes und schönstes Aus-  
stattungsstück der Gegenwart.

**Folies Caprice.**  
Zum 54. Male  
**Die drei Schläger:**  
Der feuchte Joseph.  
Der Rehbod.  
Der Einbrecher.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Macht  
der Töne.**  
Sonntag-  
nachm. 5 U.  
Der Kom-  
pagnieball

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 68.  
Freitag, den 25. Oktober:  
**Pfarrer und Sängerin.**  
Komödie in 3 Akten von Schwarz  
und Zinckelmann.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Concordia-Festsäle.**  
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.  
**64 Andreasstr. 64.**  
Jeden Donnerstag:  
**Große Soiree**  
der allgemein beliebten und bekannten  
**Hoffmanns Sänger.**  
Direktion Fr. Fanther  
mit vollständig  
neuem Programm  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der **Frei-Tanz.**  
Soiree: Freie-Tanz.  
Vorzugskarten haben Giltigkeit.

**Neu eröffnet**  
**Café Leitmeyer**  
Petersburger Straße, Ecke der Frankfurter Allee.  
Auf das modernste ausgebaut und vergrößert. — Parterre, I. Etage. —  
Gesellschaftszimmer für 100 Personen • Erstklassiges Künstler-Konzert • Tag und Nacht geöffnet.

**Nibles Fest-Säle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
9435 C. Nible.

Für den Inhalt der Anzeiger  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



Gewerkschaftliches.

Ein neues Lohnsystem für die Staatswerkstätten?

Man schreibt uns: Bei den sämtlichen Staatseisenbahnwerkstätten ist ein neues Lohnsystem eingeführt worden. Dieser wurde für jede Arbeit, die ein Arbeiter im Afford leistete, ein bestimmter Preis, der sogenannte Stückpreis, gezahlt. Der Verdienst des Arbeiters ergab sich dann einfach durch Addition der Preise, die für die von ihm geleisteten Arbeiten festgesetzt waren. Der einzige Wertmesser für die Bezahlung war also die Menge der geleisteten Arbeit. Bei dem neuen Lohnsystem sind zwar auch wieder für jede Arbeit bestimmte Werte festgesetzt, doch werden diese jetzt zunächst mit dem Lohn des Arbeiters multipliziert und dann erst addiert. Da nun der Lohn so eingerichtet ist, daß er mit dem zunehmenden Alter steigt, so erhöht sich der Arbeitsverdienst der Staatsarbeiter mit dem zunehmenden Dienstalter. Es ist also künstlich nicht allein die Arbeitsleistung, sondern auch das Alter des Arbeiters für die Höhe seines Verdienstes maßgebend. Durch das neue Lohnsystem wird die Arbeiterschaft in höherem Maße als bisher an die Staatswerkstätten gefesselt und namentlich verpflücht, daß etwa bei den älteren Arbeitern sich Streifgelüste und dergleichen einstellen.

Berlin und Umgegend.

Streik bei der Firma Johannes Gerold.

Bei der bekannten Kaffee- und Kolonialwaren-Engros-Firma Johannes Gerold, Lühnowstraße, welche in einem Tarifvertragsverhältnis mit dem Deutschen Transportarbeiterverband steht, haben am gestrigen Tage 21 Arbeiter und 17 Arbeiterinnen, Mitglieder des genannten Verbandes, ihre Kündigung eingereicht. Die Ursache dieser Massenabwanderung seitens der Arbeiterschaft ist auf das organisationsfeindliche Verhalten, welches die Firma in letzter Zeit gegenüber ihren Angestellten zum Ausdruck brachte, zurückzuführen. Wie wir vor einigen Wochen berichteten, wurde in diesem Betriebe unter Führung eines Jahreshilfsführers Bröhdol eine sogenannte Betriebsorganisation mit dem Namen „Verein für Frieden und Wohlstand“, also eine gelbe Organisation, ins Leben gerufen. Diesem Verein traten die noch im Betriebe befindlichen unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bei. Die Leiter dieses Vereins erzielten sich der Aufmerksamkeit und des Wohlwollens der aufstrebenden Angestellten. Das bis dahin bestehende Arbeitsverhältnis der Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes und einiger noch ebenfalls im Betriebe befindlichen Mitglieder der Geschäftsdienerschaft und Arbeitervereinigungen verschlechterte sich nun von Tag zu Tag. Die Mitglieder des gelben Vereins unter Führung ihres Obergeldens Bröhdol erlaubten sich allerlei Schikanen und Verhöhnungen gegenüber den freiorganisierten Arbeitern. Durch allerlei Einschüchterungen mit der Drohung, daß sie nicht alt im Betriebe werden, versuchte man die Arbeiter zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft zu bewegen. Und in der Tat fanden denn auch Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen der freien Gewerkschaft statt, natürlich immer „wegen Arbeitsmangel“. Einige Arbeiterinnen, Mitglieder der Gewerkschaft, wurden dadurch gezwungen, daß sie aus dem Packraum, wo sie in Wochenlohn standen, nach dem Kaffeeverleierraum versetzt wurden, wo sie dann in Afford arbeiten mußten. An deren Stelle wurden dann Arbeiterinnen gestellt, die dem Betriebsverein angehörten. Diese Versetzung war mit einer Einbuße an Lohn für die erlernten Kenntnisse verbunden. Man versprach ihnen, zwei Wochen den bisherigen Lohn zu zahlen, wenn sie aber bis dahin nicht denselben Lohn, 14 Mark pro Woche, im Afford erzielen würden, müßten sie entlassen werden. Diese Einschüchterungen hatten zur Folge, daß nach und nach mehrere anglikische Arbeiter und Arbeiterinnen dem gelben Verein beitraten. Als dann der im Betriebe bestehende Arbeiterausschuß, der aus Mitgliedern der freien Gewerkschaft zusammengesetzt ist, wegen dieser Drangsalierungen bei der Geschäftsleitung vorstellig wurde, wurde ihm bedeutet, daß er in den Maßnahmen, welche die Betriebsleitung bezüglich der Versetzung und Entlassungen von Arbeitern treffen, nicht zuständig sei. Daraufhin wurden Vertreter des Transportarbeiterverbandes bei der Firma vorstellig. Diefen wurde zunächst erklärt, daß die Firma von dem Bescheide des Betriebsvereins erst aus dem „Vorwärts“ Kenntnis bekommen hätte. Schließlich endete diese Aussprache damit, daß der Firmeninhaber versprach, dafür sorgen zu wollen, daß seitens der Aufsichtsbearbeiter sowohl als auch von den Mitgliedern der Betriebsorganisation keinerlei Schikanen noch sonstige Agitation betrieben werden sollten. Mit diesem Versprechen gaben sich die Mitglieder der freien Gewerkschaft in einer Betriebsversammlung zufrieden. Die Sticheleien in dem Betriebe hörten aber nicht auf. Es wurde von den gelben Führern geböhnt, die Noten sollten doch mal streifen, dann hätten wir sie doch raus; aber sie sind zu feige dazu. Es hatte auch den Anschein, als wolle die Betriebsleitung die organisierte Arbeiterschaft mit Gewalt zum Streik provozieren. Das ging noch besonders aus folgendem hervor:

Einige Tage nach der stattgehabten Verhandlung mit den Organisationsvertretern erließen im Betriebe am schwarzen Brett folgender Anschlag der Betriebsleitung:

„Infolge der andauernden schlechten Konjunktur werden nach und nach für die erwachsenen Packer Jugendliche im Packraum eingestellt. Die mit Packer beschäftigten Arbeiter wollen sich beizeiten nach anderen Arbeiten umsehen.“

In der Packerei arbeiten nur organisierte Arbeiter. Die Entlassungen setzten dann auch seit Freitag vergangener Woche ein. Am Dienstag wurden auch die beiden Obleute des Arbeiterausschusses entlassen. Die Arbeiterschaft trat sofort zusammen und wünschte, daß die Obleute nicht entlassen werden möchten; sie beauftragten ihre Verbandsvorstände, mit der Firma diesbezüglich folgende in Verhandlungen einzutreten. Auf diese Verhandlung ließ die Firma sich nicht ein; sie wollte darüber am Donnerstag, also zu einer Zeit, wo die Obleute bereits aus dem Betriebe entfernt waren, verhandeln. Daraufhin begaben sich am Mittwoch die noch im Betriebe verbliebenen drei übrigen Arbeiterausschussmitglieder zur Betriebsleitung und forderten im Auftrage der Arbeitssameraden die Zurücknahme der Entlassung der beiden Obleute. Das lehnte aber die Firma ab. Da in dem Betriebe eintägige Kündigungsfrist zu jeder Stunde besteht, kündigten sofort am Mittwoch früh die Mitglieder der freien Gewerkschaft ihre Stellung zum Mittwochabend. Der Betrieb Gerold gilt bis auf weiteres für alle organisierten Arbeiter als gesperrt zu betrachten.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Winterarbeitszeit auf den Bauten wurde in einer Versammlung der Marmorarbeiter besprochen, die am Dienstagabend bei Wille in der Sebastianstraße stattfand, einberufen vom Zentralverband der Steinarbeiter. Laut Tarif sollen sich die Marmorarbeiter auf den Bauten nach den Maurern richten. Diese Bestimmung läßt aber eine verschiedenartige Deutung zu. Zum Beispiel soll die Arbeitszeit der Maurer vom 1. Dezember bis zum 1. Februar 7 resp. 7 1/2 Stunden betragen. Dann spielen aber die Löhnterhältnisse noch eine Rolle, und die Arbeitszeit der Maurer kann bis zu 9 Stunden ausgedehnt werden. Dabei taucht die Frage für die Marmorarbeiter auf, welche Stunden als Lohnerzeit gelten und ob nicht die Arbeitslosen zu berücksichtigen seien. — Nach längerer Diskussion wurde der Vorstand beauftragt, mit den Unternehmern eine Besprechung zur Klärung dieser Frage abzuhalten.

„Bubenrechte“ oder Werkstattversammlungen sollen sich ebenfalls damit beschäftigen. Die Versammlung sollte einmütig den Beschluß fassen, daß keine Heberstunden geleistet werden dürfen. Ausnahmen von dieser Regel sollen nur mit der Zustimmung des Sektionsvorstandes, die eingeholt ist, gestattet werden.

Zum Kampf im Dachdeckerberuf.

Es sind bereits 13 Wochen, daß die Dachdecker und Hilfsarbeiter mit ihren Arbeitgebern einen erbitterten Kampf um den Abschluß eines neuen Tarifvertrages führen. Von den Unternehmern werden nach wie vor die größten Anstrengungen gemacht, Arbeitswillige zu bekommen. Ihre liebe Not mögen die Arbeitgeber mit ihren Arbeitswilligen schon haben, weil es größtenteils unbrauchbare Elemente sind. Trotzdem verstanden sie in ihrem Organ, daß sie instand sind, mit den Arbeitswilligen ihre laufenden Arbeiten fertigstellen zu können. Daß dem doch nicht so ist, beweist der Bericht von der letzten Zunungssammlung. Es heißt dort: „Der Obermeister hat eine Eingabe an die Schuldirektion gemacht, in welcher er gebeten, während der Aussperrung die Lehrlinge vom Schulbesuch zu dispensieren.“ — Hoffentlich hat sich die Schuldirektion ablehnend verhalten.

An anderer Stelle des Meisterorgans heißt es dann: „Auf Wunsch der beiden Abteilungen wollen die Meister demnächst in Verhandlungen mit diesen eintreten behufs Beilegung der Aussperrung.“

Auch wir wollen hoffen, daß der Kampf im Dachdeckerberuf endlich seinem Ende entgegengeht. Der Frieden hätte schon längst wieder hergestellt sein können, wenn es den Unternehmern wirklich darum zu tun gewesen wäre. Den Arbeitern lag nichts am Kampf. Sie sind aber durch die Aussperrung in den Kampf gedrängt worden. Da die Arbeiter absolut nichts gefordert hatten, war es für sie unmöglich, den Verschlechterungen der Arbeitgeber zustimmen zu können.

Es ist nun notwendig, den Kampf in der bisherigen Weise weiterzuführen. Ein „Jurid“ darf es jetzt erst recht nicht geben. Jeder hat nach wie vor, und zwar bis zum äußersten seine Schuldbiligkeit zu tun. Niemand darf die Reihen seiner kämpfenden Brüder verlassen, wenn der Sieg ein endgültiger werden soll. Es ist auch dringend notwendig, Berlin zu meiden. Kein Dachdecker oder Hilfsarbeiter darf sich verleiten lassen, vor der vollständigen Erledigung des Kampfes nach Berlin zu kommen. Halte deshalb den Bezug nach Berlin fern! Zentralverband der Dachdecker.

Der Fensterstreik der Töpfer.

Wie alljährlich, so hat auch in diesem Jahre der Streik am 15. Oktober auf den Bauten begonnen, deren Räume durch Verlegung nicht gekühlt waren. Aus dem von Segawe in einer Mitgliederversammlung des Töpferverbandes erstatteten Bericht geht hervor, daß nur noch auf zwei Bauten gestreift wird. Am Donnerstag glaubt man jedoch auch dort die Arbeit wieder aufnehmen zu können, so daß mit diesem Tage der Fensterstreik seine Erledigung finden dürfte. Die Zahl der Streikenden beträgt gegenwärtig noch 36, außerdem sind 394 Arbeitslose in die Streiklisten eingetragen, so im ganzen 430 Arbeiter zu unterstützen sind. Die Versammlung beschloß, die Streikunterstützung noch bis Sonnabend, den 26. Oktober, zu zahlen.

Deutsches Reich.

In der Honigluken- und Schokoladenfabrik von Bernhard Rost in Halle a. d. S. beschloßen die dort Beschäftigten am 21. Oktober einmütig, zur Verbesserung ihrer Lage in den Streik einzutreten, nachdem die Firma allen Veruchen, auf gültigem Wege eine Einigung zu erzielen, widerstanden hatte. Die Forderungen der Arbeiterschaft sind so niedrige, daß die Firma diese ohne weiteres hätte bewilligen können. Aber ein neuer Direktor, der beweisen wollte, daß er „Herr im Hause“ ist, trägt die Schuld an diesem Kampf. Unter dem Regime dieses Herrn wurde besonders in letzter Zeit den Beschäftigten eine Behandlung geboten, die sie sich nicht stillschweigend gefallen lassen konnten. Man hat weiter versucht, und auch in einigen Abteilungen schon durchgeführt, daß die bisher im Stundenlohn geleistete Arbeit alle im Afford ausgeführt werden soll. Die Löhne, die bisher durchschnittlich 16—17 Pf. pro Stunde betragen, wurden dadurch in einzelnen Fällen um 50 Proz. reduziert. So verdiente eine Arbeiterin, die erst 16 Pf. die Stunde verdiente, dann nur noch 7 Pf. die Stunde. Der Unternehmer hat dann versucht, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln von der Organisation abzubringen, indem er im Betriebe alle Beschäftigten, etwa 200, in einem großen Arbeitsloale zusammenkommen ließ, ihnen dort den Wert eines gelben Werdbereichs vor Augen führte. Unbegreiflich ist dieses Vorgehen der Firma, die doch gern ihre Produkte in Konsumvereinen und Arbeiterkreisen absetzt. Die Streikenden ersuchen, jetzt unter keinen Umständen Arbeit dorthin anzunehmen.

In Striegau haben die im Deutschen Holzarbeiterverbande organisierten Arbeiter der dortigen Stuhlfabrik am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlungen über die eingereichten Forderungen führten zu keinem annehmbaren Resultat. Die Fabrik beschäftigt rund 200 Arbeiter.

Die größte christliche Gewerkschaft auf dem Ostieg.

Im Saarrevier, wo der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ schon einmal 20 000 Mitglieder zählte, ist er im Laufe eines Jahres weit unter 10 000 Mitglieder gesunken. Im rheinischen Braunkohlenbezirk zählt er heute auch nur noch ein Drittel der Mitgliederzahl vor einigen Jahren. Im Ruhrrevier geht es jetzt eher abwärts wie aufwärts und auch im Ruhrgebiet frucht es an allen Ecken und Enden. Hier hatte der Gewerkverein schon unter der Führung August Gruffs 48 000 Mitglieder unter der Gewerkschaftsflagge gefammet, und unter der jetzigen glorreichen Leitung ging es selbstverständlich stets „vortwärts“, bis für den Monat August 1912 nur noch 33 000 Mitglieder ihre Beiträge abgeliefert haben. Rechnen wir die Vollbeiträge a 40 Pf., dann sind gar nur für rund 29 000 Mitglieder Beiträge eingegangen. Nun zählt der Gewerkverein Invaliden und auch jugendliche Arbeiter als Mitglieder, aber wir greifen ganz gewiß hoch, wenn wir die Zahl der gesamten Beitragszahler im Ruhrgebiet im Monat August auf 33 000 bemessen. Rechnen wir dem Gewerkverein auch noch ein Paar Papierfaldaten dazu, so bleibt es doch dabei, daß er seit zwei Jahren im Ruhrrevier circa 10 000 Mitglieder eingebüßt hat, wovon der Hauptanteil auf den letzten Streikbruch fällt. Nur in wenigen, aber unbedeutenderen Bergrevieren erfreut sich der Gewerkverein noch des Stillsandes oder des Fortschritts. Wie lange noch, dann kracht's auch hier, da der Gewerkverein in ernsthaften Kämpfen die Bergarbeiter auch in diesen Revieren im Stich läßt. Es ist darum nur zu begrüßen, wenn die schlimmste Streikbrecherorganisation allmählich die Mitglieder verliert. Je weniger der Gewerkverein an Mitgliedern zählt, um so weniger vermag er bei Lohnkämpfen und Streiks seine verräterische und verlogene Streikbruchtaktik auszuüben.

Ausland.

Der Kohlenarbeiterstreik in Madon und Salsan ist, wie aus Prag gemeldet wird, beigelegt. Sämtliche Arbeiter sind zur Frühlicht wieder erschienen.

Aus der Frauenbewegung.

Verbot von Kinderjaugflaschen mit Rohr. Nach dem Beispiele eines französischen Gesetzes (vom April 1910) will auch die deutsche Reichsregierung die Herstellung und den Vertrieb von Kinderjaugflaschen mit Rohr gänzlich verbieten. Die

Vergründung des Gesehentwurfes, der demnächst dem Reichstage zur Beschlußfassung zugehen wird, führt u. a. aus: Da nahezu der dritte Teil aller Todesfälle der Säuglinge auf Krankheiten der Verdauungsorgane zurückgeführt werden muß, so ergibt sich ohne weiteres die Wichtigkeit der Aufgabe, dem zartesten Kindesalter alle schädigenden Einflüsse fernzuhalten, die mit der Ernährung im Zusammenhange stehen.

Als ein Gegenstand, der solche Schädigungen zu veranlassen besonders geeignet ist, werden von den Ärzten allgemein die Kinderjaugflaschen mit Rohr oder Schlauch angesehen. Diese Jaugflaschen sind in weiten Kreisen beliebt, weil man die Kinder mit ihnen sich selbst überlassen kann. Man gibt sie ihnen in das Bett, läßt sie nach Belieben daraus saugen und ist inzwischen an anderen Vorrichtungen nicht bedingt, während die Flaschen ohne Rohr oder Schlauch von den Kinderpflegerinnen zur Zeit des Saugens in der Regel mit der Hand festgehalten werden müssen.

Die bei dem Gebrauch der Jaugflaschen mit Rohr beobachteten Schädigungen sind teils auf die Einrichtung, teils auf die Art der Verwendung zurückzuführen. Zunächst sind anerkanntermaßen den Flaschen mit Rohr oder Schlauch schwer zu reinigen und leimfrei zu halten. Daß beim Verkaufe, wie es vielfach geschieht, den Flaschen zur Reinigung der Höhlen ein Bürschchen beigegeben wird, nicht wenig. Denn abgesehen davon, daß es selbst leicht zu einer Brusttätigkeit werden kann, bleibt die Reinigung mittels eines solchen Bürschchens immer unzulänglich. Die allein zuverlässige Reinigung durch Auskochen unterbleibt aber meist aus Mangel an Zeit und Verständnis, oft wohl auch aus Scheu vor Beschädigung der Flaschen. Metallrohre haben überdies gleich den Schläuchen den Nachteil, daß ihrer Undurchsichtigkeit wegen der Erfolg der Reinigung nicht nachgeprüft werden kann. Die Gefahr, die sich hieraus für die mit solchen Flaschen aufgezogenen Kinder ergibt, besteht darin, daß Milchrinde in den Rohren und Schläuchen haften bleiben, hier gerinnen und zur Sammelstätte von Mikroben verschiedener Art werden. Letztere zerlegen die Milch und wirken, da sie mit der Milch beim Säugen fortgeschwemmt werden und in den kindlichen Organismus gelangen, auch unmittelbar schädigend auf diesen ein. Auch sterilisierte Milch ist solcher Verletzung ausgesetzt. Der Mischstand der schwer auszuführenden Reinigung mit der Folge, daß die Flaschen vielfach unrein benutzt werden, ist um so höher zu veranschlagen, als diese Flaschen aus Bequemlichkeit gerade in denjenigen Bevölkerungskreisen gern gebraucht werden, welche für die Hygiene der Kinder überhaupt wenig Verständnis besitzen und überdies nicht Zeit genug haben, die Reinigung der Flaschen ordnungsmäßig vorzunehmen. (Dieser Angriff auf Arbeiterfrauen ist völlig unbegründet; es fehlt ihnen nicht an Verständnis, sondern an Belehrung, die unsere Schule verfaumt hat. Und nicht aus Bequemlichkeit, sondern nur aus Mangel an Zeit wird die notwendige Vorsicht oft unterlassen. Höherer Lohn, billigere Lebensmittel und wirksamere Arbeiterinnenpflege werden das „Verständnis“ so heben, daß unsere Arbeiterinnenfrauen sogar der Hilfe beruflicher Pflegerinnen werden entbehren können, die heute der Bequemlichkeit der Begüterten gegen geringen Lohn dienen.)

Zu diesen Nachteilen der Einrichtung, denen sich bei Glasröhren die Gefahr der Verletzung durch Splitter zugesellt, treten die Bedenken hinzu, die sich aus der Art der Verwendung der Jaugflaschen mit Rohr ergeben. Werden sie den Kindern überlassen, so leidet darunter einerseits die bei der Kindererziehung überaus wichtige Regelmäßigkeit der Nahrungsaufnahme, und es besteht andererseits die Gefahr der Heberfütterung. Die Kinder trinken sozusagen den ganzen Tag. Sie schlafen mit der Flasche ein und wachen mit der Flasche auf. Daß dabei die Milch, auch wenn sie frisch und warm eingefüllt wurde, allmählich sauer wird, verdirbt oder mindestens kalt wird, ist ohne weiteres klar. Dazu kommt, daß schwächliche Kinder die Milch namentlich bei nur noch geringer Füllung der Flasche schwer hochziehen können und dann leicht Luft statt Milch schlucken und infolgedessen von Würgungen befallen werden.

Liegen sonach die Gefahren, die mit dem Gebrauch von Jaugflaschen mit Rohr oder Schlauch verbunden sind, klar zutage, so ist es doch meist schwierig, einzelne Erkrankungs- und Todesfälle mit Sicherheit darauf zurückzuführen. Nach den im allen Teilen des Reichs eingegangenen Erkundigungen besteht aber kein Zweifel, daß häufige Erkrankungen und Todesfälle dadurch veranlaßt worden sind. Insbesondere wird dies neben den häufigen Krankheiten der Verdauungsorgane, den Magen- und Darmkatarrhen und Proddarmerkrankungen, berichtet von Krankheiten der Mund- und Rachenhöhle, wie Scur, apthösen und geschwürigen Prozessen auf der Mundschleimhaut, ferner von Schladpneumonien, Erysipelen, Heberfütterung, Ausschlag, Dohinflecken.

Der Gesehentwurf selbst lautet: § 1. Kinderjaugflaschen mit Rohr oder Schlauch sowie Teile zu solchen Flaschen dürfen weder gewerksmäßig hergestellt, noch zum Verlaufe vorrätig gehalten, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht oder aus dem Ausland eingeführt werden. — § 2. Wer der Vorschrift des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. Daneben kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden. — § 3. Das Gesetz tritt drei Monate nach seiner Verkündung in Kraft.

Wesentlich sind, wenn die für die Entwicklung des Kindes außerordentlich wichtige Ernährung an der Brust gar nicht oder nur zum Teil durchführbar ist, für die künstliche Ernährung nur Sammilmauer, die sich direkt über den Hals der Flasche streifen lassen, hygienisch einwandfrei.

Vollkommen täuschen würde man sich natürlich, wenn man von diesem Gesetz, gegen das wir nichts einzuwenden haben, irgendwie einen nennenswerten Rückgang der Säuglingssterblichkeit erwarten würde. Es versucht, an einer Wirkung des Proletariatsmilchs zu bessern, wo doch nur die radikale Befreiung der Ursachen helfen kann. Brot und Zeit für die Mütter ist das A und O aller Säuglingspflege.

Lebenende.

Adlershof. Freitag, den 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, im „Jugendheim“, Bismarckstr. 11. Tagesordnung: „Die Frauen und der politische Kampf“. Referentin: Genossin Köhl.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Diskussion über den Vortrag: „Die Frau und die Qualitätsarbeit“ findet am Donnerstag, den 31. Oktober, in Kellers „Neue Harmonie“, Köpenicker Straße 66/67, 8 1/2 Uhr, statt. Beide Referenten sind anwesend.

Am 4. November er. spricht Luise Fiebig über das Thema: „Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau“.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 27. Oktober: Wanderfahrten. 1. Ausflug nach dem Großschiffbrunnweg. Besichtigung der Soleanlagen. Abf. Statiner Sternbahnpl. 5.30 Vorm. nach Riederhain (Sonntagskarte). 2. Historische Exkursion durch Alt-Berlin. Treffpunkt 2 Uhr nachm. am Märkischen Museum. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 22. Oktober 1912, nach Ermittlung des förmlich festgestellten Marktpreis. Marktpreis (Reinband) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Mittelst.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,40. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Rapske 1,40—2,40. Haie 1,60—3,20. Jander 1,40—3,60. Geste 1,40—2,80. Rapske 1,00—2,40. Schale 1,50—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Rapske 2,00—30,00.



